

Das Parlament

Berlin, Montag 12. November 2018

www.das-parlament.de

68. Jahrgang | Nr. 46-47 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Erinnerung an den 9. November

Frank-Walter Steinmeier Es war seine zweite Ansprache im Bundestag nach der Antrittsrede als Bundespräsident im März 2017: Frank-Walter Steinmeier erinnerte in einer Gedenkstunde vor den Abgeordneten an den 9. November, den Schicksalstag der Deutschen im 20. Jahrhundert. An historisch bedeutsamer Stelle: Denn vor 100 Jahren, am 9. November 1918, hatte der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann von einem Reichstagsfenster aus die erste deutsche Republik ausgerufen. Dies erwähnte Steinmeier auch in seiner Rede. Er streifte Licht und Schatten des 9. Novembers und betonte, die Bundesrepublik dürfe sich nicht nur aus dem „Nie wieder“ der NS-Zeit definieren, sondern müsse auch an die „weit verzweigten Wurzeln von Demokratie- und Freiheitsstreben“ der deutschen Geschichte erinnern. Am Schluss rief der frühere Außenminister zu „demokratischem Patriotismus“ auf. (Seite 9) *kru*

ZAHL DER WOCHE

5

Mal gab es im 19. und 20. Jahrhundert an einem 9. November mit der deutschen Demokratie zusammenhängende historische Ereignisse. Die Erschießung des Paulskirchen-Abgeordneten Robert Blum 1848 in Wien, die Republik-Ausrufung 1918, Hitlers Putsch in München 1923, die Pogrome gegen Juden 1938 und die Maueröffnung 1989.

ZITAT DER WOCHE

»Erinnerung gibt Orientierung, schafft Maßstäbe.«

Wolfgang Schäuble (CDU), Bundestagspräsident, in seiner Begrüßungsansprache zur Gedenkstunde des Parlaments am 9. November

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Koalition Die Lage nach den Landwahlen in Bayern und Hessen **Seite 5**

EUROPA UND DIE WELT
Migrationspakt Bundestag debattiert über Vertragstext der UN **Seite 6**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Chancen Debatte über gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland **Seite 11**

KEHRSEITE
Bundestag Lesung über Gott in der säkularisierten Gesellschaft **Seite 12**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Schrittweise Annäherung

PFLEGE Mit einem weiteren Milliardenaufwand wird mehr Fachpersonal für die Versorgung rekrutiert

Mit deutlich mehr Personal und besseren Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege will die Bundesregierung einen Weg aus der Pflegekrise finden. Fachleute wissen, dass der Weg lang und holprig ist (siehe Interview auf Seite 2). Sie wissen aber auch, dass er gegangen werden muss, denn die Zahl der Pflegefälle wird wachsen und damit die gigantische Aufgabe, eine angemessene Versorgung zu gewährleisten. Und so ließ am Freitag bei der Verabschiedung des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes (PpSG) auch die Opposition durchblicken, dass sie mit der Richtung einverstanden ist. AfD, Linke und Grüne enthielten sich der Stimme, nur die FDP wollte dem Entwurf nicht zustimmen. Weil die Pflege viel Geld kostet, werden zum Jahreswechsel gleich auch die Beiträge angehoben (siehe Beitrag unten). Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) setzt dabei auf die hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Dieser Rückhalt verwundert nicht, denn Pflege ist in Deutschland überwiegend Privatsache, die 1995 eingeführte Pflegeversicherung deckt nur einen Teil der Kosten. Wer in der Familie einen Pflegefall zu betreuen hat, weiß, was das bedeutet – finanziell, emotional und in der praktischen Organisation.

Neue Stellen Das Pflegepersonalgesetz (19/4453; 19/5593) sieht vor, in der stationären Altenpflege 13.000 neue Stellen zu schaffen. In den Kliniken werden die Pflegepersonalkosten ab 2020 aus den Fallpauschalen (DRG) herausgerechnet und separat vergütet. Damit soll der Kostendruck von den Kliniken genommen werden, die über Jahre am Pflegepersonal gespart hatten. Zudem wird ab 2020 in Kliniken ein Pflegepersonalquotient ermittelt, um eine Mindestpersonalausstattung zu erreichen. Jede zusätzliche oder aufgestockte Pflegestelle im Krankenhaus wird von den Krankenversicherungen refinanziert, einschließlich Tarifsteigerungen. Mit verbesserten Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte soll die hohe Aussteigerquote verringert werden. (siehe Hintergrund auf Seite 3). Krankenkassen sollen mehr Geld in die Gesundheitsförderung der Pflegekräfte investieren. Auch die Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf soll sich verbessern. Mehr Digitalisierung und weniger Bürokratie sind weitere Stichworte. In den Beratungen wurden weitere wichtige Regelungen ergänzt. So dürfen in der häuslichen Krankenpflege tarifliche Vergütungen in Verträgen von den Kassen nicht mehr als unwirtschaftlich abgelehnt werden.

Kostspielige Reformen

FINANZEN Der Pflegebeitrag soll ab dem kommenden Jahr um 0,5 Prozentpunkte steigen

Um die enormen Kosten für die jüngsten Pflegereformen zu schultern, soll der Beitragssatz ab 2019 nochmals um 0,5 Prozentpunkte angehoben werden. Das sieht ein Gesetzentwurf (19/5464) der Bundesregierung vor, über den der Bundestag in der vergangenen Woche erstmals beraten hat. Demnach soll der Beitragssatz der sozialen Pflegeversicherung von derzeit 2,55 Prozent (Kinderlose 2,80 Prozent) des Bruttoeinkommens auf 3,05 Prozent (Kinderlose 3,30 Prozent) angehoben werden. Mit dem Geld sollen die bereits ausgeweiteten Leistungen in der Pflege sowie die künftigen Kosten für eine verbesserte Pflegeversorgung finanziert werden. Die Beitragssatzanhebung wird nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums Mehreinnahmen in Höhe von 7,6 Milliarden Euro pro Jahr für die Pflegeversicherung bringen. Bis zum Jahr 2022 sollen die Beiträge dann stabil bleiben, wie aus der Vorlage hervorgeht. Die Ausgaben für Pflegeleistungen sind den Angaben zufolge zwischen 2013 und



Mit dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz soll eine deutliche Aufstockung der Fachkräfte in der Alten- und Krankenpflege erreicht werden. Vor allem die Kliniken werden von den Neuregelungen profitieren. Allerdings wird es schwierig werden, genügend ausgebildete Pflegefachkräfte auf dem Markt zu finden.

Auch werden längere Wegezeiten für Pflegekräfte vor allem im ländlichen Raum mit Zuschlägen vergütet. In der Altenpflege werden die Regelungen so verändert, dass auf den neu geschaffenen Stellen vor allem Fachkräfte und nicht Hilfskräfte zum Einsatz kommen sollen. Außerdem bleiben Teile des wegfallenden Pflegezuschlags für Kliniken erhalten. Krankenhäuser im ländlichen Raum werden mit rund 50 Millionen Euro zusätzlich unterstützt. In der Schlussdebatte sprachen Union und SPD von der wichtigsten Pflegereform seit vielen Jahren. Minister Spahn sagte: „Das ist der größte Schritt in der Pflege seit über 20 Jahren.“ Jedoch müssten weitere Schritte folgen. So werde in der Altenpflege eine bessere Bezahlung angestrebt. Spahn räumte ein, dass die neu geschaffenen Stellen erst einmal besetzt werden müssten. Es gehe jetzt darum, ein Signal an die Pflegekräfte zu senden, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern. Karl Lauterbach (SPD) sprach von einem guten Tag für die Pflege. Er zog zugleich ein kritisches Fazit zu den Fallpauschalen.

»Das ist der größte Schritt in der Pflege seit über 20 Jahren.«

Jens Spahn (CDU), Gesundheitsminister

Diese hätten die Pflegequalität und die Zufriedenheit mit dem Beruf beeinträchtigt. Das Problem werde nun beseitigt. Die zunehmende Ökonomisierung in der medizinischen Versorgung müsse infrage gestellt werden. Die FDP hält eine Abkehr von den Fallpauschalen dagegen für falsch. Nicole Westig (FDP) sagte, wenn die Pflegekräfte aus den Fallpauschalen herausgenommen würden, wollten andere Berufsgruppen dies auch. Wirtschaftliches Arbeiten und mehr Wettbewerb seien aber nichts Falsches. Westig wandte sich gegen „Planwirtschaft mit bürokratischem Aufwand“. Mit dem Gesetz bleibe zudem die ambulante Pflege auf der Strecke. So würden die pflegenden Angehörigen nicht gestärkt, gerade die seien aber „am Limit“. Die zentrale Schwäche des Entwurfs sei jedoch, dass es keine Strategie zur Gewinnung von Pflegekräften gebe. Kritisch äußerte sich auch Pia Zimmermann (Linke), die einen „Ausverkauf der Altenpflege“ befürchte. Bei allen Verbesserungen, die das Gesetz beinhalte, werde die Altenpflege immer weiter abgehängt. Die

13.000 neuen Stellen bedeuteten in der Praxis nur wenige Minuten mehr Zeit für Menschen mit Pflegebedarf. Der Fachkräftemangel sei angesichts der schlechten Arbeitsbedingungen und Einkommen hausgemacht. Die Regierung habe die Chance vertan, die Branche aufzuwerten.

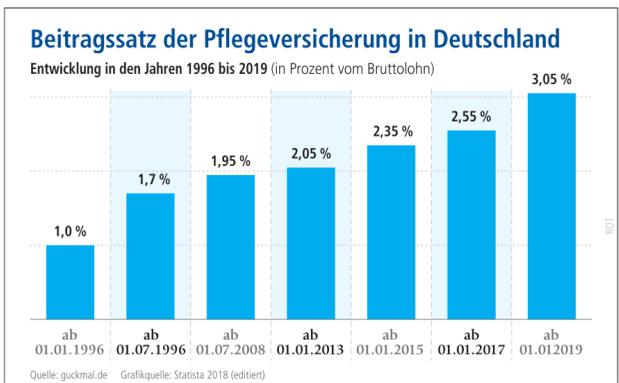
Geldfragen Die AfD stört sich an den hohen Eigenanteilen in Pflegeheimen. Robby Schlund sagte, das Problem hänge wesentlich damit zusammen, dass die medizinische Behandlungspflege pauschal über die Pflegekassen abgegolten werde. Das Geld reiche aber nicht aus und lasse die Eigenanteile steigen. Dies sei unsozial und ungerecht. Er kritisierte außerdem die unterschiedliche Bezahlung von Pflegekräften in Ost und West und warnte, es werde inzwischen weltweit um Pflegefachkräfte gebuhlt. Die Grünen erneuerten ihre Forderung nach einer Pflegebürgerversicherung, um die Finanzierung langfristig abzusichern. Kordula Schulz-Asche (Grüne) sagte, immerhin sei endlich die Bedeutung des Pflegepersonals in der gesellschaftlichen Debatte angekommen. Gleichwohl sei eine „Sogwirkung“ bei Pflegekräften zu befürchten, hin zu besser dotierten Stellen. Dies könne eine Katastrophe werden für die häusliche Pflege. *Claus Peter Kosfeld*

EDITORIAL

Wider den Notstand

VON JÖRG BIALLAS

Über Nacht wurde Alexander Jorde bundesweit bekannt. In einer „ARD-Wahlarena“ anlässlich der Bundestagswahl 2017 hatte der Auszubildende in der Gesundheits- und Krankenpflege Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Meinung gesagt. In seinem Beruf, formulierte der Anfang-20-Jährige bemerkenswert selbstbewusst, gehe es so nicht weiter. Der Pflegezustand führe dazu, dass die Würde des Menschen in Deutschland jeden Tag tausendfach verletzt würde. In der seinerzeit zwölf Jahre währenden Regierungszeit unter Merkel hätten sich die Missstände nicht verbessert, sondern verschlimmert. Neben der alles überschattenden Flüchtlingsfrage hatte der Bundestagswahlkampf nach diesem Auftritt ein weiteres bestimmendes Thema. Sehr zur Freude der Betroffenen in der Gesundheitsbranche. Sie hatten schon lange auf personelle Unterbesetzung im Pflegebereich hingewiesen. Aber auch viele Familien, die mit der Pflege eines Angehörigen konfrontiert waren, hofften darauf, dass ihre Sorgen endlich gehört, ernst genommen und Angebote zur Unterstützung gemacht würden. Jetzt erfolgte Abhilfe in Form des etwas sperrig betitelten „Pflegepersonalstärkungsgesetzes“, das der Bundestag verabschiedet hat. Und wie so oft, wenn Finanzmittel aufgestockt werden, um einen sozialen Missstand zu lindern, wird leidenschaftlich darüber diskutiert, ob die Maßnahmen ausreichen (siehe auch Gastkommentare auf Seite 2). Immerhin ist allgemein anerkannt, dass es im Land ein Pflegeproblem gibt. Klar ist außerdem: Die Herausforderungen werden wachsen. Übrigens keineswegs nur bei der Versorgung von Senioren. Jüngst ging der Arzt einer Kinderklinik mit der erschütternden Botschaft an die Öffentlichkeit, dass sein Krankenhaus immer wieder todkranke Kinder abweisen müsse, weil Pflegepersonal fehle. Wohlgemerkt: Obwohl Betten vorhanden sind und Ärzte zur Verfügung stehen, werden lebensrettende Behandlungen verweigert. Ein medizinischer Notstand mitten in Deutschland. Jetzt wird es darauf ankommen, möglichst schnell gut ausgebildete und motivierte Pflegekräfte zu rekrutieren. Dabei helfen höhere Löhne, erträglichere Arbeitszeiten und die Aussicht auf mehr Zeit für den einzelnen Patienten. Eines immerhin hat die Pflegedebatte bereits bewirkt: Das Ansehen der Branche ist gestiegen. Gut so.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

VOLLVERSICHERUNG FÜR DIE PFLEGE?

Es ist an der Zeit

PRO



Timot Szent-Iványi, Redaktionsnetzwerk Deutschland

Eine Versicherung macht nur Sinn, wenn sie vor besonders kostspieligen oder gar Existenz gefährdenden Risiken schützt. Gemessen daran ist höchst zweifelhaft, ob die 1995 eingeführte Pflegeversicherung überhaupt noch ihren Zweck erfüllt. Zur Begründung reicht eine aktuelle Zahl: Derzeit müssen Pflegebedürftige für einen Heimplatz durchschnittlich mehr als 1.800 Euro im Monat aus eigener Tasche zahlen. Diese Summe ergibt sich wohlgerne nach dem Abzug der Leistungen der Pflegeversicherung, die als „Teilkaskoversicherung“ nur einen Zuschuss zu den tatsächlichen Kosten zahlt. Immer weniger Pflegebedürftige sind in der Lage, diesen Eigenanteil aufzubringen. Bundesweit müssen bereits 450.000 Menschen die Sozialleistung „Hilfe zur Pflege“ in Anspruch nehmen, Tendenz steigend. Denn die Eigenanteile klettern ungebremst weiter: Haupttreiber sind gegenwärtig steigende Löhne für die Pflegekräfte, die bisher oftmals weit unter Tarif bezahlt wurden. Die Anhebung ist überfällig, sie darf jedoch nicht zu Lasten der Heimbewohner gehen. Weil auch die Zahl der Pflegebedürftigen stark zunimmt, ist es Zeit, die Pflege wie die Gesundheitsversorgung als integralen Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge anzuerkennen und in eine Vollversicherung umzuwandeln. Nach dem Vorbild der gesetzlichen Krankenversicherung muss die Solidargemeinschaft auch in der Pflege alle Leistungen übernehmen, die – wie es im Sozialgesetzbuch heißt – notwendig, wirtschaftlich und zweckmäßig sind. Das kostet den Beitragszahler Studien zufolge im Schnitt etwa 20 Euro mehr im Monat. Das sollte uns eine Pflegeversicherung wert sein, die eine menschenwürdige Betreuung sichert und Betroffenen Existenzängste nimmt.

Falscher Zwang

CONTRA



Andreas Mihm, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Die Pflegeversicherung ist die jüngste Sozialversicherung, und sie ist die mit den am schnellsten wachsenden Ansprüchen und Kosten. Sie wurde gegründet, um den Kommunen Sozialhilfekosten zu entlasten. Die stiegen, weil immer mehr Leute ihre Pflegekosten nicht alleine finanzieren konnten. Die Pflegeversicherung sollte den Ausgleich schaffen. Nicht Steuer, sondern Beitragsgelder schlossen die Finanzierungslücke. Die damalige Fehlkonstruktion einer umlagebasierten Versicherung rächt sich bereits. Rasch steigenden Zwangsabgaben der Beschäftigten und Rentner zur Bezahlung der heutigen Pflege stehen Leistungsversprechen gegenüber, für die kommende Generationen geradestehen sollen. Ob sie das können, weiß heute niemand – so wie niemand sagen kann, welche Belastungen die Wirtschaft in der nächsten Krise noch wegstecken kann. Wenn aber die Finanzen in der Pflege schon heute aus dem Ruder laufen, wie soll das erst werden, wenn aus der Teilkaskoabsicherung eine Vollversicherung würde, in einem Sektor, in dem die Nachfrage per se nicht gesättigt werden kann? Daneben steht eine ganz andere, für die Gesellschaft konstitutive Frage zur Disposition: Was bedeutet Eigenverantwortung und wieviel Fremdbestimmung billigen wir dem Staat zu? Die große Mehrheit der Deutschen hat ein gutes Auskommen und kann selbst für das Risiko der Pflegebedürftigkeit vorsorgen, im Notfall unterstützt durch die Pflege-Teilkaskoabsicherung. Wem die Mittel dazu fehlen, ist durch Sozialhilfe abgesichert. Noch mehr Zwangssparen für die Pflege ist nicht nur falsch, es bedeutete ein weiteres Aushöhlen des freiheitlichen Systems Soziale Marktwirtschaft.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Westerfellhaus, Sie haben unlängst einmal gesagt, sie sähen sich als „Seismograph“ der aktuellen Lage. Wie ist denn die Stimmung in der Pflegebranche aus Ihrer Sicht?

Anerkennend wird wahrgenommen, dass sich die Koalition das Thema Pflege ernsthaft auf die Fahnen geschrieben hat. Es wird natürlich darauf hingewiesen, dass die Zeit drängt und Fachkräfte in allen Sektoren fehlen. Das jetzt beschlossene Pflegepersonal-Stärkungsgesetz ist der Einstieg in einen Prozess, der andere Bereiche nach sich ziehen muss und wird. Die Pflegeausbildung wird ab 2020 neu aufgestellt, Personalbemessungsinstrumente werden vorgestellt, der Pflege-TÜV wird überarbeitet, die Entbürokratisierung in der Pflege fortgeführt, die Ergebnisse der Koordinierten Aktion Pflege müssen zeitnah umgesetzt werden. Alles mit einem Ziel, die Versorgung der Pflegebedürftigen zu verbessern.

Wie groß ist denn das Personaldefizit in der Pflege aktuell?

Das ist schwer zu quantifizieren. Wir haben ja auch nur vage Zahlen über die dreijährig ausgebildeten Pflegekräfte. Sie sind nach wie vor nicht registriert. Wir wissen nur, dass sich immer mehr Pflegekräfte überfordert fühlen und daher in die Teilzeit wechseln oder rausgehen aus dem Beruf. Wir haben zu wenige Pflegekräfte und die Menge an Arbeit ist für sie kaum zu leisten. Dagegen steuern wir an. Wir wollen flächendeckend Tarife, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Köpfe in der Pflege.

Es hat aber doch schon einige Pflege-reformen gegeben. Wirken die nicht?

Die Pflegegesetze der vergangenen Legislaturperiode waren wichtig. Damit sind entscheidende Verbesserungen angestoßen worden, beispielsweise über das ausgeweitete Leistungsspektrum. Was damals nicht beantwortet wurde war die Frage, wie man für solche Prozesse ausreichend Personal bekommt. Wenn wir damals viel für die Patienten und Bewohner gemacht haben, für die Versorgung, muss man jetzt die Frage beantworten, mit wem können diese Leistungen durchgängig erbracht werden.

Sie sind ja in den 1970er Jahren zum Krankenpfleger ausgebildet worden. Können Sie verstehen, wenn junge Leute den Pflegeberuf nicht mehr attraktiv finden?

Ich glaube nicht, dass junge Menschen die Ausbildung nicht mehr wollen. Wir haben nach wie vor eine hohe Bewerberanzahl. Das Interesse ist da. Allerdings wird die Ausbildung häufig abgebrochen, weil junge Leute Aufgaben übernehmen sollen, die sie von ihrem Ausbildungsstand her noch nicht beherrschen. Sie müssen teilweise als vollwertiger Ersatz erhalten, wenn andere krank werden. Wenn sie in der Ausbildung dann schon merken, dass eine Pflegefachkraft bisweilen nachts 40 Patienten versorgen soll, werden sie abgeschreckt. So werden junge Leute überfordert, das muss sich dringend ändern.

Was ist denn heute anders als früher auf den Stationen?

Die Arbeitsverdichtung hat sich massiv erhöht. Die Verweildauer im Krankenhaus wurde erheblich verkürzt. Wir haben heute eine hohe Konzentration pflegebedürftiger Menschen, die in kürzester Zeit versorgt werden müssen, dann kommt schon der nächste Patient. Mit immer weniger Leuten werden immer mehr Patienten versorgt. Die Krankenhäuser haben aus Kostengründen in der Vergangenheit viel Pflegepersonal abgebaut, dabei ist die Pflege doch ein ganz wesentlicher Bestandteil der Klinikversorgung. Gesundheitsminister Spahn hat nun mit Personaluntergrenzen eine rote Linie eingezogen, um gefährliche Pflege zu verhindern.

»Einstieg in einen Prozess«

ANDREAS WESTERFELLHAUS

Der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung will eine hochwertige Versorgung mit mehr Personal gewährleisten



picture alliance/Robert Schlesinger

Die physischen und psychischen Gesundheitsrisiken für Pflegekräfte sind erheblich. Wie sehen Sie das Problem?

Ich kenne das Problem auch aus persönlichen Schilderungen. Gerade psychosomatische Erkrankungen nehmen zu. Wenn Pfleger jeden Tag das Gefühl haben, ihren Patienten nicht gerecht zu werden und auch ihren beruflichen Ansprüchen nicht zu genügen, dann gehen sie nach Hause und werden krank. Andere Fluchtmöglichkeiten sind die Teilzeit oder das Ausscheiden aus dem Beruf. Die Pflegekräfte brauchen wie-

der planbare Freizeit, freie Wochenenden und Urlaub, sie dürfen nicht permanent und ohne Frei geholt werden und müssen Zeit haben für die Patienten. Mehr Personal ist also die Win-win-Situation für alle.

Droht aber nicht bei der Personaloffensive nun ein Verdrängungswettbewerb unter Pflegefachkräften?

Ich glaube, die Sorge ist nicht ganz unberechtigt. Doch langsam ist allen Arbeitgebern klar: Sie müssen für gute Arbeitsbedingungen sorgen, sonst verlieren sie ihr

Personal an attraktivere Arbeitgeber. Von Altenpflegern höre ich immer wieder, sie wollen eigentlich nur in der Langzeitpflege arbeiten. Man lässt sich ja auch normalerweise nicht in der Altenpflege ausbilden, um dann als Pflegekraft in ein Krankenhaus zu gehen. Allerdings zahlen die Kliniken öfter besser und bieten auch mehr Vollzeitstellen an. Das ist ein Manko in der Altenpflege. Dort werden oft Vollzeitstellen verwehrt mit dem Hinweis, das sei organisatorisch nicht möglich. Deswegen brauchen wir neue Arbeitszeitmodelle und auch flächendeckend Tarifverträge in der Altenpflege, die den Einkommen der Krankenhäuser entsprechen.

Ein anderes großes Problem sind die steigenden Pflegekosten. Wie lässt sich das zumindest eingrenzen?

Wir müssen mehr Augenmerk darauf legen, Pflegebedürftigkeit zu verhindern, etwa durch Prävention und Rehabilitation, auch im hohen Alter. Rehabilitation macht nicht an Altersgrenzen Schluss und Prävention auch nicht. Der Eintritt einer Pflegebedürftigkeit muss so weit nach hinten verschoben werden wie möglich. Menschen wollen ja auch so lange wie möglich selbstbestimmt leben. Prävention und Rehabilitation sind immens wichtig neben der Frage, wie wir Pflege finanzieren wollen.

Die Pflegebeiträge werden erneut angehoben. Müssen wir jetzt in jeder Legislatur mit einer Erhöhung rechnen?

Die Beitragssatzerhöhung um 0,5 Punkte ist zum jetzigen Zeitpunkt das richtige Maß. Wenn es gelingt, Prozesse effizienter zu gestalten und bürokratische Hemmnisse zwischen Sektoren zu verringern, wäre da noch Potenzial. Wir dürfen nicht kapitulieren und nur auf mehr Geld im System setzen, sondern müssen Pflegebedürftigkeit möglichst verhindern und selbstbestimmtes Leben so lange wie möglich erhalten.

Versicherte und Pflegekräfte beklagen häufig die aufwendige Bürokratie. Geht es nicht auch einfacher?

Die Dokumentation der ambulanten häuslichen Pflegedienste ließe sich mit elektronischen Mitteln weiter vereinfachen. Wenn alle Daten in eine elektronische Akte eingepflegt würden, wäre das eine riesige Arbeitersparnis. Wir haben eine große Entbürokratisierungsoffensive begonnen. Jetzt wird nicht jeden Tag alles klein-klein dokumentiert, sondern vor allem Auffälligkeiten und Veränderungen. Das stärkt das eigenverantwortliche Arbeiten der Pflegekräfte und setzt Vertrauen voraus.

Wie anfällig ist das komplexe Pflegesystem eigentlich für Betrug?

In einem System, wo so viel Geld unterwegs ist, wird es immer Kreativität geben, das auszunutzen. Wir haben alle eine Verantwortung, auf Missstände hinzuweisen, wenn Leistungen, die abgerechnet werden sollen, nicht erbracht werden. Wir brauchen Transparenz, aber hinter jeden Leistungserbringer einen Kontrolleur zu stellen, würde zum Kollaps führen.

Das Gespräch führte Claus Peter Kosfeld. |

Staatssekretär Andreas Westerfellhaus (61) ist Pflegebevollmächtigter der Bundesregierung. Er hat in den 1970er Jahren eine Ausbildung zum Krankenpfleger absolviert und später berufsbegleitend studiert. Westerfellhaus war von 2009 bis 2017 Präsident des Deutschen Pflegerates.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Pflegeexpertin: Kordula Schulz-Asche

Zu den Themen Gesundheit und Pflege hat die gelernte Krankenschwester Kordula Schulz-Asche seit langem ein besonderes Verhältnis. So saß die Grünen-Politikerin von 2003 bis 2013 im hessischen Landtag und war Fraktionssprecherin für Demografischen Wandel, Gesundheit und Behindertenpolitik. Seit 2013 gehört sie dem Bundestag an, sitzt im Gesundheitsausschuss und ist Fraktionssprecherin für Alten- und Pflegepolitik. „In der Pflege hat sich eine Notstandsituation aufgebaut und es ist höchste Zeit zu handeln“, sagt Schulz-Asche. Das Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) sei „ein Schritt in die richtige Richtung, aber bei weitem nicht ausreichend“. So deckten die anvisierten zusätzlichen 13.000 Stellen in der stationären Altenpflege nicht den Bedarf. Auf Anfrage der Grünen-Fraktion teilte die Bundesregierung im April mit, dass 2017 durchschnittlich 35.000 Stellen in der Alten- und Krankenpflege unbesetzt waren. Die geplante Veränderung beim Fallpauschalen-Vergütungssystem in den Kliniken begrüßt die Grünen-Abgeordnete. So soll mehr Freiraum für neue Pflegestellen gewonnen werden. Schulz-Asche: „Die Herausnahme der Pflegepersonalkosten aus den Fallpauschalen der Krankenhäuser ist im Prinzip der richtige Weg.“ Allerdings müsse auch geklärt werden, wie die Pflege bewertet werde. „Entscheidend ist, dass die Pflege am Ende nicht wieder unterfinanziert wird“, sagt Schulz-Asche. Die Personaluntergrenzen, die von 2020 an in den Kliniken eingeführt und bei Nichteinhaltung mit Strafen belegt werden, seien keine Lösung. Schulz-Asche: „Die Untergrenze zeigt noch nicht, dass das Krankenhaus einen guten Personalstand bei der Pflege hat.“ Sie befürchtet, dass dieses System in den Kliniken zu Personalverlagerungen führen werde, wo

pflegeintensive Abteilungen wie Intensivstationen besser und andere schlechter ausgestattet würden. Wie steht es um die Finanzierung des von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) vorangetriebenen Sofortprogramms für mehr Pflegestellen, das die Krankenkassen finanzieren müssen? Immerhin sollen die Kassen von 2019 bis 2022 neun Milliarden Mehrkosten dafür tragen. Der Minister will dies aus dem 30-Milliarden-Topf der Rücklagen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) bezahlen. „Ich halte das Gan-



»Entscheidend bei der Reform ist, dass die Pflege am Ende nicht wieder unterfinanziert wird.«

ze für eine kurzfristige populistische Maßnahme“, sagt Schulz-Asche. Ein Konjunkturreinbruch könne die Einnahmesituation der GKV jederzeit verschlechtern. Zudem belasteten neben dem PpSG noch weitere Reformen die Kassen, so das neue Termin-Service- und -Versorgungsgesetz, mit dem Patienten schneller Arzttermine bekommen sollen. Schulz-Asche mahnt bei der Pflege „grundlegende Reformen“ an. Immer noch litt die Beschäftigten unter katastrophalen Arbeitsbedin-

gungen, weshalb sich viele aus Beruf oder Ausbildung verabschiedeten. Neidvoll blickt die Grünen-Politikerin auf Skandinavien, die Niederlande oder die Schweiz, wo Pflegefachkräfte „hoch qualifiziert“, anerkannt und teils klar besser bezahlt seien als hierzulande. „Wir brauchen mehr als im Pflegepersonalstärkungsgesetz passiert.“ Angesichts der demografischen Entwicklung, wo immer weniger Jüngere im Verhältnis immer mehr Ältere im Sozialsystem bezahlen müssten, ist für Schulz-Asche der Wechsel der Krankenversicherung in eine Bürgerversicherung unvermeidbar, wo es mehr Einzahler gebe. „Wir können unser Kranken- und Pflegesystem künftig nur gerechter finanzieren, wenn es auf mehr Schultern verteilt wird“, sagt die Abgeordnete. Schulz-Asche ist durch den Bundestagsseitzug zu ihren Berliner Wurzeln zurückgekehrt, wo sie 1956 geboren wurde. Kommunikationswissenschaft studierte und beim regionalen Grünen-Ableger Alternative Liste (AL) aktiv wurde. 1983 bis 1985 saß sie für die AL im Abgeordnetenhaus und wurde mit 26 eine der jüngsten Fraktionsvorsitzenden der deutschen Parlamentsgeschichte. Dann wurde sie „herausrotiert“. „Ein Glücksfall“, sagt Schulz-Asche, „denn dadurch habe ich eine ganz bunte Berufsbiografie bekommen.“ Sie folgte ihrem Mann, einem Entwicklungshelfer, für viele Jahre nach Afrika, bevor sie ab 1999 am neuen Lebensmittelpunkt in Eschborn bei Frankfurt am Main wieder Grünen-Politik machte und technisch zunächst beim Entwicklungshilfverein „Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit“ arbeitete. Den Wert der Familie weiß die Mutter einer Tochter jetzt wieder neu zu schätzen, wenn sie nach stressigen Berlin-Tagen die Wochenenden im Hessischen für ausgiebige Unterhaltungen mit ihrem Ehemann nutzt. Hans Krump |

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhesenstr. 4-6
64546 Morfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o Intime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

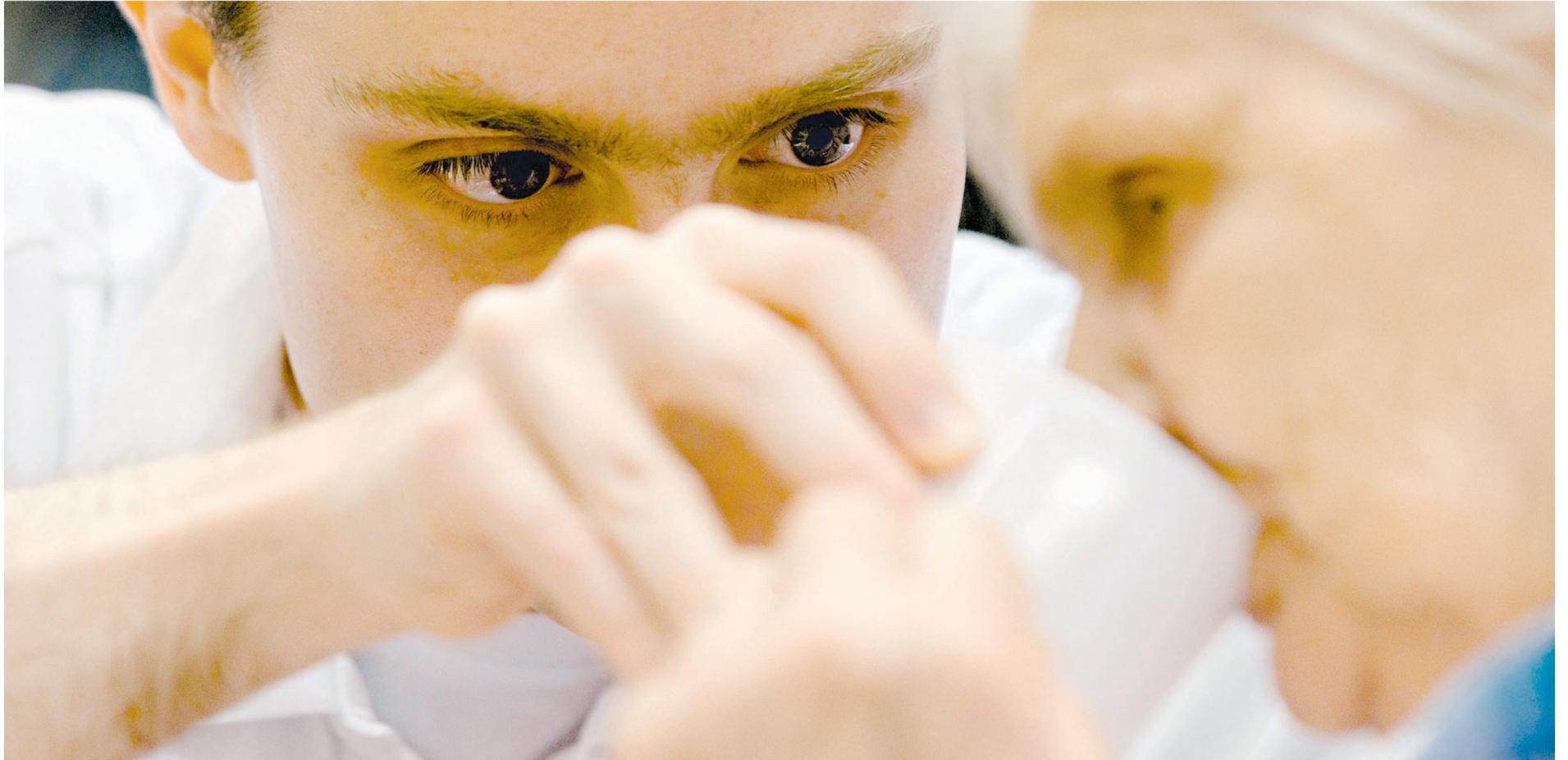
Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ah), stellv. C/o
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), C/o
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o Intime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Kranken- und Altenpflege ist extrem aufwändig und erfordert neben einem großen Fachwissen und Erfahrung auch die Fähigkeit, sich in die Gefühls- und Gedankenwelt der Patienten hineinzuversetzen.

© picture-alliance/dpa

Ende der Duldsamkeit

PFLEGEALLTAG Die Berufspraxis ist von Stress und Kostendruck bestimmt. Dagegen regt sich Widerstand

Eine recht genaue Vorstellung davon, wie der Tag werden wird, bekommt Stefan Heyde so ziemlich in den ersten Minuten, nachdem er seinen Arbeitsplatz erreicht hat. „Wenn bei der Übergabe mit der Nachtschicht feststeht, dass wir uns zu dritt um 30 Bewohner kümmern müssen, ist klar, dass es wieder nur auf eine Katzenwäsche hinausläuft. Und Zeit zu fragen, wie es Frau Maier geht, nachdem die Enkel da waren, wird ganz sicher nicht sein.“ Heyde ist Gesundheits- und Krankenpfleger und als Zeitarbeiter in verschiedenen Krankenhäusern und Seniorenstiften tätig. Seit 13 Jahren macht er den Job jetzt – und schon zu Beginn der Ausbildung wurde ihm klar: „Theorie und Praxis klaffen immer weiter auseinander.“ In der Schule wunderte sich Heyde darüber, wie er denn laut Lehrplan für jeden der ihm anvertrauten Menschen zwei Stunden Pflegezeit investieren kann, wenn er sich wie im ersten Praxiseinsatz um 20 Leute kümmern sollte. „Da wurde mir gesagt, ich solle gefälligst nicht die Lehrpläne kritisieren.“ Inzwischen hat Heyde sich mit dem Stress arrangiert, auch wenn sein Beruf sich in den vergangenen Jahren in eine Richtung entwickelt hat, die ihn nicht glücklich macht. „Das wirklich Schöne an dem Job ist, dass kein Tag wie der andere ist, man erlebt immer wieder Anderes und Neues. Einen stupiden Büroalltag könnte ich mir nicht vorstellen. Aber leider wird die Pflege auch immer mehr zu einem Verwaltungsjob mit all den Dokumentationspflichten, die wir haben. Und der Personalmangel führt dazu, dass immer weniger Leute immer mehr machen müssen – das geht vielen an die Substanz.“

Pflegeaufstand gegen Burnout Heyde weiß, wovon er spricht. Er hat im Lauf der Jahre, in denen er auf verschiedenen Positionen bis hin zur Wohnbereichsleitung gearbeitet hat, viele Kollegen gehen sehen – sie haben aufgegeben, weil sie ausgebrannt und überlastet waren, weil sie nach der Arbeit keine Energie mehr für Familie oder Hobbys hatten oder schlicht keine Lust, sich für kleines Geld tagtäglich aufzuheben. Weil sich Heyde damit nicht abfinden wollte, hat er die Aktion „Pflegekräfte in Not“ ins Leben gerufen und will über Petitionen und Kampagnen einen bundesweiten „Pflegeaufstand“ ins Rollen bringen. Die Zahlen sprechen dafür, dass der überfällig ist: Mindestens 36.000 Fachkräfte fehlen der Pflegebranche. In der Krankenpflege werden mehr als 12.000 Pflegenden gesucht, in der Altenpflege können etwa 15.000 Stellen für ausgebildete Altenpfleger nicht besetzt werden. Zudem fehlen etwa 8.500 Helfer. Experten haben berechnet, dass auf 100 offene Stellen lediglich 21

Bewerber kommen. Eine „Engpassanalyse“ der Bundesagentur für Arbeit aus dem vergangenen Dezember verwendet in ihrer Darstellung für den Fachkräftemangel in der Altenpflege ausschließlich die Farbe rot: Es gibt auf der Deutschlandkarte schlicht keinen einzigen Flecken, für den nicht ein Fachkräftemangel konstatiert werden muss. Das hat Gründe. Denn die Pflege ist ein riskanter Job für Menschen, die bei der Arbeit gesund bleiben wollen. Allein die Rahmenbedingungen sind alles andere als optimal: Zum Beruf gehören hohe körperliche Anforderungen, weil Menschen gehoben und gelagert werden müssen, dazu kommen Schichtdienste, Wochenendarbeit und psychische Belastung. Viel Geld gibt es dafür nicht – im Schnitt verdienen ausgebildete Altenpflegerinnen – 82 Prozent der Pflegekräfte in Deutschland sind Frauen – in Vollzeit etwa 2.600 Euro brutto im Monat. Die regionalen Unterschiede sind dabei allerdings groß: Während eine examinierte Altenpflegerin in Baden-Württemberg rund 3.000 Euro monatlich verdient, muss eine Fachkraft in Sachsen-Anhalt sich mit 2.100 Euro zufrieden geben. Das führt dazu, dass immer wieder Menschen ihre Pflegeausbildung nicht be-

enden oder den Job frustriert verlassen – und das wiederum verschlechtert die Arbeitsbedingungen für diejenigen, die bleiben, weiter.

Erheblicher Kostendruck Johanna Knüppel, Sprecherin des Deutschen Bundesverbands für Pflegeberufe betrachtet diese Entwicklung seit vielen Jahren mit Sorge. Das Drama habe mit der Umstellung der Krankenhausfinanzierung Ende der 1990er, Anfang der 2000er Jahre begonnen – seitdem erhalten die Häuser Fallpauschalen für ihre Patienten. Immer stärker habe ein unseliger Druck Einzug in die Häuser gehalten. „Jetzt sitzen überall Ökonomen in den Leitungsetagen, deren wichtigstes Ziel es ist, Kosten zu sparen. Und wo setzt man da am besten an? Natürlich am größten Posten, dem Personal.“ Tausende Stellen sei abgebaut worden, die Arbeitsverdichtung habe damit dramatisch zugenommen. Knüppel beobachtet seither eine „Spirale des Ausstiegs“: Zuerst würden die Fachkräfte von Vollzeit in Teilzeit wechseln, um überhaupt noch Zeit für Partner, Kinder und Freizeitaktivitäten zu haben. Nicht wenige würden dann irgendwann frustriert komplett aussteigen. Und viele derer, die

»Das wichtigste Ziel in den Leitungsetagen ist es, Kosten zu sparen.«

Johanna Knüppel, Bundesverband für Pflegeberufe

blieben, würden dafür mit ihrer Gesundheit bezahlen: Schon im Jahr 2016 alarmierte der BKK-Gesundheitsreport mit der Nachricht, dass die Zahl der Krankheitstage bei Altenpflegern mit etwa 24 deutlich über dem Bundesschnitt von 16 liegt. Viel häufiger als Beschäftigte in anderen Branchen leidet Pflegepersonal unter psychischen Störungen: Fast jedem Zehnten wurde schon einmal ein Antidepressivum verordnet. Laut den Pflegedaten von Knüppels Verband sind Beschäftigte in der Altenpflege durchschnittlich 4,5 Tage im Jahr wegen psychischer Störungen arbeitsunfähig – das entspricht dem doppelten des Bundesdurchschnitts. Einer Sonderauswertung zum GDB-Index gute Arbeit zu den Arbeitsbedingungen in der Alten- und Krankenpflege zufolge geben 46 Prozent der Beschäftigten an sie müssten häufiger oder oft Abstriche bei der Qualität ihrer Arbeit machen, um das Pensum zu schaffen. Etwa 22 Prozent leisten sehr häufig oder oft unbezahlte Arbeit für ihren Betrieb, mehr als drei Viertel der Beschäftigten in der Kranken- und Altenpflege geben an, häufiger oder oft „in Hetze“ Aufgaben zu erledigen; ganze 80 Prozent sind es in der Altenpflege. Im Vergleich: Der Bundesdurchschnitt für die Beschäftigten aller Branchen liegt bei 55 Prozent. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin kommt deshalb zu dem Schluss: An Beschäftigten in Pflegeberufen werde eine Vielzahl überdurchschnittlich hoher Anforderungen gestellt – daher sei der Anteil älterer Pfleger, die mehr als 20 Jahre im Beruf verblieben, sehr gering. Verbandsprecherin Johanna Knüppel bekräftigt diese Einschätzungen und erklärt: „Das macht so gut wie niemand bis zur Rente.“

Politischer Impuls als Anfang Die Branche steckt also in einer heftigen Krise. Dass die Politik dies erkannt hat und handeln will, wird von den Fachleuten begrüßt – wenn sie sich auch keinerlei Illusionen darüber hingeben, wie schnell die Rezepte wirken können. Knüppel sagt, die geplante Stellenaufstockung sei zwar gut. „Aber wenn jetzt schon 20.000 Stellen unbesetzt sind, verändern noch 13.000, für die es kein Personal gibt, die Lage nicht.“ Etwas optimistischer ist Franz Wagner, Präsident des Deutschen Pflegerats. Was jetzt in Sachen Personalaufstockung und Finanzierung von der Politik angestoßen worden sei, sei „wenn auch überfällig, so aber doch gut und richtig“ – solange dem ersten weitere Schritte folgen würden. Er begrüße die „Konzertierte Aktion Pflege“ von Gesundheits-, Familien- und Arbeitsministerium sehr; diese sei „ein wichtiges Signal“. Wagner hofft, dass sie vor allem auch in das System wirkt: Denn wenn sich die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte verbesserten, dann sei vielleicht endlich wieder für mehr

von ihnen vorstellbar, Stunden aufzustocken und aus der Teilzeit in die Vollzeit zurückzukehren. „Es gibt zudem tausende Menschen in diesem Land mit einer Pflegeausbildung, die momentan nicht in der Pflege arbeiten. Wenn wir von denen welche zur Rückkehr bewegen könnten, dann könnte das dem Fachkräftemangel entgegen wirken.“ Denn wo auch sonst sollten die vielen Pflegekräfte, die aktuell gebraucht würden, auch herkommen? „Wenn Leute nicht mehr 15, sondern nur noch zehn Patienten betreuen müssten, dafür mehr Geld bekommen würden und verlässlicher freie Wochenenden hätten, dann könnten viele sich sicher vorstellen, ein paar Stunden mehr pro Woche zu arbeiten. Denn die allermeisten Pflegekräfte machen ihren Beruf wirklich gern.“

Appell für mehr Selbstbewusstsein Das kann auch Christian Hübner bestätigen. Die ausgebildete Pflegefachkraft arbeitet in einem Wohnheim für Behinderte, studiert nebenbei und sagt über seinen Job, der sei

tagsabgeordnete hat selbst eine Pflegeausbildung absolviert und weiß, wie schwer sich viele ihrer ehemaligen Kollegen tun, wenn es etwa um Streiks für bessere Arbeitsbedingungen geht. „Da werden die meisten Pflegekräfte fragen, wer sich in der Zeit denn um die Patienten kümmert“, so Zeulner. „Und ganz ehrlich: Ich könnte auch niemanden einfach so liegen lassen.“ In der Pflege gebe es noch immer eine bestimmte Haltung, die daraus entstanden sei, dass diese Tätigkeit lange eine klassische weibliche Aufgabe innerhalb der Familie gewesen sei. Zeulner hat es sich auf die Fahnen geschrieben, die „Abwärtsspirale“ in der Pflege zu stoppen. Dabei seien auch die Krankenhäuser und Altenheime, die nun durch die Politik finanziell deutlich besser bei der Finanzierung des Pflegepersonals unterstützt worden, in der Pflicht: „Meine Erfahrung ist: Die Stimmung im Team ist dort gut, wo es eine gute Führung gibt und Wertschätzung für die Mitarbeiter. Da sind die Arbeitgeber gefordert, etwas zu tun.“ Bisher tun die sich häufig schwer. Stefan

STICHWORT

Einige Eckdaten zur Pflegebranche

- > **Pflegefälle:** Die Zahl der Leistungsbezieher in der sozialen Pflegeversicherung liegt bei rund 3,3 Millionen. Davon werden rund 2,52 Millionen ambulant versorgt und 780.000 stationär.
- > **Ausgaben:** Die Leistungsausgaben der Pflegeversicherung lagen 2017 bei rund 35,5 Milliarden Euro.
- > **Fachkräfte:** In der Altenpflege wurden zuletzt rund 9,5 Millionen geleistete Überstunden der Fachkräfte registriert. Laut einer Untersuchung leisten rund 60 Prozent der Altenpfleger ganze Schichten, obwohl sie selbst krank sind.



© picture-alliance/imageBROKER



Heyde beispielsweise sagt, er habe aufgrund seines politischen Engagements Probleme, eine feste Stelle zu finden. Daher arbeitet er als Zeitarbeiter in verschiedenen Einrichtungen. Paradoxerweise verdient er dadurch mehr als in Festanstellung – er spürt sehr genau seinen Wert als Fachkraft. Und will, dass sich endlich die Einsicht durchsetzt, „dass die Pflegekräfte inzwischen die Diamanten in den Krankenhäusern und Altenheimen sind“. Das müsse sich auch in den Arbeitsbedingungen spiegeln. **Susanne Kailitz** |

Die Autorin ist freie Journalistin.



Das sich die Grünen so nach dem Wirtschaftsflügel der Union sehen? Wer hätte das gedacht? Aber Markus Kurth, Rentexperte der Grünen im Bundestag, sah sich angesichts der neuerlichen Rentenreformen der Bundesregierung offenbar dazu gezwungen, eine Vermisstenanzeige aufzugeben: „Die Mütterrente II ist viel teurer als die Rente mit 63. Aber man hört nichts dazu vom Wirtschaftsflügel der Union. Gar nichts“, empörte sich Kurth. Wie er, so kritisierte vor allem auch die FDP-Fraktion, dass die Leistungsausweitungen in den kommenden Jahren viele Milliarden Euro verursachen werden, die aus Sicht beider Fraktionen nicht gedeckt sind. Doch deren Widerstand konnte es nicht verhindern: Nach einem heftigen Schlagabtausch über das Wesen des Sozialstaates votierten in einer namentlichen Abstimmung 362 Abgeordnete in der vergangenen Woche für den Gesetzentwurf (19/4668; 19/5412), 222 stimmten dagegen und 60 enthielten sich. Keine Mehrheit fanden dagegen ein Entschließungsantrag der Grünen (19/5601) und Anträge von AfD-Fraktion (19/4843) und der Linken (19/29; 19/31; 19/5526). Damit ist der Weg frei für eine Reihe von Neuerungen, die 2019 in Kraft treten: Erstens eine doppelte Haltelinie für das Rentenniveau (Verhältnis der Standardrente nach 45 Beitragsjahren zum Durchschnittslohn) und den Beitragssatz. Bis 2025 soll das Rentenniveau nicht unter seinen aktuellen Wert von 48 Prozent sinken und der Beitragssatz nicht über 20 Prozent (aktuell: 18,6 Prozent) steigen. Dafür verpflichtet sich der Bund, zusätzlich zu den ohnehin steigenden Bundesmitteln, in den Jahren 2022 bis 2025 zu Sonderzahlungen in Höhe von 500 Millionen Euro jährlich. Weiterer Bestandteil des Gesetzes ist eine bessere Absicherung für Erwerbsminderungsrentner durch eine verlängerte Zurechnungszeit. Das bedeutet, für die Berechnung der Rente gilt künftig das jeweils gültige Renteneintrittsalter. Dies gilt jedoch nur für Neu-Rentner ab 1. Januar 2019, ein Umstand, den viele Sachverständige in einer Anhörung des Ausschuss für Arbeit und Soziales heftig kritisiert hatten, da dies zu einer erheblichen Ungleichbehandlung jener führt, die bis Ende Dezember in die Erwerbsminderungsrente gehen oder diese Rente schon beziehen.

Eltern erhalten außerdem für vor 1992 geborene Kinder ein weiteres halbes Jahr Erziehungszeit für die Rente anerkannt. Geringsverdiener werden bis zu einem Bruttomonatsverdienst von 1.300 Euro bei den Sozialabgaben entlastet.

Das Gemeinwesen im Blick All das brachte die FDP ganz schön auf die Palme – und dies wiederum später den Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), was eher selten vorkommt. Johannes Vogel (FDP) kritisierte nämlich, dass 90 Prozent der geplanten Ausgaben nicht gegen Altersarmut helfen würden und außerdem die Rentenformel zulasten der jüngeren Generation manipuliert werde. Er bezeichnete das Gesetz schlicht als unverantwortlich. Hubertus Heil warf ihm daraufhin vor, gegen die gesetzliche Rente zu hetzen, und



Stabile Aussichten

RENTE Das Gesetzespaket der Bundesregierung sorgt für erhitzte Gemüter. Die Regierung rechtfertigt die Kosten mit der Sicherung des sozialen Zusammenhalts

Für mehr Sicherheit im Alter gelten nun bis 2025 Haltelinien für Rentenniveau und Beitragssatz.

© picture-alliance/imageBROKER

zwar aus eigennützigen Motiven: „Sie sind verbunden mit der privaten Versicherungswirtschaft, sagen Sie das doch mal ganz offen.“ All jene, die als bezahlte Lobbyisten gerade gegen die Rentenpolitik Stimmung machten, hätten das Gemeinwohl nicht im Blick, so der Minister. In seiner Verteidigung der gesetzlichen Rente erhielt Heil dann doch noch Schützenhilfe von den Grünen, auch wenn diese die Finanzierung kritisierten: „Die gesetzliche Rente muss mehr sein als eine bessere Sozialhilfe. Sie ist eine Einkommensversicherung und als solche muss sie auch für die Mittelschicht attraktiv bleiben“, stellte Markus Kurth fest und forderte erneut eine Bürgerversicherung. Ähnlich argumentierte die Fraktionschefin der SPD, Andrea Nah-

les: „Entweder wir sichern das Rentenniveau auf heutigem Niveau oder wir lassen zu, dass die Renten immer weiter sinken und entwertet werden“, warnte sie.

Blick in die Glaskugel Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) konnte das nicht überzeugen. Sie kritisierte, dass Milliarden Euro Beitragsgelder für Dinge ausgeben würden, für die vorher keine Beiträge gezahlt worden seien. „Es sind versicherungsfremde Leistungen und die müssen aus Steuermitteln finanziert werden“, forderte sie. Hermann Gröhe (CDU) beklagte beim Thema Finanzierung einen Alarmsimus und wurde darin von den Linken unterstützt. „Die Unkenrufe, das sei alles nicht finanzierbar, gibt es seit Bestehen der Ren-

tenversicherung, sie sind Unsinn“, sagte Gröhe. Und die Klage, es handle sich um versicherungsfremde Leistungen sei eine „alte Schlacht“. „Klar ist doch, dass der Steuerzuschuss längst eine Funktion der Beitragsstabilisierung hat, sozialen Ausgleich befördert und heute schon über den sogenannten versicherungsfremden Leistungen liegt“, betonte er. Matthias Birkwald (Die Linke) kritisierte: „In eine Glaskugel bis 2060 zu schauen und dann Horrorzahlen zu beschwören, ist schlicht unseriös.“ Es sei sogar ein Rentenniveau von 53 Prozent nötig, um im Alter ein Leben in Würde und nicht in Armut führen zu können und „wenn alle ihren fairen Anteil zahlen, ist das auch finanzierbar“, sagte Birkwald. *Claudia Heine*

In den chaotischen Zeiten des blinden Glaubens

AMRI-AUSSCHUSS Ernüchternde Einblicke in Lageso-Alltag

Wieder zwei Zeugen, die sich an Anis Amri, den Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz, partout nicht erinnern können. Obwohl die Aktenlage eindeutig ist: Sie hatten irgendwann einmal dienstlich mit ihm zu tun. So oder ähnlich hat der 1. Untersuchungsausschuss das in den vergangenen Wochen mehrfach erlebt, in denen er versuchte, den Ereignissen im Spätsommer und Herbst des Jahres 2015 nachzuspüren, als der verhängnisvolle Deutschland-Aufenthalt des Tunesiers seinen Anfang nahm.

Amri war in Freiburg eingereist, in Karlsruhe beim Schwarzfahren erwischt worden, hatte sich in Ellwangen eine neue „BüMa“ abgeholt, eine „Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender“, und war nach Berlin weitergezogen. Auf den Spuren dieser Deutschland-Tournee hat der Ausschuss seit der Sommerpause Menschen gehört, die Amri damals begegnet sind oder anderweitig mit ihm zu tun hatten, einen Polizisten, Staatsanwälte, Mitarbeiter von Erstaufnahmeeinrichtungen.

Doch keiner von diesen wusste wesentlich mehr zu erzählen als in der vorigen Woche etwa Jacqueline Wagner. Die heute 28-Jährige ist seit Februar 2014 als Fachangestellte für Bürokommunikation im Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) tätig, wo Amri in der zweiten Jahreshälfte 2015 dreimal unter verschiedenen Namen vorgestellt wurde. Dass der Urheber des bis heute opferreichsten radikalislamischen Anschlags in Deutschland ihr damals über den Weg gelaufen sein könnte, davon hatte die Zeugin Wagner, wie sie bei ihrem Auftritt erklärte, bis vor kurzem keinen Schimmer. Sie weiß es jetzt, nachdem der Ausschuss sie vorgeladen hatte.

angeblichen Mohammed Hassan abgefragt und ihm anschließend den Vorgang zur Überprüfung und Unterschrift vorgelegt habe, wisse er nicht.

Wie hätte Wolter, wie hätten all die anderen Zeugen aus diversen Behörden auch ahnen sollen, dass der Tunesier, damals ein Fall unter zahllosen, einmal in die deutsche Geschichte eingehen würde? So ist der Ausschuss mit dieser Vernehmungsserie auf eine Spur geraten, auf der ihn von der AfD abgesehen keine der übrigen Fraktionen sehen will. Nicht mehr die Vorgeschichte des Breitscheidplatz-Attentats im besonderen, sondern die rückschauende Betrachtung der Flüchtlingskrise im allgemeinen rückte in den Fokus. Zu diesem Thema jedenfalls, wenn schon nicht zur Person des Attentäters, wussten alle Beteiligten Beindruckendes zu berichten.

So in der vorigen Woche der Zeuge Wolter: „Damals war die Situation, unter der wir gearbeitet haben, katastrophal.“ Dasselbe Wort, „katastrophal“, hörten die Abgeordneten auch von seiner Kollegin Wagner: „Es war sehr schlimm, gefühlt hunderte, tausende Menschen auf dem Gelände, es war wirklich sehr schlimm.“ Nach Wolters Erinnerung hatte sich die Entwicklung bereits zwei Jahre vor der großen Krise abgezeichnet:

„Ab 2013 fing das an, richtig massiv zu werden. Das hat sich dann gesteigert, war anfangs ein schleichernder Prozess.“ Das Ziel jedes Arbeitstages sei damals gewesen, dass „abends keine Person mehr unten auf der Straße“ stehe. Die Mitarbeiter des Lageso taten sich damit zunehmend schwer.

Sammeln von Kisten Sie notierten Namen und Herkunft der Neuankommlinge, nahmen ihnen Fingerabdrücke ab, konsultierten das Ausländerzentralregister. Am Ende lag eine Akte bereit zur Weiterleitung an die Behörden des Bundeslandes, in das der Bewerber nach der Erstaufnahme vermittelt worden war. Indes, so Wolter: „Es kamen immer mehr Leute als bearbeitet werden konnten. Wir haben die Vorgänge dann in Postkisten gegeben mit den Bearbeitungsdaten, aber es nahm kein Ende, bis wir soweit waren, dass wir eine Kiste nach der anderen, bis man den Überblick verloren hatte, ansammeln mussten.“ Dass Amri mit erfundenen Identitäten jonglierte, als Mohammed Hassan, dann wieder als Ahmad Zaghloul oder auch Ahmad Zarzour unterwegs war, blieb in diesem Chaos unbemerkt. Weil die Technik zur elektronischen Erfassung von Fingerabdrücken fehlte, half nur blinder Glaube. Wolter: „Wenn mir jemand sagt, er heißt so und so und kommt aus dem und dem Land, habe ich das erst einmal hinzunehmen.“ *Winfried Dolderer*

»Die Situation, unter der wir damals gearbeitet haben, war katastrophal.«

Michael Wolter, Berliner Landesamt Lageso

Auch Tariflohn wird erstattet

ARBEIT Ein sozialer Arbeitsmarkt soll Perspektiven für Langzeitarbeitslose schaffen

Der soziale Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose kann von 2019 an aufgebaut werden. In der vergangenen Woche beschloss der Bundestag den entsprechenden Gesetzentwurf (19/4725; 19/5588) der Bundesregierung für ein sogenanntes Teilhabechancengesetz. Damit werden zwei verschiedene Arten von Lohnkostenzuschüssen eingeführt, um Langzeitarbeitslosen den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Nach einer Anhörung änderten die Koalitionsfraktionen den Entwurf jedoch noch einmal in einigen Punkten, was ihr zwar positive Reaktionen vonseiten der Oppositionsfraktionen bescherte. Dennoch hatten sowohl Linke, FDP, Grüne als auch AfD noch viel Kritik, so dass AfD und FDP letztlich gegen den Entwurf stimmten und Grüne und Linke sich enthielten. Neu ist, dass der Lohnkostenzuschuss durch die Jobcenter nicht mehr nur bis zur Höhe des Mindestlohns, sondern auch für Tariflöhne gezahlt wird. „Wir wollen gute Arbeit fördern und deswegen wollen wir die ganze Palette der möglichen Arbeitgeber erreichen: Kommunen, Sozialverbände, Privatwirtschaft“, begründete Martin Rosemann (SPD) in der Debatte diese Änderung. Hubertus Heil (SPD), Bundesarbeits- und Sozialminister, bezeichnete dies als „Frage der praktischen Vernunft, dass uns das gelungen ist“.

Kürzere Wartezeiten Ebenfalls geändert wurden die Zugangsvoraussetzungen für das Programm „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ (Paragraf 16 i im Zweiten Buch Sozialge-

setzbuch): Künftig sind nicht mehr sieben Jahre Arbeitslosengeld-II-Bezug in den vergangenen acht Jahren, sondern nur noch sechs Jahre ALG-II-Bezug in den vergangenen sieben Jahren Bedingung. Der Linken ist dies jedoch viel zu restriktiv, da man auch schon nach vier Jahren Arbeitslosigkeit weit genug weg vom Arbeitsleben sei. „Das grenzt einen Großteil aus“, sagte Sabine Zimmermann. Sie kritisierte außerdem, dass bei den Teilhabeinstrumenten keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt werden und so „Beschäftigte zweiter Klasse“ entstünden. Darüber hinaus fügten die Koalitionsfraktionen zwei Härtefallregelungen in das Gesetz ein, wonach bei schwerbehinderten Menschen und jenen, die mit Kindern in einer Bedarfsgemeinschaft zusammenleben, fünf Jahre ALG-II-Bezug ausreichen, um diese auf maximal fünf Jahre begrenzte Förderung zu erhalten. Hier setzte eine Kritik der Grünen an. So fragte Beate Müller-Gemmeke (Grüne): „Was ist mit einer Frau, die 54 Jahre alt und bereits seit fünf Jahren arbeitslos ist? Auch Ältere und Alleinstehende brauchen doch soziale Teilhabe.“

Finanzierung von Weiterbildung Außerdem wurden die Zuschüsse für Weiterbildungsmaßnahmen von 1.000 Euro auf 3.000 Euro angehoben. Das reicht jedoch der FDP-Fraktion nicht aus. Pascal Kober (FDP) warf der Regierung deshalb vor: „Sie springen zu kurz, denn Sie legen den Schwerpunkt auf Teilhabe und viel zu wenig auf nachhaltige Qualifizierung.“ Das zweite neu gefasste Instrument mit dem Titel „Eingliederung von Langzeitarbeitslosen“ (Paragraf 16e im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch) richtet sich an ALG-II-Bezieher, die seit mindestens zwei Jahren arbeitslos sind. Gefördert werden soll auch

hier sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, jedoch nur für maximal zwei Jahre. Neu ist hier, dass die bislang vorgesehene Nachbeschäftigungspflicht für die Arbeitgeber nach Auslaufen der Förderung entfällt. Das entlaste die Arbeitgeber, freute sich die Unionsfraktion und äußerte die Erwartung, „dass die deutschen Arbeitgeber gerade angesichts unseres Fachkräftemangels bereit sind, diesen Menschen eine Chance zu geben“, sagte Peter Weiß (CDU). Ganz anders die Bewertung von Jörg Schneider (AfD), der dem Gesetz das Scheitern voraussetze, weil das Ziel nicht klar sei. „Was wollen Sie denn eigentlich? Integration in den ersten Arbeitsmarkt oder Beschäftigungstherapie?“ *che*

STICHWORT

Sozialer Arbeitsmarkt

> **Lohnkostenzuschüsse** Nicht nur Löhne bis zur Mindestlohngrenze, auch Tariflöhne will die Regierung mit zwei verschiedenen Instrumenten bezuschussen. Die Förderung wird maximal fünf oder zwei Jahre gezahlt.

> **Bedingungen** Gefördert werden sollen Menschen, die länger als sechs Jahre beziehungsweise länger als zwei Jahre ohne Arbeit sind. Außerdem Schwerbehinderte und jene, die mit Kindern in einer Bedarfsgemeinschaft leben.

> **Weiterbildung** Die Zuschüsse für Weiterbildungsmaßnahmen wurden auf 3.000 Euro erhöht. Außerdem gibt es für Beschäftigte und Arbeitnehmer ein begleitendes Coaching.

Untersuchungsausschuss angedroht

VERTEIDIGUNG Opposition und SPD fordern Aufklärung der sogenannten Berateraffäre

Mehr als 1.200 Beamte beschäftigt das Verteidigungsministerium, dazu kommen rund 370 Tarifbeschäftigte. Viel Personal mit großem Sachverstand und Expertise – sollte man meinen. Doch tatsächlich beauftragt das Haus auch immer wieder externe Berater und gibt dafür viel Geld aus. Und das auf unsaubere Art, findet die Opposition und verlangt Aufklärung. In einer Aktuellen Stunde auf Verlangen der FDP am vergangenen Freitag haben die Abgeordneten Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) vorgeworfen, in ihrem Haus finde Steuerverwendung, Vetternwirtschaft und sogar Rechtsbruch statt. Immer wieder ist die Rede von einem Untersuchungsausschuss.

Die Ausgaben für die Berater von außen setzen die Ministerin unter Druck. Im August veröffentlichten Medien Informationen aus einem Bericht des Bundesrechnungshofs, nachdem das Ministerium rund 150 Millionen Euro pro Jahr an die Beraterfirmen überweist. „Erhebliche Unregelmäßigkeiten“ monierte der Bundesrechnungshof dabei: So sei die Notwendigkeit der Vergabe nicht in allen Fällen gegeben, man habe die Wirtschaftlichkeit der Leistungen nicht geprüft und die Aufträge freihändig und ohne den vorgeschriebenen Wettbewerb vergeben.

In der Debatte verteidigte sich von der Leyen mit dem Verweis auf die umfassende Reform der Bundeswehr. Es sei nötig, externen Sachverstand einzuholen. Im Vergleich mit dem zivilen Personal liege das Volumen der Externen bei nur 0,3 Prozent, das Budget für deren Leistungen betrage nur 0,5 Prozent des Haushalts. Von der Leyen räumt ein, es habe „Vergaberechtsverstöße“ gegeben, zudem seien „Bedarf, Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit“ der Leistungen nicht ausreichend dokumentiert worden. Dies „hätte nicht passieren dürfen“.

Für die Liberalen monierte Christian Dörr, die Ministerin versuche den Eindruck zu erwecken, es habe „hier und da“ Vergabefehler gegeben, dies sei nicht „haltbar“. Allein heute sei man darüber informiert worden, dass Verträge im Wert von 390 Millionen Euro rechtswidrig vergeben worden seien. Er täte sich aktuell schwer, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen, weil „das Ausmaß der Affäre sehr schwer formulierbar“ sei.

Rüdiger Lucassen (AfD) forderte einen U-Ausschuss. Bei der Vergabe von Aufträgen an externe Berater handle es sich um die „Verschwendung von Steuergeld“.

Rücktrittsforderung Matthias Höhn (Linke) forderte die Ministerin auf, die Verantwortung zu übernehmen und ihr Amt zur Verfügung zu stellen. Für hunderte von Aufträgen im Wert hunderter Millionen Euro habe es keine Notwendigkeit gegeben. Dabei stelle sich die Frage, wer im sensiblen Sicherheitsbereich das Sagen habe: der Staat oder private Firmen.

Der Grünen-Abgeordnete Tobias Lindner monierte, von der Leyen habe die Dimension des Problems nicht erkannt. Er kündigte an, seine Fraktion werde betrachten, ob die Ministerin jetzt wirklich aufkläre, anderenfalls müsse man über einen Untersuchungsausschuss entscheiden. Für die SPD erklärte Dennis Rohde, es sei wichtig, alle bisherigen Vergaben darauf zu prüfen, ob sie vergaberechtskonform gewesen seien – und, falls dies nicht der Fall sei, aufzuklären, ob dies wissenschaftlich und willentlich geschehen sei. Zudem müsse die „politische Debatte“ darüber geführt werden, wie viel externe Beratung im Geschäftsbereich des Verteidigungsministeriums richtig sei.

„So viel wie nötig und so wenig wie möglich“. So beantwortet man diese Frage in der Unionsfraktion. Henning Otte (CDU) sagte, man müsse die „sicherheitspolitische Lage“ im Auge zu behalten. Angesichts der großen Aufgaben der Bundeswehr sei es „nur gut“, den „Blick von außen zu haben.“ *Susanne Kailitz*



Unter Rechtfertigungsdruck: Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) © picture-alliance/dpa



KURZ NOTIERT

AfD-Kandidatin für Vizepräsidentenamt nominiert

Die AfD-Fraktion hat ihre Abgeordnete Mariana Harder-Kühnel für den Posten eines der Vizepräsidenten des Bundestages nominiert. Die 44-jährige Rechtsanwältin war 2017 als Spitzenkandidatin ihres Landesverbandes über die hessische Landesliste in das Parlament eingezogen. Der zunächst von der AfD für die Vizepräsidenten-Position benannte Abgeordnete Albrecht Glaser hatte zu Beginn der Wahlperiode die erforderliche Mehrheit in drei Wahlgängen verpasst.

Bundestag lehnt Linken-Antrag zu höherem Frauenanteil ab

Mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, AfD und FDP hat der Bundestag vergangene Woche bei Enthaltung der Grünen einen Vorstoß der Fraktion Die Linke zurückgewiesen, den Frauenanteil im Parlament zu erhöhen. In ihrem entsprechenden Antrag (19/962) verwies Die Linke auf den gesunkenen Anteil weiblicher Parlamentarierinnen im aktuellen Bundestag und forderte die Bundesregierung auf, auf eine Steigerung des Frauenanteils in Wahlämtern hinzuwirken und dieses Ziel bei der Umsetzung einer Wahlrechtsreform zu berücksichtigen.

Vorstoß zu Ruhebezügen der Bundespräsidenten

Mit einem AfD-Vorstoß zur den Ruhebezügen des Bundespräsidenten (19/5490) hat sich der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung befasst. In ihrem Gesetzentwurf verweist die AfD-Fraktion darauf, dass frühere Bundespräsidenten derzeit „eine lebenslange Alimentierung in Höhe von über 220.000 Euro pro Jahr“ erhielten. Sie schlägt vor, die Höhe des Ehrensoldes für Alt-Bundespräsidenten gemäß der ursprünglichen Gesetzeslage von 1953 auf die Hälfte der Dienstbezüge festzuschreiben. Zugleich sollen sie laut Vorlage bei Einkünften aus privater Tätigkeit den Anspruch auf die volle Zahlung des Ehrensoldes verlieren.

Anträge zu Special Olympics und eSports überwiesen

Dem Sportausschuss überwiesen hat der Bundestag vergangene Woche einen FDP-Antrag, die „Bewerbung von Special Olympics Deutschland um die World Games 2023“ zu unterstützen (19/5219). „Die Mission von Special Olympics“ ist es laut Vorlage, Menschen mit geistiger Behinderung durch Sport zu mehr Teilhabe an der Gesellschaft zu verhelfen. Überwiesen wurde auch ein Grünen-Antrag, die „Entwicklung des eSports“ zu fördern (19/5545). Unter eSports wird „das kompetitive Spielen von Videospielen am Computer, der Konsole oder anderen Geräten subsummiert“.

Unternehmenswechsel der Rechtsform beim Brexit

Die Möglichkeiten von Brexit betroffener Unternehmen zu einem geordneten Wechsel in eine inländische Gesellschaftsrechtsform mit beschränkter Haftung sollen um eine zusätzliche Variante erweitert werden. Das sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/5463) vor, den der Bundestag vergangene Woche an die Ausschüsse überwies. *sto*



Nach heftigen Einbußen bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen hat Angela Merkel angekündigt, in wenigen Wochen den Vorsitz der CDU abzugeben. Nach Ablauf der Amtszeit will sie 2021 auch nicht mehr als Bundeskanzlerin kandidieren. © picture-alliance/dpa

Schwarz-rotes Beben

KOALITION Die Landtagswahlen in Bayern und Hessen erschüttern die Bundespolitik

Angela Merkel zauderte nicht. Während Horst Seehofer nach der CSU-Wahlpleite in Bayern die parteinterne Debatte über personelle Konsequenzen um Wochen hinauszögerte, sorgte die Bundeskanzlerin schon am Tag nach dem CDU-Absturz in Hessen für Klarheit: Bundespolitisch könne man nach diesen Wahlen und den „Verwerfungen zwischen CDU und CSU im Sommer“ nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sagte Merkel und kündigte ihren Rückzug vom CDU-Vorsitz an – nach 18 Jahren. Weniger als jeder vierte Wahlberechtigte in Deutschland durfte am 14. und 28. Oktober seine Stimme abgeben – doch die Landtagswahlen in Bayern und Hessen lösten ein bundespolitisches Beben aus, dessen Erschütterungen lange nachwirken werden.

Einbußen In beiden Ländern mussten die Unionsparteien herbe Verluste hinnehmen. In Bayern brach die CSU um 10,5 Prozentpunkte auf 37,2 Prozent ein – das schwächste Resultat seit 1950. In Hessen büßte die CDU 11,3 Punkte ein und schnitt mit 27,0 Prozent so schlecht ab wie seit 1966 nicht. Die erste Reaktion der beiden Spitzenkandidaten, der Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) und Volker Bouffier (CDU), an den Wahlabenden fiel identisch aus: Beide sprachen von schmerzhaften Verlusten und Demut, beide richteten den Zeigefinger auf die Bundespolitik. Der Wahlkampf sei stark überlagert gewesen vom Erscheinungsbild der Großen Koalition, betonte Bouffier. Die Menschen

wünschten sich von den Berliner Regierungsparteien „weniger Streit, mehr Sachorientierung, mehr Lösung“. Auf die Große Koalition in Berlin verwiesen auch die SPD-Spitzenkandidaten. „Wir haben keinen Rückenwind bekommen“, stellte in München Spitzenkandidatin Natascha Kohnen fest, über „Sturmböen im Gesicht“ klagte in Wiesbaden SPD-Landespartei- und Fraktionschef Thorsten Schäfer-Gümbel. Die Sozialdemokraten stürzten in beiden Ländern auf historische Tiefstwerte ab: In Bayern auf 9,7 Prozent (-11,0 Punkte), in Hessen auf 19,8 Prozent (-10,9 Punkte). „Die Sozialdemokratie steckt in einer tiefen Glaubwürdigkeits- und Vertrauenskrise“, sagte Schäfer-Gümbel. Juso-Bundeschef Kevin Kühnert, der vehement gegen die Neuaufgabe von Schwarz-Rot gekämpft hatte, befeuerte die Debatte noch in der Wahlnacht mit einem Tweet wieder neu: „Das Urteil über diese Groko ist final gesprochen.“

Auch die Kanzlerin kritisierte zwar das „inakzeptable“ Bild, das die Bundesregierung abgebe, attestierte ihr aber eine sehr ordentliche Sacharbeit. Es wäre ihrer Meinung nach „ein Treppenwitz der Geschichte“, brähe man schon nach gut sechs Monaten den Stab über der Regierung. Merkel gibt zwar den CDU-Vorsitz ab, an der Koalition mit den Sozialdemokraten aber hält sie fest: Sie will bis zum Ende der Legislaturperiode Bundeskanzlerin bleiben und

sich erst 2021 aus der Spitzenpolitik zurückziehen. Ein Wagnis, räumte sie selbst ein – hatte sie doch immer die Trennung von Parteivorsitz und Kanzlerschaft ausgeschlossen. Die Koalition solle sich aber „auf endlich gutes Regieren“ konzentrieren können, so begründete sie ihr Umdenken. Die CDU konzentriert sich nun darauf, die Nachfolge an der Parteispitze zu regeln. Zwölf Bewerber gibt es, unter ihnen CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer und Gesundheitsminister Jens Spahn. Auch Ex-Unionsfraktionschef Friedrich Merz warf nach neun Jahren Polit-Abstinenz seinen Hut in den Ring. Auf einer Klausurtagung verständigten sich Präsidium und Bundesvorstand auf das Prozedere: Die Kandidaten sollen sich vor dem Parteitag, der Anfang Dezember in Hamburg stattfindet, auf acht Regionalkonferenzen der Basis vorstellen. Die SPD hat ihren Vorsitzenden in den vergangenen 20 Monaten schon zweimal ausgetauscht. Eine neue Personaldebatte versucht die Parteispitze, die zeitgleich mit der CDU in Klausur ging, unbedingt zu vermeiden. Nach den Beratungen trat eine demonstrativ lächelnde Führungsriege vor die Presse – wild entschlossen, Zuvorsicht zu verbreiten. „Wir haben uns untergehakt, wir setzen auf die Kraft des Zusammenhalts“, verkündete SPD-Chefin Andrea Nahles. Über einen Sonderparteitag zur Zukunft der SPD und der Koalition sei zwar abgestimmt worden, eine große Mehrheit

sei aber dagegen gewesen. Und ein Ausstieg aus der Groko? „War gar kein Thema.“ Doch Nahles bleibt unter Druck – auch, weil die SPD-Umfragewerte weiter in den Keller rutschen. Der Fortbestand der Koalition scheint nach dem bayerisch-hessischen Beben längst nicht ausgemacht. Zum Groko-Prüfstein könnte auch die Chemie zwischen der Kanzlerin und der oder dem neuen CDU-Vorsitzenden werden. Mit Kramp-Karrenbauer könnte Merkel wohl geräuschlos zusammenarbeiten – aber mit Spahn? Oder gar mit Merz, den mit Merkel eine tiefe Abneigung verbindet? Und sollte die Doppelspitze nicht funktionieren – würde Schwarz-Rot auch mit einem Kanzler Merz oder Spahn fortbestehen? Vor diesem Hintergrund erhalten auch Spekulationen über eine Neuaufgabe der 2017 gescheiterten Jamaika-Verhandlungen neue Nahrung. Derweil zeichnet sich auch an der CSU-Spitze Bewegung ab. Offiziell haben die Christsozialen ihre Wahlanalyse noch nicht gestartet, der Fahrplan lautet: erst die Regierungsbildung in Bayern, dann die Diskussion über Konsequenzen aus der Wahl. Vergangene Woche hat sich der bisher größte Bayerische Landtag der Nachkriegsgeschichte konstituiert und wählte Ilse Aigner (CSU) zur Präsidentin. Söder wurde als Ministerpräsident bestätigt. Er hat einen Koalitionsvertrag mit den Freien Wählern in der Tasche, mit dem er fast so weiterregieren kann wie während der CSU-Alleinherrschaft. Diese Woche nun will sich Seehofer zu seiner Zukunft erklären. Zwar ist er bis Herbst 2019 gewählt, viele rechnen aber mit seinem vorzeitigen Rückzug vom CSU-Vorsitz. Die Nachfolge scheint auf Söder hinauszulaufen, dem das Kunststück gelingen ist, dass er als Spitzenkandidat in keiner Weise für das Wahlfiasko mitverantwortlich gemacht wird. Zwar sähe mancher lieber den liberaleren Manfred Weber auf dem Chefessel. Weber aber konzentrierte sich zuletzt voll auf sein Ziel, Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei bei der Europawahl 2019 zu werden. Das ist ihm vergangenen Donnerstag auch geglückt. Inwieweit sich die Kandidatur und vor allem Webers Ambitionen auf das Amt EU-Kommissionspräsidenten mit einem CSU-Vorsitz vertragen, ist innerhalb der Partei umstritten. Offen ist auch, ob Seehofer im Fall eines Rückzugs von der CSU-Spitze Bundesinnenminister bliebe. Durch den Streit um Verfassungsschef Hans-Georg Maßen ist der 69-Jährige unter Dauerbeschuss.

Nachzählungen In Hessen wird die Regierungsbildung noch dauern, die Ausgangslage ist schwieriger als in Bayern. Zwar könnte die CDU ihr Bündnis mit den Grünen (19,8 Prozent) mit einer Stimme Mehrheit fortsetzen. Rechnerisch möglich wäre aber auch Schwarz-Rot sowie eine Ampelkoalition von Grünen, SPD und FDP (7,5 Prozent). Ebenfalls im Landtag sind die AfD (13,1 Prozent) und Linke (6,3 Prozent). Das exakte Wahlergebnis soll jedoch erst am kommenden Freitag verkündet werden – wegen Pannen muss vielerorts nachgezählt werden. Erst wenn die Kräfteverhältnisse definitiv feststehen, wollen sich CDU und Grüne entscheiden, mit wem sie in Koalitionsgespräche gehen. *Peter Jerabek*

Nachzählungen In Hessen wird die Regierungsbildung noch dauern, die Ausgangslage ist schwieriger als in Bayern. Zwar könnte die CDU ihr Bündnis mit den Grünen (19,8 Prozent) mit einer Stimme Mehrheit fortsetzen. Rechnerisch möglich wäre aber auch Schwarz-Rot sowie eine Ampelkoalition von Grünen, SPD und FDP (7,5 Prozent). Ebenfalls im Landtag sind die AfD (13,1 Prozent) und Linke (6,3 Prozent). Das exakte Wahlergebnis soll jedoch erst am kommenden Freitag verkündet werden – wegen Pannen muss vielerorts nachgezählt werden. Erst wenn die Kräfteverhältnisse definitiv feststehen, wollen sich CDU und Grüne entscheiden, mit wem sie in Koalitionsgespräche gehen. *Peter Jerabek*

Der Autor ist Korrespondent in München.

Die Einstufung sicherer Herkunftsstaaten als Endlosschleife

ASYL Linke und Grüne lehnen neuen Vorstoß zur Klassifizierung der Maghreb-Staaten ab. Zugleich beschließt der Bundestag erweiterte Mitwirkungspflichten für Schutzberechtigte

„Wir haben das Thema gefühlt zum hundertsten Mal seit 2015 hier auf der Tagesordnung“, konstatierte Luise Amtsberg (Grüne) vergangene Woche und bekräftigte im Bundestag, dass ihre Fraktion auch den jüngsten Vorstoß der Bundesregierung zur Einstufung Algeriens, Marokkos und Tunesiens sowie nunmehr zudem Georgiens als asylrechtlich sichere Herkunftsstaaten ablehnen werde. Erst drei Wochen zuvor hatte das Parlament entsprechenden FDP-Vorlagen (19/957, 19/5079) eine Abfuhr erteilt; im März vergangenen Jahres war ein Bundestagsbeschluss zu einer solchen Einstufung der drei nordafrikanischen Staaten im Bundesrat gescheitert, der die erforderliche Zustimmung aufgrund fehlender Stimmen von Bundesländern mit grüner Regierungsbeteiligung verweigerte. Nun also liegt dem Parlament ein erneuter Regierungsentwurf (19/5314) zu einer entsprechenden Klassifizierung der genannten vier Staaten vor, doch wesentlich neue Erkenntnisse vermochte die erste Lesung über diese Vorlage erwartungsgemäß nicht zu bieten.

Individueller Anspruch Der Parlamentarische Innen-Staatssekretär Stephan Mayer (CSU) verwies darauf, dass es vergangenes Jahr 15.000 Asylverfahren mit Antragstellern aus Georgien und den drei Maghreb-

Staaten gegeben habe. Dabei habe die Anerkennungsquote für Georgien 0,6 Prozent, für Algerien 2,0 Prozent, für Marokko 4,1 Prozent und für Tunesien 2,7 Prozent betragen. In den vier Staaten gebe es keine systematische oder Gruppenverfolgung und auch keine „unwürdige Behandlung“ von Personen, weshalb die Bundesregierung keine Gründe sehe, auf die angestrebte Einstufung zu verzichten. Auch für Lars Herrmann (AfD), „spricht nichts dagegen, Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien als sichere Herkunftsstaaten einzustufen“. Der „von der Bundesregierung erhoffte Effekt, Deutschland als Zielland unattraktiv zu machen“, werde damit allein jedoch nicht erreicht, sagte er. Vielmehr werde eine „Verbesserung erst spürbar sein“, wenn gleichzeitig der Druck auf die Maghreb-Staaten merklich erhöht werde, ihre Staatsbürger wieder zurückzunehmen, und wenn Deutschland eine konsequente Abschiebungspolitik betreibe. Die FDP-Abgeordnete Linda Teuteberg nannte es „überfällig“, Georgien und die Maghreb-Länder zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. Dabei sei an den „Amenmärken von Grünen und Linken, dass dadurch das individuelle Asyl-Grundrecht unseres Grundrechts in Frage gestellt würde, nichts dran“, fügte Teuteberg hinzu.

Auch in Zukunft werde jeder Einzelfall geprüft und das individuelle Asylrecht geschützt. Für Die Linke entgegnete Ulla Jelpke, dass man den Antragstellern eine unvoreingenommene Prüfung verweigere, wenn man „vor Beginn eines Verfahrens das Ergebnis vorwegnimmt“. Die „Regelung der scheinbar sichereren Herkunftsstaaten“ sei eine „sich selbst erfüllende Prophezeiung“, beschneide den Schutzanspruch der Flücht-

linge und erhöhe das Risiko, dass Verfolgte abgelehnt und abgeschoben werden. Dabei gebe es in den Maghreb-Ländern erhebliche Menschenrechtsverletzungen. Amtsberg ergänzte für die Grünen, dass es in den drei Staaten nicht erforderliche „Verfolgungsfreiheit“ gebe. Sie wertete es zugleich als entscheidend, dass ein Asylantrag unvoreingenommen geprüft werde. Nur so sei der wirklich individuelle Zugang zum Asylverfahren zu gewährleisten.

Wenn man aber in der Anhörung der Asylbewerber davon ausgehe, dass Menschen aus den genannten Ländern grundsätzlich nicht schutzbedürftig sind, widerspreche dies „dem Gedanken der unvoreingenommenen und damit individuellen Prüfung ganz eklatant“. Helge Lindh (SPD) versicherte demgegenüber, dass es sich bei der Einstufung der vier Länder als sichere Herkunftsstaaten nicht um die Abschaffung des individuellen Anspruchs auf Asyl handle. Vielmehr gehe es im Kern um ein Signal „an diejenigen, die de facto keinen Anspruch und keine Chance haben, hier als Asylbewerber anerkannt zu werden“, aber in der Hoffnung darauf nach Deutschland kommen. Es könne nicht Sinn der Asylpolitik sein, Menschen diese Hoffnung zu machen. Michael Brand (CDU) betonte, die Koalition wolle „in offensichtlich unbegründeten Fällen“ Verfahren beschleunigen, indem „Anträge zügiger bearbeitet und schneller entschieden werden können, so dass im Falle einer Ablehnung auch die Rückkehr schneller erfolgen kann“.

Dieser Bundestagsbeschluss zur Änderung des Asylgesetzes bedarf im Gegensatz zur Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten nicht der Zustimmung des Bundesrates. *Helmut Stoltenberg*



Eine Berliner Dienststelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. An seinen Rücknahmeverfahren müssen Schutzberechtigte künftig mitwirken. © picture-alliance/dpa

Mitwirkungspflicht Wenige Stunden nach dieser Debatte verabschiedete der Bundestag gegen die Stimmen von Linken und Grünen einen Gesetzentwurf der Bundes-

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Für die Vereinten Nationen ist es der große Wurf: Am 11. Dezember wollen bislang 190 Mitgliedstaaten der UN in Marokko den „Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“ unterzeichnen (siehe Stichwort). Er soll für die etwa 260 Millionen Migranten weltweit schaffen, was für Flüchtlinge schon lange existiert – einen internationalen Kooperationsrahmen, der den Migranten „dieselben allgemeinen Menschenrechte und Grundfreiheiten“ garantiert, sie besser vor Gewalt und Willkür schützt und hilft, illegale Migration einzudämmen und Menschenhandel und Schlepperwesen zu unterbinden. Die Staaten wollen auch bei Grenzsicherung und Fluchtursachenbekämpfung enger zusammenarbeiten, gleichzeitig aber auch neue Wege für legale Migration schaffen.

Zwei Jahre lang hat die internationale Gemeinschaft vergleichsweise unaufgeregt an den 23 Zielen gefeilt, herausgekommen ist eine ambitionierte, aber rechtlich nicht bindende Absichtserklärung. Ausdrücklich streicht das Dokument das Recht der Staaten heraus, „ihre nationale Migrationspolitik selbst zu bestimmen“. Dennoch formieren sich seit der Verabschiedung des Entwurfs im Juli in New York international mehr und mehr Gegner. Die USA waren von Anfang an nicht dabei, Australien, Ungarn, Tschechien, Polen und Österreich zogen nach. Alle eint die Furcht, der Migrationspakt werde den Staaten die Kontrolle über die Zuwanderung entziehen. So auch die Lesart der AfD: Auf ihrer Webseite spricht sie von einem „versteckten Umsiedlungsprogramm für Wirtschafts- und Arbeitsmigranten“, in Medien und sozialen Netzwerken macht die Partei seit Wochen gegen den Pakt mobil. Im Petitionsausschuss des Bundestages häufen sich seit der Eingabe von Bürgern gegen den Pakt.

Die AfD-Fraktion setzte das Thema schließlich weit oben auf die Tagesordnung des Bundestages. Sie legte vergangene Woche einen Antrag (19/5530) vor, in dem sie die Bundesregierung auffordert, den Pakt nicht zu unterzeichnen. Die Debatte dazu geriet zu einem heftigen Schlagabtausch, der Antrag wurde zur Beratung an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen. AfD-Fraktionschef Alexander Gauland warnte: Die Vereinbarung stifte Millionen von Menschen aus Krisenregionen an, „sich auf den Weg zu machen“. Die Folge sei „Einwanderung in die Sozialsysteme“ und „Preisgabe von Souveränität“. Weiter mutmaßte Gauland, „linke Träumern und globalistische Eliten“ wollten Deutschland klammheimlich von „einem Nationalstaat in ein Siedlungsgebiet verwandeln“. Aussagen, für die Gauland fraktionsübergreifend massive Kritik erntete. Alle anderen Fraktionen stellten sich hinter den Pakt, obwohl es zuvor auch in der Union einzelne kritische Stimmen gegeben hatte. FDP und Bündnis 90/Die Grünen legten jeweils eigene Anträge (19/5530, 19/5547) vor, in denen sie die Bundesregierung darin bestärken, dem Pakt zuzustimmen. Union und SPD kündigten an, gleiches noch in diesem Monat zu tun.

»Konsequent umsetzen« Die Grünen-Abgeordnete Filiz Polat bezeichnete das Abkommen als „Meilenstein“. Er markiere klare Leitlinien für Migration und stärke die Rechte von Migranten, insbesondere die von Frauen und Kindern. Die Bundesregierung forderte Filiz auf, den Pakt konsequent umzusetzen. Dessen Standards sollten im Einwanderungsgesetz, das die Koalition noch in diesem Jahr vorlegen will, verankert werden.

Weniger enthusiastisch äußerte sich Sevim Dagdelen (Die Linke). Zwar habe ihre Fraktion die Verhandlungen über den Migrationspakt von Anfang an begrüßt. Je-



Streit um globale Regeln

ZUWANDERUNG Der Bundestag stellt sich breit hinter den Globalen Migrationspakt der UN. Die Lesart der AfD stößt auf massive Kritik, aber auch die Bundesregierung muss sich Vorwürfe anhören

Der Pakt soll Migranten in den Transit- und Zielländern den Zugang zu Grundleistungen ermöglichen. Dazu gehört etwa Schulbildung für Kinder und medizinische Versorgung, wie hier in einem Flüchtlingslager im französischen Calais. © picture-alliance/BSIP

doch sei der Entwurf von einem „zynischen Nützlichkeitsdenken“ geprägt. Dem Westen gehe es in erster Linie um „die Nutzbarmachung von Humankapital“. Fluchtursachen wie Freihandel und ein Stopp der Rüstungsexporte seien in den Text nicht aufgenommen worden.

Für die Union betonte Stephan Harbarth (CDU), es sei in deutschem Interesse, die Standards im Umgang mit Migranten, etwa bei der Gesundheits- und Grundversorgung, weltweit anzugleichen. Die Anreize nach Deutschland zu kommen, würden so sinken. Wer den Pakt ablehne, setze parteipolitisch auf „Angstmache vor Migration“. Nordrhein-Westfalens Minister für Flüchtlinge und Integration, Joachim Stamp (FDP), stellte klar, die Unterzeichnerstaaten blieben souverän, ein Menschenrecht auf Migration gebe es nicht und werde es nicht geben. Der AfD warf Stamp vor, mit falschen Informationen die Bevölkerung zu verunsichern.

Christoph Matschie (SPD) wurde noch deutlicher: „Die AfD verbreitet Lügen“, ur-

teilte er. Bei dem Abkommen gehe es nicht darum, der Migration Tür und Tor zu öffnen, sondern sie besser zu regulieren und illegale Einwanderung einzudämmen. Dafür sei eine bessere internationale Zusammenarbeit nötig.

Mangelnde Aufklärung Verärgert zeigte sich viele Redner über die Tatsache, dass es der AfD einmal mehr gelungen ist, außerhalb des Parlaments mit dem hochemotionalen Thema Migration zu punkten. Die Verantwortung dafür sahen sie auch bei der Bundesregierung. So warfen Polat und NRW-Minister Stamp der Großen Koalition mangelnde Aufklärung über den Migrationspakt vor. „Sie haben zu lange geschwiegen und damit überhaupt erst die Voraussetzungen für den Propagandafeldzug der Verschwörungstheoretiker ermöglicht“, urteilte Stamp. Auch nach Ansicht von Sevim Dagdelen hat die Bundesregierung mit ihrer Informationspolitik den Boden für die „schäbige Angstkampagne“ der AfD mitbereitet. Johanna Metz II

STICHWORT

Globaler Migrationspakt

> Entstehung Der Vertrag ist 34 Seiten lang und formuliert 23 Ziele. Die UN-Vollversammlung hat den Entwurf im Juli 2018 verabschiedet. Unter anderem die USA, Australien, Polen, Ungarn und Österreich wollen ihn am 11. Dezember in Marrakesch nicht unterzeichnen.

> Ziele Der Pakt formuliert erstmals die Rechte von Migranten, also nicht nur von Flüchtlingen, für die bereits die Genfer Flüchtlingskonvention greift. Auch ihnen stehen Menschenrechte und Grundfreiheiten zu, betont das Dokument.

> Überprüfung Alle vier Jahre wollen die Vereinten Nationen prüfen, wie weit die Ziele umgesetzt wurden. Die im Vertrag vorgesehenen Rechte sind jedoch nicht einklagbar.

Kooperation bei Krisen und Konflikten

ENTWICKLUNG Fraktionen uneins über vernetzten Ansatz

„In unserem vernetzten Ansatz ergänzen sich zivile und militärische Instrumente. Vorrang hat die Ausrichtung auf präventive Problemlösung.“ So steht es nüchtern im 2016 von der Bundesregierung veröffentlichten Weißbuch zur Sicherheitspolitik. Die Strategie fand erstmals vor zehn Jahren Eingang in ein Weißbuch und wird seither viel diskutiert. Vor allem der Grundgedanke, dass auswärtige Krisen und Konflikte im Zusammenspiel von entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen gelöst werden sollten, wird von manchen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und vor allem der Linkspartei kritisch gesehen. Letztere warnt vor einer Militarisierung deutscher Außenpolitik und lehnt das Konzept grundsätzlich ab, wie eine Vertreterin der Fraktion vergangene Woche im Entwicklungsausschuss nochmals betonte. Sie verwies auf die Klagen von NGOs, denen zufolge der Ansatz ihre Arbeit vor Ort massiv erschwere oder gar verhindere. Die Helfer würden allzu oft als Besatzer wahrgenommen.

Anderer Fraktionen begrüßten hingegen, dass die Bundesregierung die Strategie der Vernetzung optimieren und ausbauen will. Es gebe inzwischen eindrucksvolle Beispiele für deren Erfolg, betonte ein Vertreter der Unionsfraktion. Eine engere Verzahnung der verschiedenen Ministerien sei notwendig, gerade angesichts der rund zwei Milliarden Menschen, die weltweit in einem fragilen Umfeld lebten. Entwick-

lung sei dort nicht möglich ohne Sicherheit – und umgekehrt. Ähnlich argumentierten die Grünen. Ein Vertreter der Fraktion wies aber auch darauf hin, dass es nicht nur um militärische Sicherheit gehen dürfe, sondern Ziel die Schaffung nachhaltiger Stabilität sein müsse. Dazu müssten auch Bereiche wie Handelspolitik und Waffenexporte stärker in den Blick genommen werden. Grundsätzlich stehe das Konzept der vernetzten Sicherheit noch ganz am Anfang, urteilte er.

Die SPD zeigte sich erleichtert, dass die Befürchtungen vieler Nichtregierungsorganisationen, die Strategie würde zu einer Militarisierung der Entwicklungs politik führen, sich nicht bewahrheitet hätten und begrüßte die stärkere Kooperation zwischen den Ressorts.

Aus Sicht der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist der vernetzte Ansatz ebenfalls auf einem guten Weg. „Gerade in Afghanistan und Mali hat er viel geleistet“, urteilte Vize-Vorstandssprecher Christoph Baier. Bei Programmen und Projekten würden die Ministerien sich heute viel enger abstimmen und häufiger auf Erfahrungen und Kenntnisse der anderen zurückgreifen. Die FDP erkundigte sich im Ausschuss nach der Koordination mit anderen europäischen Staaten und einer Evaluierung des Ansatzes. Die AfD forderte mehr Informationen über konkrete Projekte und deren Erfolgsbilanz. joh II

Partnerschaft Berlin-Paris

EU Anträge von Liberalen und Grünen zu engerer Kooperation

Die FDP-Fraktion fordert von der Bundesregierung neue Impulse für die deutsch-französische Zusammenarbeit. 100 Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs gelte es, dieser europäischen, aber auch deutsch-französischen Katastrophe zu gedenken und den Jahrestag als Anstoß für eine noch stärkere Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich zu begreifen, schreiben die Abgeordneten in einem Antrag (19/5527), der vergangenen Freitag in die Ausschüsse überwiesen wurde. So sollten sich beide Länder in ihrer Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik stärker abstimmen, für die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU einsetzen und sie sollten die Koordinierung innerhalb der neu geschaffenen Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) intensivieren.

Deutschland und Frankreich müssten sich auch dafür einsetzen, dass die EU-Mitglieder in Handelsfragen mit einer Stimme sprechen. „Im Mittelpunkt müssen dabei der Abbau von Handelshemmnissen sowie der Abschluss und die Ratifizierung von Freihandelsabkommen stehen – etwa die Ratifizierung von CETA durch den Deutschen Bundestag und die Assemblée Nationale.“ Beide Länder sollen sich zudem für ein europäisches Asylrecht stark machen. „Dieses sollte einen europaweiten Verteilungsschlüssel beinhalten, der auf der Solidarität aller Mitgliedstaaten basiert und bei Nichteinhaltung Sanktionen ermöglicht.“ Unter-

bestimmten Voraussetzungen sollte es einzelnen Mitgliedstaaten möglich sein, das Kontingent zu reduzieren, etwa bei einem verstärkten Engagement bei der Kontrolle der EU-Außengrenzen, schreiben die Abgeordneten. Zudem müsse der europäische Rechtsrahmen für ein modernes Einwanderungsrecht weiterentwickelt werden, „das klar zwischen Flucht und Asyl einerseits und arbeitsmarktbezogener Einwanderung andererseits unterscheidet“.

Ebenfalls in die Ausschüsse überwiesen wurde vergangenen Freitag ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die auf die Beendigung der seit drei Jahren währenden Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze dringt. Das Versprechen von Bundeskanzler Helmut Kohl und des französischen Präsidenten François Mitterrand im Jahre 1984, die Grenzen zwischen ihren Ländern abzuschaffen, sei heute durch den Schengener Grenzkodex zumindest für den Schengen-Raum eingelöst, schreiben die Abgeordneten. „Dieses eingelöste Versprechen gewährleistet die grundrechtsgleiche Freiheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger, sich in der Europäischen Union frei zu bewegen.“ Es sei daher Aufgabe der deutsch-französischen Europapolitik, dieses Vermächtnis von Kohl und Mitterrand zu verteidigen und „trendsicheren Grenzkontrollen“ wie jenen an der deutsch-österreichischen Grenze als „dauerhafter europäischer Normalität“ einen Riegel vorzuschieben. ahe II

Mehr Klarheit für die Zwischenzeit

EUROPA Fraktionen begrüßen Brexit-Übergangsgesetz, mahnen aber weitere Regelungen an

Britische Staatsbürger, die in der Übergangsphase nach dem Brexit einen deutschen Pass beantragen, sollen auch dann weiterhin wie EU-Angehörige eingebürgert werden, wenn ihre Einbürgerung erst nach Ende 2020 erfolgt. So sieht es die Bundesregierung im Brexit-Übergangsgesetz (19/5313) vor, über das der Bundestag am vergangenen Freitag in Erster Lesung beriet. Gleiches soll umgekehrt auch für Deutsche gelten, wenn sie während der Übergangsphase den britischen Pass beantragen, diesen aber erst nach Ende 2020 tatsächlich erhalten. In beiden Fällen soll eine doppelte Staatsangehörigkeit hingenommen werden. „Mit dem Brexit-Übergangsgesetz ebenen wir den Weg für den geplanten Wechsel Großbritanniens in die Übergangsphase, in der es schon nicht mehr in den EU-Organen vertreten sein wird“, erklärte Katja Leikert (CDU). Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) betonte, das Gesetz schaffe „Rechtsklarheit“ und sicherte zu, dass weitere Gesetze folgen würden. Der

Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Europaausschuss überwiesen. Voraussetzung für dessen Inkrafttreten ist allerdings – nach der Zustimmung durch den Bundestag – ein geordneter Ausstieg der Briten aus der Europäischen Union am 29. März 2019. Denn nur dann wird die vereinbarte, bis zum 31. Dezember 2020 ausgehandelte Übergangsphase realisiert, in der sich rechtlich nichts zwischen den EU-Staaten und Großbritannien ändern soll. Bisher haben sich die Verhandlungspartner aber nicht auf ein Austrittsabkommen einigen können. Im schlimmsten Fall droht ein ungeregelter Austritt ohne Abkommen und Übergang.

»Unabhängig regeln« Der Linken-Abgeordnete Andrej Hunko sieht in diesem Fall die Rechte britischer Staatsbürger in Deutschland und deutscher Staatsbürger in Großbritannien gefährdet. Er forderte die Bundesregierung auf, die Aufenthaltsrechte unabhängig vom Austrittsabkommen zu regeln. Außerdem sollten die 27 verbleibenden EU-Staaten den Verhandlungsraum wenn nötig verlängern, um zu einem guten Ergebnis zu kommen. Dies sei auf Grundlage der EU-Verträge möglich. Für die FDP begrüßte Konstantin Kuhle (d) den Gesetzentwurf. Die Liberalen legten

darüber hinaus aber einen Antrag (19/5528) vor, in dem sie den Abschluss eines umfassenden Sicherheitsabkommens zwischen Großbritannien und der EU fordern. „Wir haben ein vitales Interesse daran, dass beide auch nach dem Brexit miteinander die öffentliche Sicherheit in Europa gewährleisten“, betonte Kuhle etwa mit Blick auf die Terrorismusbekämpfung. Der Antrag wurde an den Innenausschuss überwiesen und wird von den Grünen ausdrücklich unterstützt, wie Franziska Brantner betonte.

Als „Ünding“ und „dünnen Entwurf“ kritisierte Martin Hebner (AfD) das Brexit-Übergangsgesetz. Die Bundesregierung veräufere es, rechtzeitig vor dem Brexit Rechtssicherheit auch in anderen Bereichen zu schaffen, selbst die Wirtschaft erhalte nur Teilinformationen, monierte er. Dabei hätten die Handelsbeziehungen mit Großbritannien für Deutschland eine „enorm hohe Bedeutung“. Bis zum EU-Sondergipfel in diesem Monat wollen die Streitparteien eine Einigung in der Brexit-Frage erreichen. Unterdessen wollen immer mehr Briten einen deutschen Pass haben. Die meisten Anträge werden von ehemaligen Verfolgten des NS-Regimes und deren Familienangehörigen gestellt. joh II

Acht Boote kamen durch

JEMEN Debatte um Rüstungsexport-Politik und Auslieferungen nach Saudi-Arabien

Die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sind mit ihren Initiativen für ein generelles Rüstungsexportverbot beziehungsweise für eine restriktivere Rüstungsexportpolitik gescheitert. Zwei entsprechende Anträge fanden vergangenen Freitag keine Mehrheit im Plenum (19/1339, 19/1849). Das gilt auch für zwei weitere Anträge, in denen sich beide gegen die Waffenlieferung auf die arabische Halbinsel beziehungsweise an die am Jemen-Krieg beteiligten Länder wandten (19/833, 19/834). Daniela de Ridder (SPD) betonte in der Debatte, dass seit der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul keine Rüstungsgüter mehr nach Saudi-Arabien ausgeführt würden. Es würden keine Genehmigungen mehr erteilt, geplante Lieferungen seien gestoppt worden.

Lothar Maier (AfD) argumentierte, dass Exportverbote Produktionskapazitäten der Rüstungsindustrie verkleinern und die Stückkosten in die Höhe treiben würden. Damit würden am Ende die Ausstattungskosten der eigenen Streitkräfte ebenfalls steigen: „Sie können sich ja schon mal überlegen, welche Sozialleistungen Sie dafür streichen wollen.“ Bei den Stellvertreterkriegen auf der arabischen Halbinsel seien die Konfliktparteien zudem jederzeit

in der Lage, sich mit Waffen auszustatten, „egal was Deutschland macht“. Bernhard Loos (CSU) lehnte ein generelles Verbot von Rüstungsexporten unter Verweis auf die bestehenden Regelungen ab: Ausfuhrgenehmigungen würden vom Bundessicherheitsrat jeweils im Einzelfall

sorgfältig abgewogen auch unter Beachtung außen- und menschenrechtspolitischer Aspekte.

Renata Alt (FDP) warb für eine „europäisierte Rüstungskontrolle“. Angesichts komplexer grenzüberschreitender Rüstungsprojekte wie etwa bei Airbus sei ein nationaler Alleingang der falsche Weg. Alt warf der Bundesregierung im Falle Saudi-Arabien vor, das eigene Wort zu brechen und entgegen einer im Koalitionsvertrag enthaltenen Vereinbarung Rüstungsexporte in dreistelliger Millionenhöhe genehmigt zu haben.

Sevim Dagdelen (Die Linke) machte die Bundesregierung mit „ihren skrupellosen Waffenlieferungen“ an die Krieg führende Allianz mitverantwortlich für das Leid im Jemen. Ohne westliche Unterstützung und Waffen könnte die saudische „Kopfab-Diktatur“ diesen Krieg nicht führen. Auch Agnieszka Brugger (Bündnis 90/Die Grünen) ging mit der Genehmigungspraxis der Bundesregierung hart ins Gericht: Union und SPD hätten zwar einen Waffenexportstopp nach Saudi-Arabien vereinbart, aber die Schlupflöcher waren am Ende so groß, dass „acht Patrouillenboote durchfahren konnten“, die dazu beitragen würden, die Seeblockade im Jemen-Krieg aufrechtzuerhalten. ahe II



Küstenschutzboot für Saudi-Arabien bei der Verladung im Hafen Mukran





Die Nerven im Weißen Haus liegen offenbar blank: Auf der Pressekonferenz zum Wahlausgang lieferte sich US-Präsident Donald Trump einen handfesten Streit mit dem CNN-Reporter Jim Acosta. Trump sprach von „feindseligen Medien“ und forderte Acosta und weitere Journalisten mehrmals auf, den Mund zu halten.

Neue Aufrüstung in mittlerer Reichweite

AUSWÄRTIGES Kippt er oder kippt er nicht? Die Ankündigung der US-Regierung, aus dem INF-Abkommen auszusteigen, einem Vertragswerk, das mit Fug und Recht als ein Kernelement der europäischen Sicherheitsarchitektur bezeichnet werden kann, sorgt in Europa für Irritationen. Mit dem 1987 zwischen den USA und der damaligen UdSSR geschlossenen Abkommen („Intermediate Range Nuclear Forces“ – nukleare Mittelstreckensysteme) ist damals eine komplette Kategorie von landgestützten konventionell wie nuklear bestückbaren Trägersystemen verboten und außer Dienst gestellt worden, die zuvor mit Reichweiten zwischen 500 bis 5.500 Kilometern vor allem Ziele in Europa bedroht haben. Die USA werfen Russland vor, mit einem neu entwickelten Marschflugkörper gegen das Abkommen zu verstoßen, Russland sieht wiederum im Nato-Raketenabwehrsystem in Europa eine Verletzung des INF-Vertrages. In einer auf Verlangen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD anberaumten Aktuellen Stunde bezeichnete Außenminister Heiko Maas (SPD) den Vertrag vergangenen Donnerstag als einen „Meilenstein“, der belege, dass Verständigung auch in Zeiten extremer Konfrontation möglich sei. „Wir wollen den INF-Vertrag erhalten, weil wir nicht wollen, dass Deutschland oder irgendein anderes Land in Europa zum Schauplatz einer nuklearen Aufrüstungsspirale wird.“ Maas sprach sich unter anderem für eine Initiative für ein Transparenzregime über Marschflugkörper und Mittelstreckenraketen aus, das weltweit für Vertrauen sorgen und nicht nur die USA und Russland binden soll.

»Beispiellose Verfall« Armin-Paulus Hampel (AfD) wies darauf hin, dass es heute neue Mächte mit Mittelstreckenraketenarsenal wie China, Indien und Pakistan gebe, die nicht dem Kontrollregime des INF unterliegen würden. Nur mit den USA und nur mit Russland und nicht gegen Russland könnten Deutschland und Europa auf diese Länder einwirken.

Roderich Kiesewetter (CDU) sprach von einem „beispiellosen Verfall der internationalen Abrüstungsarchitektur“, auf den sich die Europäer einzustellen hätten. Wer den Gehalt des INF-Vertrags erhalten wolle, der müsse ihn öffnen, indem man China und andere Länder überzeuge, dass Vertrauen nur durch wechselseitige Rüstungskontrolle möglich sei.

Bijan Djir-Sarai (FDP) folgerte aus den Überlegungen in Washington, dass Europa „außen- und sicherheitspolitisch erwachsen werden“ müsse. Die Europäer dürften die Sicherheit ihres Kontinents nicht in die Hände anderer legen. „Wir stehen vor realen nuklearen Bedrohungen, für die es noch keine Antworten gibt.“

Kathrin Vogler (Die Linke) sagte, dass der INF-Vertrag so lange „herrorragend funktioniert“ habe, bis die Nato sich entschlossen habe, ein Raketenabwehrsystem in Osteuropa zu installieren. Sie forderte, die INF-Verifikationsmaßnahmen wieder aufzunehmen. „Verhandeln ist besser als drohen.“

Katja Keul (Bündnis 90/Die Grünen) bezeichnete den Erhalt des Vertrages als „zentrales europäisches Sicherheitsinteresse“. Nötig seien wechselseitige Inspektionen, „wie sie der Vertrag ja auch vorsieht“. Keul forderte die Bundesregierung auf, sich gegenüber der USA klar gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa zu positionieren.

Ende der Alleinherrschaft

USA Nach dem Erfolg der Demokraten bei den Wahlen drohen im Kongress harte Konfrontationen

US-Präsident Donald Trump kann in den verbleibenden zwei Jahren seiner Amtszeit nicht mehr mit doppelten Mehrheiten im Kongress durchregieren. Zwar haben die Republikaner bei den alle zwei Jahre stattfindenden „midterms“ im Senat ihre Position gefestigt und sogar ausgeweitet. Im Repräsentantenhaus gehen hingegen künftig die von Trump pauschal als „Sozialisten“ und „Landesverräter“ titulierten Demokraten den Ton an. Die 50:50-Mehrheit zwingt das Weiße Haus zu einer neuen Herangehensweise. Die große Frage bis zur Konstituierung des 116. Kongresses im Januar ist, welchen Kurs Trump nach dem Ende der Alleinherrschaft einschlagen wird. Wird er die noch schärfere Konfrontation suchen, verstärkt mit präsidentialen Erlassen am Parlament vorbeiregieren oder punktuell den Konsens mit dem politischen Gegner suchen?

Der zu autokratischem Handeln neigende Trump tut sich schwer mit der Konstellation.

mer mit der neuen Konstellation tut. Trump will mit der neuen, starken Frau im „House“, der 78-jährigen Nancy Pelosi, die für das Amt des „speakers“ vorgesehen ist, im Sinne des Landes überparteilich kooperieren, so bei Themen wie Arzneimittelpreisen, Krankenversicherung oder Infrastrukturprogrammen. Der Präsident knüpfte das aber an Bedingungen. Sollten die Demokraten ihm wie angekündigt das Leben mit Untersuchungsausschüssen schwer machen und seine bisher als Verschlusssache behandelten privaten Steuerklärungen in die Öffentlichkeit ziehen, werde er eine „kriegerische Pose“ einnehmen und sich massiv wehren. Die Probe aufs Exempel könnte schon Anfang des Jahres erfolgen. Dann wird erwartet, dass der designierte neue Vorsitzende für den für Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik zuständigen Ausschuss, Richard Neal, Finanzminister Steven Mnuchin zur Herausgabe von Trumps Unterlagen für den US-Fiskus auffordern wird. Dass Trump alle rechtlichen Hebel in Bewegung setzen wird, um das zu verhindern, ist in Regierungskreisen ausgemachte Sache. Sollte es

in der Frühphase der neuen Machtkonstellation im Parlament zu harten Konfrontationen und schnellem Vertrauensverlust kommen, wird der stark linke Teil der Fraktion nach Einschätzung von Insidern mit der Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens drohen. Pelosi, die bereits von 2007 bis 2011 unter George W. Bush und später unter Barack Obama Sprecherin des Repräsentantenhauses war und eine erfahrene Mechanikerin der Macht ist, will davon heute nichts wissen. Sie fürchtet einen Imageschaden bei den Wählern. Diese werden bis 2020 genau hinschauen, wie die Demokraten mit der ihnen neu zugewiesenen Macht umgehen werden. Ein „impeachment“-Prozess – wie damals bei Bill Clinton – bindet Kräfte und kann das Parlament de facto über Jahre lähmen. Außerdem besteht angesichts der konsolidierten republikanischen Mehrheit im Senat, der mit Zweidrittel-Majorität einer Entfernung Trumps aus dem Amt zustimmen müsste, keine Chance auf Verwirklichung der Ultima ratio. Pelosi setzt daher darauf, die Demokraten in der demografisch vor Veränderungen stehenden Wählerschaft, die jünger, ethnisch bunter und weiblicher wird, bis 2020 als pragmatische Problemlöser zu verankern. Dass die Mehrheit der Wähler die Zukunft der Gesundheitsvorsorge bei den „midterms“

als das wichtigste Thema identifiziert haben, spielt den Demokraten in die Hände. Trump und die Republikaner haben das „Obamacare“-Modell sturmreif geschossen, aber bis heute keinen Ersatz geschaffen, der im Krankheitsfall gute Versorgung zu bezahlbaren Preisen gewährleistet und Patienten mit Vorerkrankungen absichert. Hier – und bei allen anderen absehbaren Streitthemen wie dem Mauerbau an der

Grenze zu Mexiko, Steuersenkung für die Mittelschicht, Zukunft der seit Jahren illegal im Land lebenden zehn Millionen Einwanderer – ist weder bei den Demokraten geschweige denn bei den Republikanern die Schmerzgrenze erkennbar, bis zu der sie Kompromisse eingehen würden. Der auf Entkernung des Staates und Privatisierung von Lebensrisiken setzende einflussreiche Freedom-Caucus – eine Vereinigung konservativer Abgeordneter der Republikanischen Partei – hat bereits durchscheinen lassen, dass er „mit Sozialisten nichts am Hut hat“. Da Trump als Moderator mit feinen Antennen für das Erzielen einer Schnittmengen-Lösung, mit der beide Parteien leben können, ausfällt, könnte der „Prozess der Annäherung sehr schnell in der Sackgasse und danach im Stillstand enden“, heißt es in Washingtoner Denkfabriken. Zumal der Präsident bisher keine Anstalten macht, seine Anhänger-Basis über die Kerngruppe der weißen, älteren Männer mit unterdurchschnittlichem Bildungshorizont zu verbreitern. Die Demokraten hingegen wollen mit Blick auf 2020 weiter davon profitieren, dass sich Frauen, Afro-Amerikaner, Latinos, Schwule und Lesben von der Regierungspartei nicht oder nur schlecht vertreten fühlen. Dirk Hautkapp

Der Autor ist Korrespondent der Funke-Mediengruppe in Washington.

Streit über Logik und Kosten militärischer Abschreckung

VERTEIDIGUNG Bundestag weist Forderung der Linksfraktion nach Abkehr vom Zwei-Prozent-Ziel der Nato mehrheitlich zurück

Die Fraktion Die Linke ist mit ihrer Forderung nach einer Abkehr der Bundesregierung vom sogenannten Zwei-Prozent-Ziel der Nato gescheitert. Dies sieht vor, dass die Mitgliedstaaten des nordatlantischen Bündnisses ihre Verteidigungsausgaben bis 2024 auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erhöhen. Den entsprechenden Antrag der Linksfraktion (19/445) lehnte der Bundestag am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen das Votum von Linken und Bündnis 90/Die Grünen gemäß der Beschlussempfehlung des Verteidigungsausschusses (19/1033) ab. Das Zwei-Prozent-Ziel war von den Nato-Mitgliedstaaten auf den Gipfeltreffen in Wales im September 2014 und zwei Jahre später in Warschau beschlossen worden. Es handelt sich um eine Selbstverpflichtung der Mitgliedstaaten ohne rechtliche Bindung. Die Bundesregierung bekennt sich zum Zwei-Prozent-Ziel, benennt aber kein Datum für dessen Erreichen. Nach der derzeitigen Planungen der Regierung sollen die Verteidigungsausgaben bis 2025 auf 1,5 Prozent des BIP steigen, im kommenden Jahr sollen 1,3 Prozent erreicht werden.

Die Linken-Parlamentarierin Heike Hänsel bezeichnete das Zwei-Prozent-Ziel als

„Rüstungswahnsinn“, den es zu stoppen gelte. Deutschland müsste 70 bis 80 Milliarden Euro aufbringen, um das Zwei-Prozent-Ziel zu erreichen und würde damit zur größten Militärmacht in Europa. Die Politik der Nato löse eine neue weltweite Rüstungsspirale aus. Ein hochgerüstetes Deutschland habe die Welt im vergangene



Mit 50.000 Soldaten war das Herbst-Manöver „Trident Juncture“ in Norwegen das größte der Nato seit dem Ende des Kalten Krieges.

nen Jahrhundert jedoch schon zweimal in die Katastrophe geführt, argumentierte Hänsel. Bei den Koalitionsfraktionen und der FDP stieß der Antrag der Linken auf massive Kritik. Er sei „ideologisch“ motiviert, in Wirklichkeit gehe es der Linken lediglich um ihre alte Forderung nach einem Aus-

tritt Deutschlands aus der Nato beziehungsweise einer Auflösung des Bündnisses, führten Henning Otte (CDU), Fritz Felgentreu (SPD) und Marie-Agnes Strack Zimmermann (FDP) an. Otte attackierte zudem die Grünen: „Wer für den Antrag der Linken ist, ist gegen die Solidarität im Bündnis. Das würde einen verhängnisvollen deutschen Sonderweg bedeuten.“ Strack-Zimmermann argumentierte, das Zwei-Prozent-Ziel sei die Antwort der Nato auf die russische Aggressionspolitik auf der Krim und der Ostukraine. Deutschland brauche eine starke Bundeswehr und deshalb sei die Erhöhung des Wehretats auch richtig. Zudem habe Deutschland nicht nur der Nato, sondern auch der Europäischen Union höhere Verteidigungsausgaben zugesagt, da könne man sich „nicht vom Acker machen“, sagte die Liberale. Felgentreu wies darauf hin, dass sich die Koalition darauf verständigt habe, bis 2025 1,5 des BIP für den Verteidigungshaushalt aufzubringen. Aber die SPD habe „kein Zwei-Prozent-Ziel, wir haben ein 100-Prozent-Ziel“. Die Bundeswehr müsse mit Personal, Waffen und Gerät „in vollem Umfang“ ausgestattet werden, forderte Felgentreu.

Die AfD-Fraktion nutzte die Debatte für massive Kritik an der Bundesregierung und Verteidigungsministerin Ursula von der

Leyen (CDU). Die Linken könnten ihren Antrag zurückziehen, sagte Rüdiger Lucasen, da das Zwei-Prozent-Ziel von der Bundesregierung eh nicht umgesetzt werde. Sie schaffe nicht einmal die anvisierten 1,5 Prozent der BIP. Der Zustand der Bundeswehr habe sich unter von der Leyen „kein Stück verbessert“. Für den Aufbau der Bundeswehr müssten aber mehr als zwei Prozent aufgebracht werden. Unterstützung hingegen bekamen die Linksfraktion von den Grünen: Die Verteidigungsausgaben der Nato-Staaten seien bereits jetzt 14 mal so groß wie die Russlands, rechnete Jürgen Trittin vor. Selbst ohne die USA und Kanada würden die europäischen Nato-Partner dreimal so viel Geld wie Russland in ihre Streitkräfte investieren. Die Bundesregierung habe aus dem unverbindlichen Zwei-Prozent-Ziel nur deshalb eine Richtlinie für den Haushalt gemacht, um US-Präsident Donald Trump zu beschwichtigen und um einen Handelskrieg mit den USA zu verhindern, kritisierte Trittin. Alexander Weinlein

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Anzeige

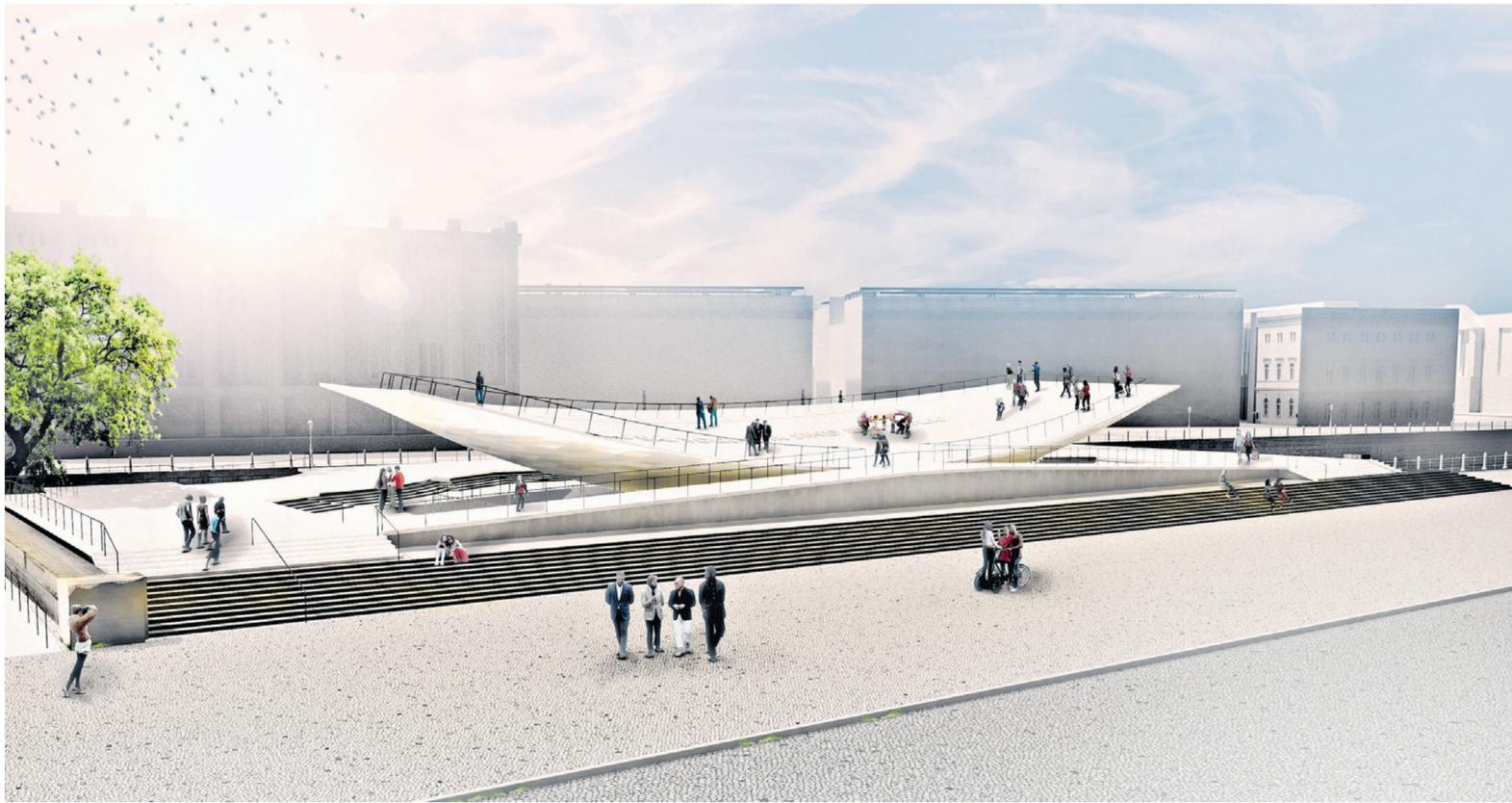
DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Entwurf für das begehbare Freiheits- und Einheitsdenkmal „Bürger in Bewegung“, das auf der Berliner Schlossfreiheit errichtet werden soll.

© picture-alliance/dpa/Milla & Partner

Gänseblümchen-Orakel

KULTUR Die Diskussion über das Freiheits- und Einheitsdenkmal will kein Ende nehmen

Es kommt, es kommt nicht, es kommt... Die Diskussion über das geplante Freiheits- und Einheitsdenkmal erinnert längst an das bekannte Gänseblümchen-Liebesorakel. Doch in diesem Fall droht das Objekt der Begierde zum ungeliebten Stiefkind der deutschen Erinnerungskultur zu werden. Seit mehr als 20 Jahren streitet die Republik bereits über die Frage, ob, wo und wie der Friedlichen Revolution in der DDR von 1989/90 und der deutschen Wiedervereinigung ein Denkmal gesetzt werden soll.

»Der Antrag der AfD ist hinterhältig, rückwärts-gewandt und überflüssig.«

Simone Barrientos (Linke)

Mit den Beratungen des Bundestages über den Bundeshaushalt 2018 im Sommer dieses Jahres schienen diese Fragen endgültig beantwortet zu sein. Der Haushaltsausschuss gab nach langem Sträuben endlich die Gelder frei für den Bau des Freiheits- und Einheitsdenkmal nach einem Entwurf der Agentur Milla & Partner und der Choreografin Sasha Waltz auf der Berliner Schlossfreiheit. Nachdem die Haushälter grünes Licht gegeben hatten, beileite sich denn auch Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) zu verkünden, sie hoffe, das Denkmal könne im kommen-

den Jahr, 30 Jahre nach der Deutschen Einheit, endlich eingeweiht werden. Dabei hatte Grütters selbst nie einen Hohlraum gemacht, dass sie sich auch eine Aufwertung des Brandenburger Tores als Einheitsdenkmal hätte vorstellen können. Schließlich gelte das Brandenburger Tor als das Symbol schlechthin für die deutsche Teilung und ihre Überwindung.

In der vergangenen Woche hob nun die AfD-Fraktion die Denkmalfrage erneut auf die Tagesordnung des Bundestages – nur wenige Stunden nach der Gedenkveranstaltung des Parlaments zum 9. November, dem deutschen Schicksalstag. Mit ihrem Antrag (19/5531) will die AfD das Projekt nun doch noch aufhalten. Zwar bekennt sich die AfD ausdrücklich zu einem Freiheits- und Einheitsdenkmal – aber in einer ande-

ren Form und an einem anderen Standort. Nach dem Willen der AfD soll der Bundestag deshalb seine bisherigen drei Beschlüsse aufheben, einen neuen Gestaltungswettbewerb ausschreiben und einen Standort suchen, der „in einem symbolischen Zusammenhang mit der Demokratiebewegung der untergegangenen DDR steht“. Im Gegenzug sollen die historischen Kolonna-

den des ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf der Berliner Schlossfreiheit rekonstruiert werden.

Der kulturpolitische Sprecher der AfD-Fraktion Marc Jongen bezeichnete den Entwurf für das Einheitsdenkmal als konzeptionell „misslungen“. Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz habe kritisiert, dass das „wohl bedeutendste Ereignis der europäischen Geschichte auf Kindergeburtstagsniveau verzerrt“ werde. Nach Umfragen würden 60 Prozent der Deutschen das Denkmal ablehnen. Jongen führte zudem an, dass das Berliner Landesdenkmalamt erhebliche Einwände gegen den Bau des Denkmals erhoben habe und der Baugrund nicht geeignet sei.

Dass die AfD die Wiedererrichtung der Kolonnen des Kaiser-Wilhelm-Denkmal fordert, ist nicht ohne Pikanterie. Im November 2016 hatte der Haushaltsausschuss des Bundestages 18,5 Millionen Euro für den Wiederaufbau der Kolonnen bewilligt, die Mittel für das Einheitsdenkmal hingegen gestrichen. Erst nach empörten Reaktionen von Kulturpolitikern des Bundestages wurde diese Entscheidung schließlich wieder revidiert.

Bei allen anderen Fraktionen stieß der Vorstoß der AfD jedoch auf einhellige Ablehnung – vor allem aus grundsätzlichen Erwägungen. Die kulturpolitische Sprecherin der Unionsfraktion Elisabeth Motschmann (CDU) erinnerte an die gut 20-jährige Dis-

kussion über das Denkmal – angefangen bei der Initiative „Denkmal Deutsche Einheit“ aus dem Jahr 1998 bis zu den drei Beschlüssen des Bundestages aus den Jahren 2007 (16/6925), 2008 (16/11200) und 2017 (18/12550) zur Errichtung des Denkmals. „Wir stehen am Ende der Debatte, nicht an ihrem Anfang“, sagte Motschmann. Nach einem 20-jährigen Prozess gelte es, das Denkmal zu bauen.

In diesem Sinne argumentierte auch der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Rabanus: „Wir stehen zur Beschlusslage des Deutschen Bundestages“. Über Geschmack und den Entwurf des Denkmals lasse sich streiten, nicht aber über die Leistung der Menschen in der DDR, das SED-Regime friedlich zu überwinden.

Der FDP-Kulturpolitiker Martin Ebbing räumte ein, dass man den gewählten Standort durchaus anzweifeln könne. Die Schlossfreiheit habe in der Tat keine Bedeutung für die Friedliche Revolution und die Deutsche Einheit. Und auch er habe die Sorge, dass den Bedenken des Denkmalschutzes nicht ausreichend Rechnung getragen wurde. Der Entwurf für das Denkmal aber sei das Ergebnis eines „fairen und

sauberen Wettbewerbs“. Am Ende gelte es, die Mehrheitsbeschlüsse des Bundestages umzusetzen.

Auch die kulturpolitische Sprecherin der Linken, Simone Barrientos, verheimlichte nicht, dass auch ihre Fraktion Einwände gegen das Denkmal hat. Der Antrag der AfD-Fraktion aber sei „hinterhältig, rückwärts-gewandt und überflüssig“.

Der AfD gehe es in Wirklichkeit nicht um eine Würdigung der Friedlichen Revolution, sondern um des „Kaisers Bart“, sprich um das Kaiser-Wilhelm-Denkmal. Die AfD wolle den „Geist des Wilhelmismus“ reaktivieren. Dies mache ihre Fraktion nicht mit. Den Vorwurf der Rückwärts-gewandtheit erhob auch Erhard Grundl, kulturpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen.

Der Antrag zeige einmal mehr, dass es die AfD mit Fakten nicht so genau nehme. So seien die bautechnischen Schwierigkeiten und die Fragen des Denkmalschutzes längst geklärt. Grundl argumentierte, dass die Diskussionen über die Gestaltung des Denkmals und seine Bedeutung letztlich zu begründen seien. Dies gehöre zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der Einheit. *Alexander Weinlein*

»Nach einem 20-jährigen Prozess wollen wir das Denkmal bauen.«

Elisabeth Motschmann (CDU)

KURZ REZENSIIERT



Bob Woodward:
Furcht.
Trump im
Weißen Haus.

Rowohlt Verlag,
Reinbeck 2018;
525 S., 22,95 €

Bob Woodward ist eine lebende Journalistenlegende: Zusammen mit seinem Kollegen Carl Bernstein enthüllte er die „Watergate-Affäre“, die 1974 zum Rücktritt von US-Präsident Richard Nixon führte. Seitdem veröffentlichte er 18 Bücher über dessen Nachfolger. Im Falle Donald Trumps legte Woodward bereits nach seinem ersten Amtsjahr ein hochbrisantes Buch vor. Der Enthüllungsjournalist ist ein Meister der Recherche: Er führte zahllose Interviews mit den Menschen, die einen direkten Zugang zum Oval Office und zu den Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrates haben. Ihre Gespräche mit Trump und vor allem dessen Äußerungen werden im Buch in direkter Rede wiedergegeben. So entstand eine sehr spezielle „Oral History“ als aktuelles Dokument der Zeitgeschichte. Im Einzelnen beleuchtet Woodward die politische Entscheidungsfindung am Beispiel der Innen- und Sicherheitspolitik.

Ab der ersten Seite reißt sich der Leser ungläubig die Augen: Die engsten Berater des Präsidenten blockieren dessen undurchdachte Entscheidungen oder versuchen zumindest sie abzuwehren. Dass Dokumente zum Beispiel über Strafzölle gegen Süd-Korea mir nichts, dir nichts von Trumps Schreibtisch verschwinden, vermag da kaum noch zu überraschen. Schließlich können die USA kein Interesse daran haben, dass der wichtige Verbündete öffentlich brüskiert und bestraft wird. Woodward zitiert unzensuriert aus Gesprächen im Weißen Haus und im Pentagon über Strafzölle gegen die EU und China, über die Afghanistan- und Syrien-Politik oder die Russland-Affäre. Ausführlich berichtet Woodward auch über Trumps Beziehungen zu Sonderermittler Robert Mueller.

Als Chaos pur stellt der Autor den amerikanischen politischen Olymp dar. Der Präsident erscheint als starkköpfige, fluchende und beratungsresistente Person, die twittert und sich erst danach beim zuständigen Minister nach dem Sachstand erkundigt. „Die wirkliche Macht ist Furcht“, liebt Trump wissen. Diese Furcht spürt man auch als Leser. *manu*



Wilhelm Heitmeyer:
Autorität
Versuchung.
Signaturen der
Bedrohung.

Suhrkamp Verlag,
Berlin 2018;
394 S., 18 €

Die Menschheit war in ihrer Geschichte immer Bedrohungen ausgesetzt. Daran hat sich bis heute nichts geändert, analysiert der renommierte Bielefelder Politikwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer. Selbst in unserer Wohlstandsgesellschaft fühlen sich Millionen Menschen bedroht. Ihre ungestillte „Sehnsucht nach Sicherheit“ mache sie empfänglich für die autoritäre Versuchungen, die unser Demokratiemodell ernsthaft infrage stellen könnte. Vor allem in Krisenzeiten äußere sich der Wunsch nach autoritären Maßnahmen. Nicht zufällig würden die liberalen Demokratien in Europa gerade jetzt mit dem Aufstieg des „autoritären Nationalradikalismus“ konfrontiert, der in Frankreich und vor allem in Osteuropa bereits politische Erfolge feiere. In Gestalt der Alternative für Deutschland (AfD) habe ein Exponent dieses Phänomens inzwischen auch die politische Bühne in Deutschland erobert. Den Ursachen spürt der Autor in einem zentralen Kapitel seines Buches nach, in dem er die sozial-ökonomischen und kulturellen Ursachen der „Deutsches Versessenheit“ offenlegt. Heitmeyer zeigt, dass bereits vor Gründung der AfD gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und ein politischer Nationalradikalismus hierzulande weit verbreitet waren. Weite Teile der Bevölkerung hätten sich vom demokratischen Staat entfernt und hätten sich nicht länger von ihm vertreten. Sein Fazit: Die etablierten Parteien haben diese Entwicklung zu lange ignoriert. Sie nutzten „ihre Deutungsmacht nicht und taten nichts dafür, die selektive Wahrnehmung der Bevölkerung zu brechen“. Nicht die Migrationspolitik der Bundesregierung habe zum Aufstieg des Nationalradikalismus geführt; dafür verantwortlich macht Heitmeyer langfristige Entwicklungen wie das Zusammenwirken von autoritärem Kapitalismus, Demokratieentleerung und sozialen Desintegrationsprozessen im Zuge einer beschleunigten Globalisierung. Heitmeyers wichtige Erkenntnisse sollten einem breiten Publikum in einer populärwissenschaftlichen Fassung zugänglich gemacht werden. *manu*

Anzeige

Kürschnersmart

3281 Abgeordnete mit *** Kürschner-Sternen

Das Kürschnersmart-Tool erhalten Sie bereits ab 4,95 €/Monat im 3 Monats-Abo

Kürschnersmart ist das neue digitale Tool aus der Kürschner-Redaktion für unterwegs. Es ist die erste mobile Datenbank mit Informationen zu allen Abgeordneten

- des Deutschen Bundestages,
- der 16 Landesparlamente und
- des Europäischen Parlaments.

Kürschnersmart steht für schnelle mobile Informationen und ist gemacht für diejenigen, die im gesamten politisch-öffentlichen Raum unterwegs sind und bei diesem Tun den „kurzen Draht“ benötigen.

Kürschnersmart bietet vielseitige Suchfunktionen, u. a. nach Name, Parlament oder Fraktion, Bundesland oder eben nach ***Kürschner-Sternen.

Scannen Sie diesen QR-Code und melden Sie sich gleich an.

Kürschners Politikkontakte
Telefon 0224 3232 · www.kuerschners.com

Kein Allheilmittel

KULTUR Experten warnen vor überzogenen Erwartungen an kostenfreien Museumseintritt

Ein prinzipiell kostenfreier Eintritt in Museen führt nicht automatisch zu dauerhaft höheren Besucherzahlen. Dies war die einhellige Aussage von Sachverständigen in einem Fachgespräch des Kulturausschusses in der vergangenen Woche. Vor allem warnen die Experten vor der Erwartung, mit einem kostenfreien Zugang könnten in einem größeren Umfang Menschen erreicht werden, die kostenpflichtige Kultureinrichtungen nicht nutzen.

Der Kulturjournalist Peter Grabowski verwies darauf, dass etwa 50 Prozent der Deutschen so gut wie nie ein Museum besuchen. Die Bereitschaft für den Besuch von Kultureinrichtungen steige zwar mit dem Haushaltseinkommen und dem Bildungsgrad, bei der Entscheidung spiele der Preis allerdings eine sekundäre Rolle. Primär würden die Menschen nach dem persönlichen Mehrwert eines solchen Besuchs fragen. Unterrepräsentiert unter Museumsbesuchern seien vor allem Menschen mit Behinderung, Familien und Migranten.

Der Unternehmensberater Martin Dumbs und der ehemalige Geschäftsführende Direktor der Kulturbetriebe Dortmund, führten unter Berufung auf Erfahrungen in England und Dortmund aus, dass sich durch freie Eintrittspreise zwar oftmals die Besucherzahlen kurz- und mittelfristig steigern ließen, aber langfristig wieder auf das Ursprungsniveau zurückgingen. Zu beobachten sei aber, dass Museumsbesucher den freien Eintritt für Mehrfachbesuche nutzen. Von ähnlichen Erfahrungen berichtete Mona Guichard, Kulturattachée an der französischen Botschaft in Berlin.

Kinder und Jugendliche Claus Rokahr, Verwaltungsdirektor der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, sprach sich dezidiert gegen einen prinzipiell freien Eintritt aus, plädierte allerdings für sozial gestaffelte Eintrittspreise und den kostenfreien Zugang für Kinder und Jugendliche aus. Auch der Kaufmännische Geschäftsführer der Kunsthalle Karlsruhe, Philipp Stanehl, sprach sich für eine differenzierte Betrachtung von Kultureinrichtungen und den möglichen Auswirkungen des freien Eintritts aus. Dies bestätigte Janina Benduski, Vorstandsvorsitzende des Bundesverbandes Freie Darstellende Künste. In der freien Theaterszene habe man durch verschiedene Modelle,

zum Beispiel mit frei wählbaren oder gestaffelten Eintrittspreisen neue Publikumschichten erreichen können, für die ein Theaterbesuch vorher nicht erschwinglich gewesen sei. Unter dem Strich habe das den Theatern sogar höhere Erlöse eingebracht.

Markus Walz, Professor für theoretische und historische Museologie an der Universität Leipzig, erwies darauf, dass schon heute viele Museen einen freien Eintritt bieten. Umgekehrt könnten sich aber kleine und nicht von der öffentlichen Hand finanzierte Museen dies nicht leisten. Zudem müsse man zur Kenntnis nehmen, dass sich ein „habituelle Nicht-Museums-Besucher“ auch nicht durch einen freien Eintritt vom Gegenteil überzeugen lasse. Auf diesen Umstand verwies auch die stellvertretende Geschäftsführerin der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung. Kulturelle Teilhabe sei zwar ein verbrieftes Recht und müsse gefördert werden. Umgekehrt würden auch Menschen auf dieses Recht freiwillig verzichten. Zudem spielten nicht nur ökonomische Gründe, sondern auch Bildung und Sozialisation eine große Rolle. Ein freier Eintritt sollte deshalb durch flankierende Maßnahmen in diesen Bereichen ergänzt werden. *aw*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**



Ein „Stiefkind unserer Demokratiegeschichte“ nennt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am vergangenen Freitag den Tag vor genau 100 Jahren, zu dessen Gedenken er an diesem 9. November im Plenarsaal des Bundestages zu den Abgeordneten und der Nation spricht. Jenen 9. November 1918, an dem der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann von einem Fenster des Reichstagsgebäudes in Berlin mit der Ausrufung der Republik einen „gewaltigen Umbruch“ verkündet habe: „Der Zusammenbruch des Kaiserreichs, das Ende einer jahrhundertalten monarchischen Ordnung, der Beginn einer demokratischen Zukunft für Deutschland“ – so beschreibt Steinmeier ein Jahrhundert danach den damaligen Epochenwechsel. Er preist die Errungenschaften jener Revolution vom Frauenwahlrecht bis zum Achtstundentag, um dann doch konstatieren zu müssen: „Trotz alledem hat die Revolution bis heute kaum Spuren im Gedächtnis unserer Nation hinterlassen“.

Dieses Gedächtnis umfasst nicht nur den 9. November vor 100 Jahren, sondern auch das Schreckensfanal der Pogromnacht vor exakt 80 Jahren, und es erinnert sich noch gut an den Mauerfall, der schon 29 Jahre zurückliegt: Der 9. November, sagt Steinmeier auf der Gedenkveranstaltung des Bundestages, sei eben „ein ambivalenter Tag“, ein Tag, der „für Licht und für Schatten steht“. Es ist, so formuliert es Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) in seiner Begrüßungsansprache, „der deutsche Schicksalstag“. An diesem Datum „verdichtet sich unsere jüngere Geschichte“ mit ihren Widersprüchen und Gegensätzen, konstatiert der Parlamentspräsident: „Das Tragische und das Glück, der vergebliche Versuch und das Gelingen, Freude und Schuld.“ All das gehöre zusammen, „untrennbar“, wendet sich Schäuble unmissverständlich gegen alle Versuche historischer Rosinenpickerei.

Dabei sieht er in der Häufung historischer Schlüsselereignisse an einem Datum nur teilweise den Zufall am Werk: „Weder die Revolutionäre 1918 noch die Bürgerbewegung 1989 richteten sich nach dem Kalender“ – einerseits, sagt Schäuble. Andererseits seien Hitler und Ludendorff 1923 nicht zufällig am 9. November auf die Münchner Feldherrnhalle marschiert bei ihrem gescheiterten Putschversuch, der „die gewalttätige Antwort auf die ihnen verhasste Revolution von 1918“ gewesen sei: „Dahinter stand Kalkül.“

Große Linien Der Bundestagspräsident nennt die „großen historischen Linien“, die sich vom Datum den 9. November aus durch die deutsche Geschichte ziehen lassen. Vom 9. November 1848 etwa, an dem in Wien der Abgeordnete Robert Blum trotz Immunität als Mitglied der deutschen Nationalversammlung erschossen wurde „aus Angst der Obrigkeit vor der Revolution“, vor dem „Versuch des Volkes, Einheit und Freiheit der Nation zu erzwingen“. Schäuble nennt den 9. November 1989, den der Mauerfall in Berlin „zum glücklichsten Tag der Deutschen“ gemacht habe. Dabei entspringe der Ruf „Wir sind das Volk“, 1989 in der DDR „die Parole der einzigen gelungenen deutschen Revolution“, der Revolutions-Dichtung von 1848. Schäuble nennt den 9. November 1923, den Tag des in München gescheiterten Hitler-Putsches, und er nennt den 9. November 1938, an dem „Synagogen in ganz Deutschland brannten“. Spätestens damals,

Der Schicksalstag

9. NOVEMBER Steinmeier und Schäuble erinnern an Revolution vor 100 Jahren



Revolution: Ein Lkw mit Soldaten und Matrosen passiert vor 100 Jahren, am 9. November 1918, das Brandenburger Tor in Berlin.

© picture-alliance/Sammlung Sauer/7B

sagt der Parlamentspräsident, sei „der Weg in den Abgrund, auf den sich unser Land begeben hatte“, für alle sichtbar gewesen. „Der Firmis der Zivilisation ist dünn“ – auch dafür stehe der 9. November, fügt Schäuble hinzu. Das „Geschenk“, dass „heute wieder ein lebendiges Judentum in der Mitte unserer Gesellschaft Realität ist“, sei eine besondere Verpflichtung, die angesichts aktueller Übergriffe auf Juden und

jüdische Einrichtungen „um so deutlicher“ zu Tage trete.

Orientierung Auch Steinmeier warnt davor, sich in einer Erinnerung zu erschöpfen, „die nur pflichtbewusst an Gedenktagen unsere Lippen bewegt, die aber nicht mehr unser Handeln prägt“. Im Handeln, mahnt der Bundespräsident, müssten die Deutschen beweisen, dass sie „wirklich ge-

lernt haben“ und „wirklich wachsamer geworden sind im Angesicht unserer Geschichte“. Gegensteuern, heißt das für ihn, „wenn eine Sprache des Hasses um sich greift“, widersprechen, „wenn Gruppen zu Sündenböcken erklärt werden, wenn Menschen einer bestimmten Religion oder Hautfarbe unter Generalverdacht gestellt werden“, nicht nachlassen im Kampf gegen Antisemitismus.

Dabei bietet der 9. November, dieser „Tag der Widersprüche“, für Steinmeier gleichwohl Orientierung: „Wir können stolz sein auf die Traditionen von Freiheit und Demokratie, ohne den Blick auf den Abgrund der Shoah zu verdrängen. Und: Wir können uns der historischen Verantwortung für den Zivilisationsbruch bewusst sein, ohne uns die Freude über das zu verweigern, was gegolten ist in unserem Land“.

Auch die „Widersprüchlichkeit der Revolution“ von 1918/19 spart Steinmeier nicht aus, spricht von einer „Revolution mit Irrwegen und enttäuschten Hoffnungen“. Der „Rat der Volksbeauftragten“, die damalige Revolutionsregierung, hätte „wohl mehr Veränderung wagen müssen“, als er aus damaliger Sicht für verantwortlich gehalten habe, konzipiert das Staatsoberhaupt. Auch hätten sich die Volksbeauftragten um den damaligen SPD-Vorsitzenden und späteren Reichspräsidenten Friedrich Ebert zwar gegen den Versuch der radikalen Linken wehren müssen, die Wahlen zur Nationalversammlung mit Gewalt zu verhindern. Es habe jedoch keinerlei Rechtfertigung dafür gegeben, „der Brutalität nationalistischer Freikorps faktisch freie Hand zu lassen“, kritisiert Steinmeier und erinnert zugleich an die Opfer jener Freikorps wie die Linkssozialisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Manchmal auch, sagt er, scheine ihm „der 9. November 1918 diskreditiert und entwürdigt“ durch das Ende der Weimarer Republik mit dem Tag der nationalsozialistischen Machtergreifung am 30. Januar 1933. „Historisch gescheitert“ aber sei nicht die Demokratie, sondern ihre Feinde: „Der übersteigerte Nationalismus, die Diktatur, die menschenverachtende Ideologie der Nationalsozialisten haben Europa mit Krieg und abscheulichen Verbrechen überzogen, sie haben dieses Land politisch und moralisch ruiniert“, bilanziert der Bundespräsident. Zugleich erinnert er daran, dass es anderen Kräften zu verdanken ist, wenn später „eine neue Chance auf Selbstbestimmung in Einheit und Freiheit“ Wirklichkeit geworden sei: „Sie, die Republik, hat sich historisch behauptet“, betont er, was man 100 Jahre später für sich festhalten und „auch feiern“ könne.

Offener Ausgang Das Staatsoberhaupt leitet daraus eine Werbestunde für die Demokratie ab, würdigt den 9. November 1918 als „Meilenstein der deutschen Demokratiegeschichte“. Die Revolution von 1918/19 sei ein Aufbruch gewesen „in ein politisches Experiment mit offenem Ausgang“, bilanziert Steinmeier und erinnert an die „schweren Lasten“ der Weimarer Republik: den „verlorenen Krieg und sein blutiges Erbe der Gewalt, die Folgen des Versailler Vertrages, die Wirbelstürme von Wirtschaftskrise und Inflation, von Hunger und Massenelend“. Entsprechend beeindruckend findet er die Leistung der damals politisch Verantwortlichen, „die eine demokratische Verfassung auf den Weg brachten, das Justiz- und Bildungssystem modernisierten, für Wohnungsbau und Arbeitslosenversicherung sorgten, die Kunst und Wissenschaft erblühen ließen“ und „höchst zerbrechliche Koalitionen durch innen- wie außenpolitische Krisenstürme steuerten“.

Der Bundespräsident nennt Namen damaliger Reichskanzler und -minister wie Hermann Müller, Gustav Stresemann und die rechtsextremen Morden zum Opfer gefallenen Matthias Erzberger und Walter Rathenau. Zu viele von ihnen, beklagt Steinmeier, seien heute vergessen. Das Denken und Handeln der Weimarer Demokraten indes habe Wirkung über die Erste Republik hinaus: „Als Demokraten können wir lernen von denen, die vor uns kamen. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind unser Erbe von diesem Müttern und Vätern“, resümiert er und ruft dazu auf, dieses Erbe selbstbewusst in Anspruch zu nehmen: „Lassen Sie es uns klug und wachsam pflegen.“ Helmut Stoltenberg

Ein Brennglas deutscher Geschichte

JAHRESTAG Zentrale Ereignisse der jüngeren Historie sind auf den 9. November gefallen. Kein anderes Datum steht mehr für das Auf und Ab der Demokratie

1848 Erst die Ablehnung der von der deutschen Nationalversammlung angebotenen Kaiserkrone durch Preußens König Friedrich Wilhelm IV. besiegelte im April 1849 endgültig das Scheitern der liberal-demokratischen und nationalen Erhebungen im damaligen Deutschen Bund. Dennoch stand schon der 9. November 1848 für die Niederwerfung der Revolution durch die alten, monarchistischen Mächte: In Wien hatte kaiserlich-österreichisches Militär im Oktober einen Aufstand revolutionärer Kräfte niedergeschlagen, zu denen auch der Demokrat und Paulskirchen-Abgeordnete Robert Blum zählte. Ungeachtet seiner Immunität als Mitglied des ersten gesamtdeutschen Parlaments wurde Blum, der als Abgesandter seiner Fraktion nach Wien gereist war, an diesem 9. November in der Stadt von den Truppen der Gegenrevolution standrechtlich erschossen. In Preußen, der anderen Vormacht im Deutschen Bund, beschloss die Regierung derweil die – dann militärisch erzwungene – Verlegung der dortigen Nationalversammlung von Berlin in die Provinz, wo sie am 5. Dezember aufgelöst wurde.

1918 Dass Deutschland den Ersten Weltkrieg nach mehr als vier Jahren und Millionen Toten auf allen Seiten verloren hatte, war spätestens nach dem Friedensgebot der Berliner Reichsregierung Anfang Oktober 1918 allgemein offenkundig. Die in Folge eingeleitete Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, mit der die militärische Führung ihre Verantwortung

für die Niederlage abwälzen wollte, konnte Forderungen nach einem Thronverzicht von Kaiser Wilhelm II. nicht verhindern. Nachdem Anfang November der Kieler Matrosenaufstand auf immer mehr Städte übergriff, kam es am 9. November auch in Berlin zu Massendemonstrationen. Gegen Mittag verkündete Reichskanzler Max von Baden eigenmächtig die Abdankung des Kaisers, der sich im Großen Hauptquartier im belgischen Spa aufhielt, und übertrug

sein Amt dem Vorsitzenden der Mehrheitssozialdemokraten, Friedrich Ebert. Dessen Parteifreund Philipp Scheidemann kam am Nachmittag mit der Ausrufung der ersten „deutschen Republik“ vom Reichstagsgebäude aus dem Linksrevolutionär Karl Liebknecht zuvor, der vom Berliner Stadtschloss aus „die freie sozialistische Republik Deutschland“ proklamierte. Noch sollten dem Land Monate blutiger Revolutionswirren bevorstehen, doch die Monar-

chie in Deutschland gehörte der Vergangenheit an.

1923 In direktem Zusammenhang mit der Novemberrevolution stand am Abend des 8. November 1923 eine Versammlung reaktionärer und nationalistischer Kräfte um den bayerischen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, die sich zum fünften Jahrestages des Umbruchs von 1918 im Münchner Bürgerbräukeller eingefunden hatten. Handstreichartig nutzte der Parteiführer der NSDAP, Adolf Hitler, diese Zusammenkunft, um die „Nationale Revolution“ mit sich selbst an der Spitze auszurufen. Am Mittag des 9. November fand der „Hitler-Putsch“ indes ein rasches Ende, als vor der Feldherrnhalle Schüsse der bayerischen Polizei den Marsch der Umstürzler stoppten. Hitler wurde zu fünf Festungshaft verurteilt, doch noch 1924 begnadigt.

1938 Nach ihrer „Machtergreifung“ 1933 zelebrierten die Nationalsozialisten alljährlich die Erinnerung an den Putschversuch. 1938 gab dabei ihr Propagandaminister Joseph Goebbels das Startzeichen zur Pogromnacht vom 9. auf den 10. November, in der in ganz Deutschland Synagogen in Flammen aufgingen. Tausende jüdischer Geschäfte wurden zerstört, Wohnungen verwüstet, Juden misshandelt, mehr als 90 Menschen im Lauf der Pogrome getötet. Dem später als „Reichskristallnacht“ verharmlosten Gewaltexzess vorausgegangen war zwei Tage zuvor ein Attentat des 17-jährigen Juden Herzl Grynszpan

auf den deutschen Legationssekretär Ernst vom Rath in Paris, eine Reaktion auf die vorherige Deportation polnischer Juden, darunter die Eltern Grynszpans. Noch am 7. November kam es daraufhin zu ersten Übergriffen, etwa auf die Synagoge in Kassel, weitere Ausschreitungen folgten am nächsten Tag. Nachdem am 9. November das Attentatopfer seinen Verletzungen erlegen war, kündigte Goebbels in München weitere Ausbrüche des angeblichen „Volkszorns“ an, die die Partei nicht behindern werde. Telefonisch wurden Anweisungen erteilt; erstmals seit 1934 hatte die SA wieder freie Bahn, wobei sich auch andere NS-Organisationen an den Terrorakten beteiligten. Mehr als 25.000 jüdische Männer wurden in der Folge verhaftet und landeten in Konzentrationslagern; der Großteil kam erst nach Auswanderungserklärungen frei. Allein in Dachau starben binnen kurzem fast 200 der eingelieferten Juden. An den Ausschreitungen hatte sich zwar nur ein kleiner Teil der nichtjüdischen Deutschen beteiligt, doch stellten sich auch nur wenige an die Seite ihrer jüdischen Mitbürger. Deutschland marschierte in das unvorstellbare Verbrechen des Holocausts.

1989 Ihren 40. Gründungstag konnte die DDR am 7. Oktober 1989 noch feiern, mit dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow als Ehrengast, dessen „Glastnost“- und „Perestrojka“-Politik den Rahmen für die Umwälzungen im kommunistischen Ostblock Ende der 1980er Jahre bildete. Während sich vor allem in

Polen mit der zunächst oppositionellen Solidarnosc der Freiheitswilligen artikuliert und dann Ungarn den eisernen Vorhang zerschnitt, beharrten die SED-Machthaber um Erich Honecker auf ihrer Ablehnung jeglicher Reformen. Doch der Druck der Bevölkerung nahm immer mehr zu: durch die stetig wachsende Zahl derer, die vor den Zuständen in der DDR in den Westen flohen, und durch die ebenso steigende Zahl derer, die gegen die Zustände in der DDR auf die Straße gingen. Das war gefährlich, wie die Niederschlagung des Volksaufstands auf dem Tiananmenplatz in Peking Anfang Juni zeigte. Nachdem am 9. Oktober in Leipzig mindestens 70.000 Menschen für Reformen demonstrierten, ohne dass Stasi und Volkspolizei einschritten, waren Honeckers Tage an der Spitze von Staat und Partei gezählt. Als die zu Reformen genötigte SED sich zu Reisefreiheit durchrang, terminierte ein Funktionär am 9. November das für den folgenden Tag geplante Inkrafttreten der Neuregelung vor der Presse irrtümlich auf „sofort, unverzüglich“. Noch am Abend machten sich die Menschen in Ost-Berlin auf zur Grenze, deren Schlagbäume sich ab 23.30 Uhr öffneten: Die Mauer war gefallen, Deutschland auf dem Weg zur Einheit. sto



Hier rief Scheidemann vor 100 Jahren die Republik aus: Bundespräsident Steinmeier (l.) und Parlamentspräsident Schäuble vergangene Woche an historischer Stelle. © DBT/MLde

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Allein und arm

FAMILIEN Bundestag beschließt die Erhöhung des Kindergeldes. Bezieher von staatlichen Leistungen gehen leer aus

Allein sein mit Kind: Da ist der Weg in die Armut oft vorgezeichnet.

© picture-alliance/Winfried Rothermel

Der Millionen Kinder leben in Deutschland in Armut. An diese Zahl erinnerte die Grünen-Abgeordnete Lisa Paus am vergangenen Donnerstag im Deutschen Bundestag, als es um das Familienentlastungsgesetz (19/4723, 17/5583) der Koalition mit einem Volumen von zehn Milliarden Euro ging. Kindergeld, Kinderfreibeträge und steuerliches Existenzminimum werden angehoben, die kalte Progression wird ausgeglichen. Doch die Familien dieser drei Millionen Kinder werden nicht einen einzigen Euro von diesen zehn Milliarden Euro bekommen, beklagte Paus. Gerade die Hälfte der Summe werde bestenfalls bei Familien ankommen, nur 20 Prozent der Gesamtsumme seien überhaupt für Kinder vorgesehen. Familien mit Sozialleistungen hätten nichts davon, da diese Leistungen angerechnet würden. Und Alleinerziehende würden nicht einmal den Inflationsausgleich bekommen, kritisierte Paus: „Das kann ich nur noch schäbig nennen.“

Zu den beschlossenen Maßnahmen gehört eine Erhöhung des Kindergeldes um zehn Euro monatlich ab 1. Juli 2019. Außerdem werden die steuerlichen Kinderfreibeträge ab 1. Januar 2019 von derzeit 7.428 um 192 auf 7.620 Euro angehoben. Zum 1. Januar 2020 steigt der Kinderfreibetrag weiter um 192 Euro auf dann 7.812 Euro. Zur Sicherstellung der Freistellung des steuerlichen Existenzminimums wird der Grundfreibetrag (derzeit 9.000 Euro) erhöht. 2019 erfolgt eine Erhöhung um 168 Euro, 2020 um 240 Euro. Diese beiden Erhöhungen führen zu Steuermindereinnahmen von über drei Milliarden Euro (volle Jah-

reswirkung). Um den Effekt der „kalten Progression“ auszugleichen, werden außerdem die Eckwerte des Einkommensteuertarifs verschoben, wodurch es zu einer Entlastung der Steuerzahler kommt, was 2019 zu Mindereinnahmen in Höhe von 2,2 Milliarden Euro und 2020 in Höhe von 2,1 Milliarden Euro führen soll (jeweils volle Jahreswirkung). Neben den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD stimmten auch die Fraktionen von AfD und FDP für das Gesetz. Die Grünen lehnten das Gesetz ab, die Linke enthielt sich.

Minimale Entlastung Markus Herbrand (FDP) sprach von einem „Familienminimalentlastungsgesetz“. Die Mehrheit der alleinerziehenden Mütter oder Väter, die auf Sozialhilfe angewiesen sei, habe nichts von alledem. Denn wie sich aus dem Gesetzentwurf ergibt, führt die Erhöhung des Kindergeldes zu einer Anrechnung bei den Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende, so dass der Staat dort 2019 rund 130 Millionen Euro und ab 2020 rund 260 Millionen Euro spart. Auch die Linksfraktion bewertete das Paket kritisch: „Eine Entlastung der ärmsten Familien in unserer Gesellschaft wird damit nicht gelingen“, sagte Jörg Cezanne. Spitzenverdiener würden hingegen stärker entlastet. Kay Gottschalk (AfD) erklärte, das Familienentlastungsgesetz verdiene seinen Namen nicht. Heute sei man bei der Steuer mit dem 1,3-fachen des Durchschnittsgehalts steuerlich Spitzenverdiener. Daher könne er es verstehen, dass Normalverdiener das Steuersystem nicht mehr als gerecht empfinden würden. Dagegen gab es Lob von der Koalition: „Das ist ein starkes familienpolitisches Zei-

chen, und deshalb auch ein guter Tag für die Familien in Deutschland“, erklärte Michael Schrodi (SPD). Er wies darauf hin, dass das Kindergeld nach dem Existenzminimumbericht nur um drei Euro hätte erhöht werden müssen. Die Koalition erhöhe jedoch um spürbare zehn Euro. Vorwürfe der Opposition, es werde nur das getan, was man müsse, wies Schrodi zurück: Knapp sechs Milliarden Euro des Pakets seien verfassungsrechtlich nicht notwendig. Auch Johannes Steiniger (CDU) erklärte: „Heute ist ein guter Tag für die Kinder, für die Eltern und für die Familien in Deutschland.“ Die Koalition setze eines ihrer zentralen Entlastungsprojekte in dieser Legislaturperiode um: „Wir sind verlässlich und halten, was wir versprochen haben.“ Zusammengerechnet mache die Entlastung

bis zum Jahr 2022 35 Milliarden Euro aus. Wie Schrodi wies auch Steiniger den Vorwurf zurück, die Koalition tue nur das verfassungsrechtlich Notwendige: „Das ist schlichtweg falsch.“

Mehrere Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen wurden abgelehnt. So hatten sich die Grünen vergeblich bemüht, den Freibetrag für Alleinerziehende zu erhöhen. Verlangt worden war eine Anhebung dieses zuletzt 2015 erhöhten Freibetrages von derzeit 1.908 Euro auf 1.980 Euro (19/5608). Die Grünen scheiterten auch mit dem Vorstoß (19/5609), den Ausgleich der kalten Progression zu unterlassen und stattdessen den Grundfreibetrag stärker zu erhöhen. Das hätte den Vorteil, dass die Einkommenssteigerung nicht mit dem Einkommen steige, sondern für alle Einkommensgruppen gleich hoch sei, hatte die Fraktion argumentiert.

Dagegen hatten AfD und FDP ganz andere Vorstellungen zum Thema kalte Progression. Beide Fraktionen sprachen sich in – allerdings abgelehnten – Änderungsanträgen (AfD 19/5606, FDP 19/5607) für die Einführung eines Einkommensteuertarifs „auf Rädern“ aus. Das würde bedeuten, dass über den Ausgleich der Folgen der kalten Progression nicht mehr jeweils der Steuertarif vom Bundestag geändert werden muss, sondern dieser Effekt automatisch ausgeglichen wird. Die Notwendigkeit der Änderung begründete der FDP-Abgeordnete Herbrand mit dem Hinweis, dass zwischen 2011 und 2015 28,2 Milliarden Euro durch die kalte Progression in die Staatskasse geflossen seien und bis heute nicht ausgeglichen wurden: „Man könnte von leistungsloser Bereicherung durch den Staat sprechen.“ Hans-Jürgen Leersch

> STICHWORT

Beispiele für Entlastungen

> **Single** Nach Berechnungen von Professor Achim Truger (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin) erhält ein Single mit 45.000 Euro Bruttojahreseinkommen eine jährliche Entlastung (inklusive Solidaritätszuschlag) von 207 Euro oder 0,46 Prozent des Bruttoeinkommens.

> **Ehepaar** Bei gleichem Einkommen wie der Single wäre die Entlastung 241 Euro (0,53 Prozent) vom Brutto.

> **Ehepaar mit zwei Kindern** In diesem Fall gibt es eine Entlastung von 470 Euro (1,04 Prozent).

Der Schaden durch Cum-Ex-Geschäfte könnte noch viel höher sein

AKTIENHANDEL Die blitzartigen Transfers sollen auch in anderen Ländern stattgefunden haben. Opposition: Regierung hat zu spät gewarnt

Aktien, die schon mal zwei Besitzer gleichzeitig hatten. Wertpapiere, mit denen ein derart pfeilschneller internationaler Handel betrieben wurde, dass die Finanzbehörden die Übersicht verlieren sollten. Mit Steuerrückstellungen wurden offenbar Milliarden ergaunert: Cum-Ex-Geschäfte laut der Reizbegriff. Nachzulesen ist das im 811 Seiten dicken Abschlussbericht des entsprechenden Untersuchungsausschusses aus der vergangenen Legislaturperiode. Warum das Thema in der letzten Woche erneut im Bundestag debattiert wurde, konnten denn auch

nicht alle Redner nachvollziehen. Doch neu waren jedenfalls jüngste Mutmaßungen über die Schadenshöhe. Die Linksfraktion hatte mit einer von ihr beantragten Aktuelle Stunde die Thematik wieder auf die Tagesordnung des Plenums gebracht. Der Abgeordnete Fabio de Masi sprach von einem „Krimi über die Finanzmafia und das Versagen deutscher Finanzminister“. Europaweit seien „bis zu 55 Milliarden Euro ergaunert worden“. Deutschland sei womöglich ein Schaden von 31,8 Milliarden entstanden. Mit dieser Summe könne jeder Schule bis zu einer Million Euro zur Verfügung gestellt werden. Seine Forderung: Mehr Personal bei den deutschen Finanzbehörden und ein „europäisches Finanz-FBI“ gegen Steuerertricksereien. Fritz Güntzler (CDU) meinte, die Debatte kreise um „nichts Neues“. Er nannte es

„mutig, wie hier mit Zahlen umgegangen wird“. Einen Nachweis für die aktuell genannten sehr hohen Summen gebe es nicht. Er kenne die richtigen Zahlen auch nicht, meinte Güntzler. Bekannt seien für Deutschland 84 Verdachtsfälle mit einem Schaden von 5,7 Milliarden Euro, wovon 2,4 Milliarden wieder eingefordert worden seien. Er war überzeugt: „Die Finanzverwaltung tut alles, wenn es was zu tun gibt.“

Stefan Keuter (AfD) meinte, Schuld an der „Ausplünderung der deutschen Steuerzahler seit 2002“ sei nicht nur der Betrüger, sondern „auch derjenige, der den Betrug zulässt“, also die Bundesregierung und besonders der Finanzminister. Der „eigentliche Skandal“ ist nach Keuters Ansicht, dass dies zehn Jahre gedauert habe. Lothar Binding (SPD) verwies auf dauernde Klagen über zu viel Regulierung und

Überbürokratisierung. Dabei gebe es „an einigen Stellen viel zu wenig“. Es sei „scheinbar alles erlaubt, was nicht verboten ist“, meinte er mit Blick auf die Cum-Ex-Thematik – und nannte dies moralisch verwerflich. Binding wandte sich gegen eine „Dauerskandalisierung“. Seit 2012 seien die Fälle „in Deutschland ausgemerzt“. Wer etwas anderes behauptete, solle „Ross und Reiter nennen“.

Zu spät gewarnt? Markus Herbrand (FDP) lenkte den Blick auf durchaus Neues – nämlich dass durch Cum-Ex „ein weitaus höherer Schaden als bisher bekannt“ entstanden sein könnte. „Die ehrlichen Steuerzahler wännen sich im falschen Märchen“, befand er. Das führe auch zu einem Vertrauensverlust in die Politik. Dass die Regierung andere EU-Staaten zu spät gewarnt haben könnte, sei ein „ernst zu neh-

Etat 2019 beschlossen

HAUSHALT Ausschluss schließt Beratungen ab

Der Bund kann im kommenden Jahr 356,4 Milliarden Euro ausgeben. Gegenüber dem Soll für 2018 steigt der Etat des Bundes damit um 12,8 Milliarden Euro (+3,7 Prozent). Das beschloss der Haushaltsausschuss am frühen Freitagmorgen nach rund 16-stündiger Beratungssitzung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD. AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen stimmten gegen den geänderten Haushaltsentwurf. Im Plenum wird kommende Woche abschließend über den Etat 2019 beraten. Gegenüber dem Entwurf der Bundesregierung für den Bundeshaushalt 2019 (19/3400) sinkt der Etatansatz damit um 0,4 Milliarden Euro. Den Ausgaben stehen Einnahmen in gleicher Höhe gegenüber. Davon entfallen laut Ausschussfassung des Haushaltsentwurfes 2019 325,491 Milliarden Euro auf Steuereinnahmen. Das sind 7,515 Milliarden Euro weniger als im Regierungsentwurf. Im Haushalt 2018 wird das Soll der Steuereinnahmen mit 321,31 Milliarden Euro ausgewiesen. Die sonstigen Einnahmen sollen 30,909 Milliarden Euro betragen und damit 7,115 Mil-

liarden Euro mehr als im Regierungsentwurf. Aus der Rücklage für Flüchtlingskosten sollen mit rund 5,5 Milliarden Euro 0,45 Milliarden Euro mehr entnommen werden, als im Regierungsentwurf vorgesehen. Es ist wie in den vergangenen Jahren keine Nettokreditaufnahme vorgesehen. Für Investitionen sind im geänderten Haushaltsentwurf 38,946 Milliarden Euro veranschlagt. Das sind 1,046 Milliarden Euro mehr als im Regierungsentwurf. Im Haushalt 2018 sind im Soll 39,8 Milliarden Euro als Investitionen ausgewiesen. Die Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Haushaltsjahre fallen mit 114,7 Milliarden Euro um 13,4 Milliarden Euro höher aus als im Regierungsentwurf. Gegenüber dem Regierungsentwurf beschlossen die Ausschussmitglieder unter anderem einen weiteren Aufwuchs im Etat des Bundesministeriums für Verteidigung. Dem Ressort sollen im kommenden Jahr 43,2 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, im Regierungsentwurf waren 42,9 Milliarden Euro vorgesehen. Gegenüber dem Soll von 2018 steigt der Etat damit um 4,7 Milliarden Euro (+ 12,2 Prozent). scr

Mehr Tempo beim Bau

VERKEHR Gesetz zur Planungsbeschleunigung verabschiedet

Durch beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren soll es künftig beim Bau von Straßen, Schienenwegen und Wasserstraßen schneller vorangehen. Der Bundestag hat vergangenen Donnerstag einen dazu von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (19/4459) in der durch den Verkehrsausschuss geänderten Fassung (19/5580) mit den Stimmen von Union, SPD und AfD bei Ablehnung durch FDP, Linke und Grüne verabschiedet.

Schon vor dem Planfeststellungsbeschluss, dem ein oftmals sehr zeitaufwendiges Planfeststellungsverfahren vorausgeht, können künftig vorbereitende Maßnahmen – wie etwa Kampfmittelbeseitigungen oder archäologische Grabungen – begonnen oder durchgeführt werden. Laut der vom Verkehrsausschuss veranlassenen Ergänzung betrifft das aber nicht irreversible Maßnahmen wie etwa die Rodung von Wäldern. Eine weitere Neuerung ist der „Verzicht auf Erörterung“. Die zuständige Anhebungsbehörde kann künftig auf Erörterungstermine bei Vorhaben verzichten, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung

durchzuführen ist. Im Bereich der Schiene werden in Zukunft Anhebungs- und Planfeststellungsverfahren beim Eisenbahnbundesamt gebündelt. Das Gesetz sieht zudem eine einheitliche Klagebegründungsfrist für Klagen gegen Planfeststellungs- und Plangenehmigungsentscheidungen im Straßen-, Schienenwege- und Wasserstraßenbau vor. Ab Klageerhebung müssen in einer Sechs-Wochen-Frist Erklärungen und Beweismittel vorgebracht werden.

Neben dem Gesetzentwurf verabschiedete der Bundestag – mit den Stimmen von Union, SPD, AfD und Grünen bei Enthaltung der FDP und der Linken – eine Entschließung. Die Bundesregierung wird darin unter anderem dazu aufgefordert, zeitnah einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes vorzulegen, in dem die Regelungen des Planungsbeschleunigungsgesetzes übernommen werden. Damit wird ein Kritikpunkt des Bundesrates aufgegriffen, der in seiner Stellungnahme bemängelt hatte, das Straßen- und U-Bahnen von dem Gesetz nicht erfasst seien. hau

Kastration von Ferkeln

AGRAR Koalition will Tierschutzgesetz ändern

CDU/CSU und SPD wollen die Übergangsfrist für das betäubungslose Kastrieren männlicher Ferkel im Alter von unter acht Tagen verlängern. Einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes (19/5522) hat der Bundestag am Freitagvormittag in erster Lesung beraten.

Union und SPD wollen die Kastration von Ferkeln ohne Betäubung über den 31. Dezember 2018 hinaus für weitere zwei Jahre erlauben. Das soll auf Grundlage der Übergangsregelung in Paragraph 21 Absatz 1 Satz 1 des Tierschutzgesetzes (TierSchG) erfolgen, die ursprünglich ein Ende dieser Praxis noch in diesem Jahr vorsah. Die Verschiebung der Frist sei erforderlich, weil die verfügbaren Alternativen zur betäubungslosen Kastration in der Praxis nicht taugen würden, hieß es. Ein vorschneller Ausstieg ohne den Landwirten Alternativen anzubieten, würde die Produktion in das Ausland verlagern, ohne dort die Bedingungen kontrollieren zu können. Spätestens am 31. Dezember 2020 soll dann aber Schluss sein, versprachen die Antragsteller. So soll das Tierarzneimittel Isofluran nach

Inkrafttreten des Gesetzes eine Zulassung erhalten, um den Produzenten die dafür notwendigen Mittel an die Hand zu geben. Außerdem soll bis zum 31. Mai 2019 dem Bundestag eine Verordnung vorgelegt werden, die die Durchführung der Isoflurananästhesie dem geschulten Landwirt ermöglicht, ohne diese Prozedur von einem Tierarzt durchführen lassen zu müssen. Ebenso forderte die AfD in einem Antrag (19/5533) die Einführung der Möglichkeit einer Lokalanästhesie bei Ferkelkastrationen. Die Abgeordneten drangen auf die unverzügliche arzneimittelrechtliche Genehmigung des Lokalanästhetikums Lidocain. Die deutschen Schweinehalter bräuchten Planungssicherheit, warnte die AfD. Andernfalls drohe ein Strukturbruch. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hingegen stemmte sich gegen solche Forderungen und drang auf die unverzügliche Umsetzung des Tierschutzes. Dazu legten die Abgeordneten einen Antrag (19/5564) vor, der sich gegen die Fortführung der Ausnahmeregelung wendete. Alle Vorlagen wurden an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft überwiesen. eis



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Blackrock-Zentrale am Lenbachplatz in München: Hier hat die Staatsanwaltschaft nach Belegen für mögliche Cum-Ex-Geschäfte gesucht.

© picture-alliance/dpa

mender Vorwurf“. Gerhard Schick (Grüne) hob auf die Razzia beim Vermögensverwalter Blackrock ab, dessen Aufsichtsratschef in Deutschland der CDU-Vorsitzendenkan-

didat Friedrich Merz ist. Merz hätte mögliche Vorkommnisse untersuchen und nicht auf den Staatsanwalt warten sollen. Franz Ludwig Averdunk



Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD, von links), Manuela Schwesig (SPD), Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) und Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) bei der Pressekonferenz zur konstituierenden Sitzung der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ im vergangenen September

KURZ NOTIERT

**Attraktivität des Standorts
Deutschland für Investoren**

Der Bundestag hat am Donnerstag zwei Anträge an den Wirtschaftsausschuss überwiesen, die auf eine Stärkung von Deutschland als Investitionsstandort abzielen. Dabei fordert die FDP-Fraktion (19/4216) die Regierung auf, die Stellschrauben bei ausländischen Direktinvestitionen vorerst nicht, wie vom Bundesrat angestrebt, anzuziehen. Die Länderkammer hatte sich zuvor in einem Entschließungsantrag dafür ausgesprochen, dass die Eingriffsschwelle abgesenkt wird, ab der die Bundesregierung Anteilskäufe ausländischer Investoren überprüfen und gegebenenfalls untersagen kann. Es sei zu befürchten, dass dies von internationalen Handelspartnern als protektionistische Maßnahme wahrgenommen würde, so die FDP. Die Grünen (19/5565) wiederum plädieren genau für das Gegenteil, nämlich dem Votum des Bundesrats zu folgen. *pez*

**Job-Tickets und Diensträder
sind steuerfrei nutzbar**

Zuschüsse des Arbeitgebers zu Job-Tickets sind ab 2019 steuerfrei. Das beschloss der Bundestag (19/4455) am Donnerstag. Allerdings werden die steuerfreien Leistungen auf die Entfernungspauschale angerechnet. Auch die Nutzung von Elektroautos als Dienstwagen wird in Zukunft steuerlich günstiger sein als die Nutzung von Fahrzeugen mit herkömmlichen Antrieben. Die Nutzung von Dienstfahrrädern des Arbeitgebers kann steuerfrei erfolgen. *hle*

**Umsatzsteuerbetrug im
Internet wird unterbunden**

Die im Internet relativ einfache Möglichkeit zum Umsatzsteuerbetrug soll unterbunden werden. Für Betreiber eines elektronischen Marktplatzes wird eine Haftung eingeführt, wenn Händler für die über den Marktplatz bestellten Waren keine Umsatzsteuer abgeführt haben, beschloss der Bundestag am Donnerstag (19/4455). *hle*

**Fortentwicklung des
Emissionshandels**

Der Bundestag hat in der Nacht zum Freitag den Weg für die Fortentwicklung des europäischen Emissionshandels bereitet. Mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD beschloss das Haus einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/4727) in geänderter Fassung (19/5563). Mit der Novelle des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes (TEHG) sollen laut Bundesregierung unter anderem die „nationalen Rechtsgrundlagen für die Ausgestaltung dieses Emissionshandelssystems für die Handelsperiode 2021 bis 2030“ geschaffen werden. Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP enthielten sich. AfD und Linke stimmten gegen den Entwurf. *scr*

**Bund unterstützt weiter
bei Integrationskosten**

Der Bund will sich weiter an den Integrationskosten der Länder und Kommunen beteiligen. Mit einem Gesetzentwurf (19/5465) soll eine entsprechende Bundesländer-Vereinbarung aus dem September 2018 umgesetzt werden. Der Entwurf wurde am Freitag an den Haushaltsausschuss überwiesen. Laut Entwurf ist eine Verlängerung der Bundesleistungen bis Ende 2019 geplant. Umgesetzt werden soll die Unterstützung überwiegend durch die Umsatzsteuerverteilung. *scr*

Titanische Aufgabe

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE Unterstützung für finanzschwache Kommunen gefordert

Arbeitslosenquote, Mieten, Zugang zu schnellem Internet: Deutsche Städte und Regionen weisen in verschiedenen Punkten große Unterschiede auf. Im Grundgesetz aber steht, die Herstellung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ sei Handlungsziel der deutschen Regierung. Wie das gelingen soll, darüber haben drei Minister in einer Vereinbarten Debatte am vergangenen Mittwoch Auskunft gegeben. Erster Schritt: Eine Kommission wird Regionen benennen, in denen besonderer Handlungsbedarf besteht. Diese Kommission hat im Sommer unter dem Vorsitz des Bundesinnenministers ihre Arbeit aufgenommen. Bis 2020 soll sie konkrete Vorschläge machen, um Ressourcen gerecht zu verteilen und dafür zu sorgen, dass die Lebenschancen von Menschen nicht abhängig von ihrem Wohnort sind. Bis 2019 soll sie ein neues Fördersystem für strukturschwache Regionen entwickeln. Vor dem Bundestag sagte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), für gleichwertige Lebensverhältnisse im Land zu sorgen, sei eine „titanische Aufgabe“. Zwar stehe Deutschland „ohne jeden Zweifel insgesamt gut“ da. Gleichzeitig seien die Lebensverhältnisse in den einzelnen Regionen „höchst unterschiedlich“. Vor allem die Kommunen, die etwa durch den Kohleausstieg einem starken Strukturwandel aus-

gesetzt seien, litten unter einer schwachen Finanzkraft. Er sei der Überzeugung, wenn der Staat diesen Strukturwandel veranlasst habe, müsse er dessen Auswirkungen auch ausgleichen, so Seehofer. Familienministerin Franziska Giffey (SPD), gemeinsam mit der Landwirtschaftsministerin Co-Vorsitzende der Kommission, betonte: „Menschen sind stolz auf ihre Stadt, auf ihren Ort, an dem sie leben.“ Sie wollten sich gerne zu Hause und zugehörig fühlen. Dafür müsse der Staat die Rahmenbedingungen schaffen. Dabei seien die Voraussetzungen höchst unterschiedlich: So liege die kommunale Verschuldung auf Einwohner umgerechnet in Darmstadt etwa bei 15.000 Euro pro Kopf, in Kempten dagegen bei 375 Euro. Wichtig für gute Lebensbedingungen, so Giffey, seien gute Kitas und Schulen, Orte für Senioren, schnelles Internet und eine gute Infrastruktur sowie Demokratieförderung an jedem Ort. Dies müsse in einem „Vierklang“ aus Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft geschehen. So werde das „Wir-Gefühl“ in der Gesellschaft gestärkt. Es gehe darum, dass alle Menschen im Land gute Lebenschancen hätten, sagte die Ministerin.

Julia Klöckner (CDU), Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, bemängelte, die Debatte würde zu häufig „aus der Brille der Großstadt“ geführt. Wohnungsmangel in den Zentren stehe Leerstand im ländlichen Raum, als dessen Anwältin sie sich verstehe, gegenüber. Dennoch dürfe man keine „Neiddebatte“ und auch keine „Stadt-Land-Debatte“ führen. Gleichzeitig warnte Klöckner davor, die Arbeit der Kommission mit zu hohen Erwartungen zu „überfrachten“. Carsten Sieling (SPD), Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, sagte vor dem Parlament, 21 Prozent der Kinder in Deutschland lebten ständig oder wiederkehrend in sogenannten Armutslagen, ihre Situation habe sich in den vergangenen Jahren sogar verschlechtert. Diese Armut sei regional höchst unterschiedlich verteilt, müsse aber unabdingbar „gesamsgesellschaftlich“ gelöst werden. Es sei daher Aufgabe der Kommission, auf die Frage der Grundsicherung von Kindern neue Antworten zu finden. Die AfD will sich bei der Erreichung gleichwertiger Lebenschancen auf den ländlichen Raum konzentrieren. So sagte Enrico Komning, die deutsche dörfliche

Kultur mit ihrer „bäuerlichen Tradition“ müsse erhalten bleiben, ergänzt durch einen starken Mittelstand und lebendige Start-ups. Die Daseinsvorsorge sei eine Kernaufgabe des Staates, die Bundesregierung aber habe den ländlichen Raum über Jahre „links liegen gelassen“. Über eine Abschaffung der Grundsteuer könne man Familien dazu motivieren, aufs Land zu ziehen, Handwerksbetriebe müssten aus den Gewerbegebieten zurück in die Ortskerne. Für die Linksfraktion kritisierte deren Vorsitzender Dietmar Bartsch, es sei ein Fehler, dass die Opposition nicht in die Kommission geholt worden sei, wo sie ihre Kompetenz auch aus den Ländern einbringen könnte. In den vergangenen Jahren seien in Deutschland die Zahl der Einkommensmillionäre und die Zahl der Kinder in Armut gleichermaßen gewachsen, dies sei ein „Offenbarungseid“. Gehe es um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, müsse man auch heute noch auf den Osten schauen: Dort seien die Löhne noch immer niedriger, es gebe Deindustrialisierung und Abwanderung. Es brauche endlich eine Anerkennung der Ost-Biographien – und „eine soziale Offensive in diesem Land“. Die FDP-Abgeordnete Linda Teuteberg betonte, es sei „gut und richtig“, eine Debatte über die Lebensverhältnisse in Deutschland zu führen – von gleichwertigen Bedingungen sei man „weit entfernt“. Nicht

nur in strukturschwachen Regionen, auch in Wachstumsregionen wie München und Berlin hätten Menschen das Gefühl, „ihre Heimat zu verlieren“. Deutschland als reiches Land habe die Kraft daran etwas zu ändern, aber wohl nicht mit der aktuellen Koalition, die auf Rezepte setzen würde, die schon in der Vergangenheit nicht geholfen hätten. Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) sagte, jeder Bürger habe das „grundgesetzliche Recht“ auf gleiche Chancen. Dabei sei es egal, warum die ungleiche Entwicklung stattgefunden habe, die Antwort darauf könne nur Solidarität sein. Es sei gut, sich besonders um Regionen mit besonderem Handlungsbedarf zu kümmern, denn wenn Menschen sich ausgeschlossen fühlten, sei die Demokratie gefährdet. Für die Union hielt Stephan Harbarth fest, der Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung oder schnellem Internet dürfe keine Frage des Wohnorts sein, denn das würde die Gesellschaft spalten. Gehe es um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, müsse man sich auch den ehrenamtlich Engagierten zuwenden und ihnen die Arbeit erleichtern. Bernhard Daldrup (SPD) will bei den Kommunen ansetzen. „Wir erwarten von der Kommission beispielsweise Vorschläge zur Lösung des Altschuldenproblems“, sagte der Sozialdemokrat. *Susanne Kailitz*

»Menschen sind stolz auf ihre Stadt, auf ihren Ort, an dem sie leben.«

Franziska Giffey (SPD), Bundesfamilienministerin

Eine Extra-Brise für die Energiewende

WIND- UND SOLARENERGIE Die Bundesregierung legt einen Gesetzentwurf zu Sonderausschreibungen vor

Das die Klimaziele für 2020 in weite Ferne gerückt sind, daraus macht selbst die Bundesregierung keinen Hehl mehr. Das 2030-Ziel eines Ökostrom-Anteils von 65 Prozent am Gesamtmarkt indes steht – und um zumindest diese Marke zu erreichen, hat sich die Regierungskoalition nach langem Zögern auf Sonderausschreibungen für Wind- und Solaranlagen geeinigt. Eines am Freitag im Bundestag vorgelegten Gesetzentwurf (19/5523) überwiesen die Abgeordneten federführend an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur weiteren Beratung. Der beschloss noch am Nachmittag, zu dem Thema öffentlich Sachverständige anzuhören. Der „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften“ sieht vor, bis 2021 je vier Gigawatt Solaranlagen und Windenergieanlagen an Land zusätzlich auszu-schreiben. Um den Wettbewerb zu erhöhen, sollten die Ausschreibungsmengen von einem Gigawatt 2019 über 1,4 Gigawatt 2020 auf 1,6 Gigawatt 2021 anwachsen. Je nach konkreter Umsetzung der Projekte würden diese für das Klimaschutzziel 2020 oder in den Folgejahren wirksam. Ebenfalls darin vorgesehen ist, die Vor-

schriften für eine nächtliche Beleuchtung von Windrädern zu ändern. Dem Gesetzentwurf zufolge werden künftig Maßnahmen zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung verpflichtend. Windräder sollen somit nicht mehr die ganze Nacht blinken, sondern nur, wenn ein Flugzeug naht. Als kostengünstigste technische Lösung dafür schlägt der Gesetzgeber ein Transponder-

system vor. Die Kosten für einen entsprechenden Empfänger lägen bei einmalig etwa 30.000 Euro für einen gesamten Windpark mit einem Radius von zehn Kilometern. Kleine Windparks, für deren Betreiber eine Ausrüstung mit der Technik wirtschaftlich unzumutbar ist, sollen einen Ausnahmeantrag stellen können. Jens Koeppen (CDU) würdigte das Erreich-

en in dem Entwurf. Wichtig für den Erfolg der Energiewende seien neben Verlässlichkeit und Netzausbau Akzeptanzkriterien wie die Abstände von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung. Für die SPD kritisierte Timon Gremmels die geplanten Einschnitte bei der Photovoltaik, die über die Vereinbarungen zwischen den Koalitionären hinausgingen. Für die AfD-Fraktion erklärte Steffen Kotré, ohne Speicher bringe die Energiewende nichts, und diese Speicher gebe es nicht. Von der FDP hieß es, nur die Ausschreibungsmengen zu erhöhen, helfe nicht. Martin Neumann verwies darauf, dass der Netzausbau nicht in gleichem Maß vorankomme. Lorenz Gösta Beutin (Linke) forderte, Strom aus Kohle müsse ausgeschaltet werden. Stattdessen müsse es Planungssicherheit für Solar-Projekte und mehr Bürgerbeteiligung geben. Julia Verlinden (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte, es fehlten ein klarer Ausbaupfad und damit Planungssicherheit. *Kristina Pezzi*



Nachts blinkende Windräder soll es bald nicht mehr geben. © picture-alliance/dpa

Anzeige

Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung



Lehmann
Der Rechenschaftsbericht der politischen Partei
Verfassungsrechtliche und dogmatisch-systematische Grundlagen, Maßgeblichkeit des Handelsbilanzrechts, spezialgesetzliche Modifikation
2018, Band 53, 517 S., brosch., 119,- €
ISBN 978-3-8487-4754-2
eISBN 978-3-8452-9119-2
nomos-shop.de/37724

Aufbauend auf ausführlichen verfassungsrechtlichen Grundlagen und einer erstmaligen Systematisierung und dogmatischen Ordnung des Rechenschaftsrechts, gibt dieses Buch dem Leser einen fundierten, aktuellen und zugleich praxisnahen Einblick in die Rechnungslegungsvorschriften des Parteiengesetzes.

Nomos eLibrary Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



AUFGEKEHRT

Fräuleinwunder in dieser Zeit

Sparen geht bei Billigfluglinien über alles. Da ist Ärger wegen veralteter Frauenbilder einkalkuliert. So lebt das aus dem deutschen Sprachschatz seit Jahrzehnten verschwundene „Fräulein“ bei Ryanair oder easyjet weiter. Bei Flugbuchungen kann man „Herr“, „Frau“, „Fräulein“ ebenso wie „Mr.“, „Mrs.“, „Ms.“ ankreuzen. In Irland hießen unverheiratete Frauen eben Miss, meinte die irische Linie Ryanair. Anpassungen nationaler Webseiten kosten schließlich Geld. Da verstehen die Billigflieger, wo jeder Atemzug Extragebühren kostet, keinen Spaß. Und günstige Ticketpreise sind auch weiblichen Passagieren wichtiger als jedwede politische Korrektheit. Dabei galt das Ableben des Wortes „Fräulein“, einst wie die „Frau“ Adligen vorbehalten, als Emanzipationserfolg. Noch lange im 20. Jahrhundert waren berufstätigen Frauen, die als Lehrerinnen, Sekretärinnen oder Krankenschwestern arbeiteten, in der Regel unverheiratet – „Frolleins“. Wer heiratete, gab seinen Beruf meist auf und wurde zur Frau. Das brachte Frauenrechtler auf die Palme. Die Politik geriet unter Druck. Ausgerechnet die konservative Deutsche Partei beantragte 1954 im Bundestag, weibliche Personen ab 35 sollten auch amtlich mit Frau angesprochen werden dürfen. Der Koalitionspartner CDU lehnte ab. 1972 in der sozialliberalen Koalition war es soweit: Das „Fräulein“ wurde mit Erklärung des Innenministeriums aus dem offiziellen Wortschatz gestrichen. Trotzdem ist das Fräulein nicht totzukriegen, nicht nur bei Billigfliegern. Seit Jahren verkauft sich etwa das Magazin „Fräulein“ für „starke und selbstbewusste Frauen“. Hört sich Fräulein nicht frischer und fröhlicher an als Frau? Die Schauspielerin Iris Berben (68), die nicht heiraten will, träumt von „ewiger Jugend“ und bedauert, dass Frolleins heute out sind. Für sie ist es eine „kleine private Freude, dass ich noch ein Fräulein bin“.

Hans Krump

VOR 35 JAHREN...

10.500 D-Mark für die Rückkehr

10.11.1983: Finanzielle Anreize für arbeitslose Ausländer Noch bis Ende der 1960er Jahre schloss die Bundesrepublik sogenannte Anwerbeabkommen, um den Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften mit Gastarbeitern aus dem Ausland zu decken. 1973 folgte der Anwerbestopp. Zehn Jahre später – die Arbeitslosenzahl war inzwischen auf über zwei Millionen gestiegen – ging man einen

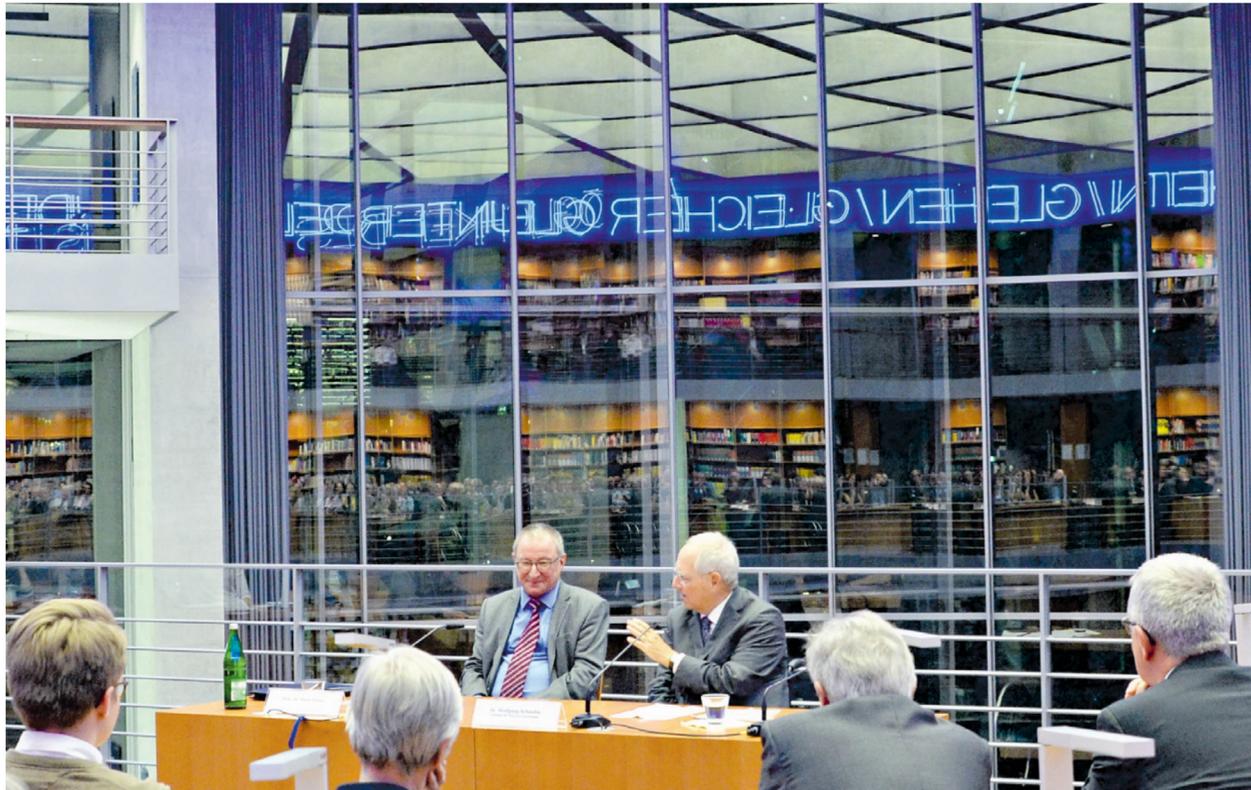


Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) 1996 bei einer Rede im Bundestag

Schritt weiter: Am 10. November 1983 verabschiedete der Bundestag ein Gesetz, das arbeitslos gewordenen Ausländern finanzielle Anreize zur Rückkehr in die Heimat bot. Im Herbst 1983 lebten rund 4,5 Millionen Ausländer in Deutschland. Das Problem: Unter ihnen wurden mehr arbeitslos als in ihre Heimat zurückkehrten. Das „Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern“ bot jedem Arbeitslosen für die Rückkehr in seine Heimat 10.500 D-Mark – für jedes Kind gab es zusätzlich noch einmal 1.500 D-Mark. Die Rückkehrhilfe, erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) im Bundestag, „orientiert sich an der durchschnittlichen Dauer des Leistungsbezugs durch ausländische Arbeitnehmer im Falle der Arbeitslosigkeit einschließlich der Sozialbeiträge“. In der Debatte ging es schon damals um das Thema Integration: „Arbeitslosigkeit verschärft die Integrationsprobleme“, so Blüm. Er ergänzte: „Für jene, die hier bei uns leben und arbeiten wollen, bleibt unser Angebot der Integration.“ Das schließt allerdings „die Bereitschaft und die Anstrengung auf Seiten der ausländischen Mitbürger ein“. Das Gesetz wurde verabschiedet – einen nennenswerten Effekt hatte es jedoch nicht.

Benjamin Stahl

ORTSTERMIN: LESUNG ZUR RELIGION IN DER SÄKULAREN MODERNE



Lesung in der Bundestagsbibliothek: Rechtswissenschaftler und Buchautor Horst Dreier (links) mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU)

Warum ein Staat ohne Gott Freiheit bedeutet

„Ich beginne mit einem Geständnis“, eröffnete Rechtswissenschaftler Horst Dreier die Lesung aus seinem Buch „Staat ohne Gott“ in der Bibliothek des Bundestages in Berlin: „Der Titel ist nicht von mir, sondern von meinem Verlag. Erst fand ich ihn etwas marktschreierisch, aber eigentlich ist es genau das, was ich sagen will“, erklärte der Würzburger Professor für Rechtsphilosophie, Staats- und Verwaltungsrecht. Mit seinem Werk wolle er „kein weiteres Buch über Kopftücher, das aufgeregte Debatten befeuert“ liefern. Er verstehe es weniger als Streitschrift, denn mehr als Analyse: „Staat ohne Gott heißt nicht Welt, Gesellschaft oder Individuum ohne Gott, sondern, dass die Demokratie des Grundgesetzes mit jeder Form eines Gottesstaates, einer sakralen Ordnung unvereinbar ist“, erklärte er den Besuchern in der voll besetzten Bundestagsbibliothek. Daher habe er einen verfassungsrechtlichen und –historischen Zugriff gewählt, der zeigen soll, wie es zu dieser Form eines säkularen Staates kam. Die von Rezensenten gerühmte fehlende Aktualität stelle kein Hindernis dar, sagte auch Bundestagspräsident

Wolfgang Schäuble (CDU): „Die Frage, wie wir in Zeiten disruptiver Entwicklungen das Verständnis für den Wert freiheitlicher Verfassungen in der Bevölkerung verankern können, ist eine zeitlose.“ Die Bundestagsbibliothek, die mehr als nur Bücherregal und Lesesaal sei, sei ein geeigneter Raum, um über diese Grundfragen zu diskutieren. Die beiden tragenden Säulen des säkularen Staates sind für Dreier die Religionsfreiheit einerseits und die Neutralität des Staates andererseits, die es verbiete, dass sich der Staat mit einer Religion oder Weltanschauung identifiziere. Symbole wie das christliche Kreuz und das festgeschriebene Erziehungsritual „Ehrfurcht vor Gott“ haben seiner Überzeugung nach nichts in staatlichen Schulen oder Behörden verloren und widersprechen dem Neutralitätsgebot. „Je mehr Religionen und Weltanschauungen in einer Gesellschaft miteinander konkurrieren, umso wichtiger ist die staatliche Neutralität, durch die die Glaubensfreiheit gesichert wird“, plädierte Dreier. In der Geschichtsschreibung werde gern vergessen, dass es einen spezifisch deutschen Beitrag zur Religionsfreiheit gebe:

„Bereits im Augsburger Religionsfrieden von 1555 zeigten sich im Gewahren einer Auswanderungsfreiheit erste derartige Tendenzen, auch wenn diese mehr der Festigung der konfessionellen Geschlossenheit des Territoriums dienten“, sagte Dreier. Auch im Allgemeinen Preussischen Landrecht von 1794 seien schon bemerkenswert liberale Grundsätze der Religionsfreiheit sichtbar geworden, wenngleich eine Trennung von Staat und Kirche erst mit der Frankfurter Paulskirchenverfassung gekommen sei. Spannend wurde es in der Diskussion noch einmal, als der Autor darauf verwies, dass zur Religionsfreiheit nach der deutschen Rechtsordnung auch gehöre, dass Religionsgemeinschaften sich selbst nicht nach demokratischen und rechtsstaatlichen Regeln verhalten müssen. „Das einfachste Beispiel dafür ist die katholischen Kirche. Jurastudenten könnten ausführliche Arbeiten darüber schreiben, gegen welche Teile des Grundgesetzes dort verstoßen wird“, betonte Dreier. Solange allerdings keine Rechtsbrüche vorliegen würden, müsse der Staat bei einer strikten Gleichbehandlung aller Religionen bleiben. Lisa Brübler

LESERPOST

Zur Ausgabe 40-41 vom 01. Oktober 2018, „Arbeitskräfte aus Jugoslawien“ auf Seite 14:

Ich habe einige Anmerkungen zum 50. Jahrestag des deutsch-jugoslawischen Gastarbeiteranwerbeabkommens vom 12. Oktober 1968. Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien schickte während einer kurzen Anwerbeära von 1968 bis 1973 ihre Fachkräfte in die Bundesrepublik. Diese wurden wegen ihrer Fähigkeiten und der Bereitschaft zur Integration sehr geschätzt. Viele von ihnen wurden hier heimisch und holten ihre Familien nach. Interessant zu wissen ist, dass seit dem bundesdeutschen Vereinsgesetz von 1964 im Zeitraum von 1968 bis 1976 vier rechtsextremistische kroatische Organisationen verboten wurden: Der Kroatische Verein „Drina“, der Kroatische

Nationale Widerstand, die Kroatische Revolutionäre Bruderschaft und der Kroatische Demokratische Ausschuss. Es bleibt abzuwarten, ob die Forschung noch herausfinden wird, ob es unter den jugoslawischen Gastarbeitern auch Deutschstämmige gab. In den 1970er Jahren war der Jugoslawiendeutsche jedenfalls kein unbekanntes Phänomen.

Frank Wolfram Wagner, Lemgo

Zur Ausgabe 42 vom 15. Oktober 2018, „Zehn Euro pro Kind im Monat mehr“ auf Seite 1:

Bezüglich der Grafik zum Kindergeld möchte ich als unterrichtender Sozialwissenschaftler anregen, die Leser mit Grafiken zu erfreuen, die ihnen inhaltlich noch mehr bieten: Da sich

bezüglich des zweiten und dritten Kindes finanziell nicht viel getan hat, hätte man sich diese Darstellung sparen und stattdessen besser die Entwicklung für das erste Kind längerfristig darstellen können. Dabei muss man sicher nicht bis zu den Anfängen zurückgehen, obwohl ich dies in meinem Unterricht gerne tue. Aber insbesondere unter Einbezug der Wiedervereinigung oder der Änderungen durch die erste Große Koalition im Jahr 2005 gäbe die Grafik meines Erachtens einen besseren Überblick über das Thema. Zweitens würde ich empfehlen, statt oder neben den nominalen Werten die realen, inflationsbereinigten Werte aufzuführen. Das vermittelt dem Leser ein genaueres Bild.

Thomas Hermann, Mettmann

Norbert Lammert wird 70 Jahre alt

Am 16. November wird Norbert Lammert (Foto) 70 Jahre alt. Unter den Bundestagspräsidenten, die das Amt besonders geprägt haben, nimmt Norbert Lammert fraglos einen Platz weit vorne ein. Sein von Unabhängigkeit bestimmter Führungsstil



und seine geschliffene Rhetorik verliehen seinem Auftreten eine besondere Note. Lammert stammt aus Bochum, studierte dort und in Oxford von 1969 bis 1975 Politikwissenschaft, Soziologie, Neuere Geschichte und Sozial-

ökonomie. 1972 legte er das Examen als Diplom-Sozialwissenschaftler ab und wurde 1975 promoviert. Beruflich engagierte sich Lammert danach als Dozent und Lehrbeauftragter in der Erwachsenen- und Weiterbildung bei verschiedenen Akademien, Stiftungen, Verbänden und Firmen. Zugleich trat der 2008 zum Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Bochum Berufene mit Veröffentlichungen zur Parteienforschung und zu wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen in Erscheinung. 1966 trat Lammert der CDU bei. Er war von 1978 bis 1984 stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union in Westfalen-Lippe und stand von 1986 bis 2008 an der Spitze des CDU-Bezirksverbands Ruhr. 1980 wurde er erstmals in den Bundestag gewählt. Von 1989 bis 1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär in verschiedenen Ministerien. 2002 wurde Lammert zum Vizepräsidenten des Bundestags gewählt. Vom 18. Oktober 2005 bis zum 24. Oktober 2017 amtierte er als Bundestagspräsident, der zwölfte in der Geschichte des Parlaments. Dass Mahnendes für die eigene Fraktion, einzelne Minister oder gar die Kanzlerin nicht immer bequem war, sei der Rolle geschuldet, die ein Parlamentspräsident gegenüber Regierung wie Fraktionen insbesondere zur Wahrung von Minderheitenrecht nun einmal habe, betonte Lammert. Auch diese Einstellung verschaffte ihm großen Respekt. bmh

SEITENBLICKE



PERSONALIA

>Fritz Wittmann
Bundestagsabgeordneter 1971-1994, 1996-1998, CSU

Am 17. Oktober starb Fritz Wittmann im Alter von 85 Jahren. Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt aus München schloss sich 1952 der CSU an, war von 1956 bis 1959 Landessekretär der Jungen Union in Bayern und von 1983 bis 1991 Vorsitzender des Wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU. Wittmann engagierte sich im Bundestag überwiegend im Rechtsausschuss und gehörte dem Verteidigungsausschuss an, dessen Vorsitz er von 1991 bis 1994 inne hatte. Zuletzt wirkte er im Auswärtigen Ausschuss mit. Von 1994 bis 1998 amtierte er als Präsident des Bundes der Vertriebenen.

>Hartwig Fischer
Bundestagsabgeordneter 2002-2013, CDU

Hartwig Fischer wird am 14. November 70 Jahre alt. Der Einzelhandelskaufmann aus Göttingen wurde 1972 CDU-Mitglied, stand von 1977 bis 1993 an der Spitze des Stadtverbands Göttingen, gehörte von 1984 bis 2002 dem CDU-Landesvorstand in Niedersachsen an und war von 1986 bis 2002 Generalsekretär seiner Partei in Niedersachsen. Von 1986 bis 2002 saß er im Landtag in Hannover. Im Bundestag saß Fischer im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und im Auswärtigen Ausschuss.

>Wilhelm Nölling
Bundestagsabgeordneter 1969-1974, SPD

Am 17. November vollendet Wilhelm Nölling sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Volkswirt trat 1964 der SPD bei. Der Direktkandidat des Wahlkreises Hamburg-Eimsbüttel gehörte dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung an. Nölling war von 1974 bis 1982 Gesundheits-, Wirtschafts- bzw. Finanzsenator in Hamburg.

>Heinz Dieter Eßmann
Bundestagsabgeordneter 1994-1998, CDU

Heinz Dieter Eßmann wird am 17. November 80 Jahre alt. Der Prokurist aus Wolfenbüttel schloss sich 1966 der CDU an. Von 1972 bis 1999 engagierte er sich als Ratscherr seiner Heimatstadt und gehörte von 1968 bis 1996 dem Kreistag in Wolfenbüttel an. Von 1974 bis 1996 amtierte er als Bürgermeister von Wolfenbüttel. Im Bundestag arbeitete Eßmann im Innenausschuss mit.

>Christoph Bergner
Bundestagsabgeordneter 2002-2017, CDU

Am 24. November wird Christoph Bergner 70 Jahre alt. Der promovierte Agraringenieur trat 1971 der CDU in der DDR bei und gehörte 1989/90 dem Neuen Forum an. Von 1991 bis 1993 war er stellvertretender CDU-Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt und von 1995 bis 1998 stellvertretender Bundesvorsitzender. Von 1990 bis 2002 gehörte Bergner dem Landtag von Sachsen-Anhalt an und amtierte 1993/94 als Ministerpräsident. Von 2005 bis 2013 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, von 2006 bis 2013 zugleich Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten sowie von 2011 bis 2013 Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Länder.

>Hans Georg Wagner
Bundestagsabgeordneter 1990-2005, SPD

Hans Georg Wagner vollendet am 26. November sein 80. Lebensjahr. Der aus Eppelborn stammende Ingenieur und Architekt trat 1957 der SPD bei und war von 1990 bis 2000 stellvertretender Vorsitzender der Saar-SPD. Dem Saarländischen Landtag gehörte er von 1975 bis 1991 an. Der Direktkandidat des Wahlkreises St. Wendel wirkte im Bundestag im Haushaltsausschuss mit. Von 2002 bis 2005 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung. bmh

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 19. – 23.11.2018

Allgemeine Finanzdebatte (Di)
Generalaussprache (Mi)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 26. November.



Dr. Wolfgang Schäuble, CDU, Bundestagspräsident:

9. November ist der Schicksalstag aller Deutschen



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundestagspräsident

Herr Bundespräsident, Frau Bundeskanzler, Herr Präsident des Bundesrats, Exzellenzen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der 9. November ist der deutsche Schicksalstag. Daran zu erinnern bei dieser Veranstaltung, dazu begrüße ich Sie alle.

An diesem Datum, am 9. November verdichtet sich unsere jüngere Geschichte in ihrer Ambivalenz, mit ihren Widersprüchen, ihren Gegensätzen. Das Tragische und das Glück, der vergebliche Versuch und das Gelingen, Freude und Schuld: All das gehört zusammen. Untrennbar.

Die großen historischen Linien, die sich von diesem Datum aus ziehen lassen, beginnen übrigens schon 1848 – während der deutschen Revolution. Im Morgenrauen des 9. November 1848 wird in Wien Robert Blum standrechtlich erschossen. Unter Missachtung seiner Immunität, die ihn

als Abgeordneten der Frankfurter Paulskirche schützen sollte. Die Schüsse galten nicht allein dem Hingerichteten. Sie waren gegen die Revolution gerichtet, gegen den Versuch des Volkes, Einheit und Freiheit der Nation zu erzwingen.

Robert Blum wurde erschossen aus Angst der Obrigkeit vor der Revolution – er starb für die Freiheit. Und für die Freiheit riskieren noch immer Menschen in vielen Ländern der Welt ihr Leben. Täglich. Und so führt uns das Schicksal Robert Blums führt uns vor Augen, dass das, was uns längst selbstverständlich scheint, auch in Deutschland erkämpft werden musste.

Er hatte vor der Verhaftung seiner Frau geschrieben, wenn die Revolution scheitert, dann sei „wenigstens für eine Zeitlang Kirchhofsruhe in Deutschland.“ Er behielt Recht.

Die Deutschen und die Revolution: Das ist lange kein inniges Verhältnis. 1848 – 1918 – 1989: Drei Anläufe gab es auf dem verschlungenen Weg zur Demokratie – mit sehr unterschiedlichem Ausgang. Aber alle drei verbindet ein Datum: Der 9. November. Was für ein Datum!

Die Revolution 1848 zeigte bereits vieles von dem, was später das 20. Jahrhundert prägte: Aufbruchseuphorie, Freiheitsdrang

und auch die Sehnsucht nach nationaler Einheit, aber auch Ausgrenzung im Inneren und Abgrenzung nach außen, Hass, Gewalt und staatliche Willkür. Untertanenwut und Bürgermut. Selbst der Ruf „Wir sind das Volk“ entspringt der Revolutions-Dichtung von 1848. Es wurde 1989 in Leipzig, Berlin, Dresden und zahlreichen anderen Städten der DDR die Parole der einzigen gelungenen deutschen Revolution. Friedlich, ohne dass ein Schuss fiel, ohne einen Toten.

Der Fall der Mauer machte den 9. November 1989 zum glücklichsten Tag der Deutschen – er hat unser Land verändert und damit auch Europa.

Die Häufung historischer Schlüsselereignisse an einem Datum ist zufällig – einerseits. Weder die Revolutionäre 1918 noch die Bürgerbewegung 1989 richteten sich nach dem Kalender.

Andererseits: 1923 – noch so ein Schlüsselereignis! – marschierten Hitler und Ludendorff nicht zufällig am 9. November auf die Münchner Feldherrnhalle. Dahinter stand ein Kalkül. Ihr Putschversuch gegen die junge Republik war die gewalttätige Antwort auf die ihnen verhasste Revolution von 1918. Geschichte sollte umgeschrieben werden. Man wusste um die hohe Symbolik des Datums, um die Wirkmacht der Erinnerung.

Der 9. November zeigt deutlicher als andere Daten, was Historiker betonen: Geschichte ist immer auch ein Kampf um die Deutung der Geschichte.

Und die Demokratie hat sich auch ihrer Traditionen stets neu zu vergewissern. Sie datieren in Deutschland nicht erst ins 20. Jahrhundert, sie sind sogar älter als die Revolution von 1848. Wir tun gut daran, sie zu pflegen. Denn Erinnerung gibt Orientierung, schafft Maßstäbe. Und beides brauchen wir – in dieser Zeit schneller Veränderungen mehr denn je.

Übermorgen erinnern wir in ganz Europa an das Ende des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren.

2014 hat Alfred Grosser hier im Plenum über die Folgen dieser „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ gesprochen. Sein Vater gehörte als Stabsarzt an der Front zu den patriotischen Deutschen jüdischen Glaubens, die sich nicht hatten vorstellen können, aus der Nation, für die sie ihr Leben riskiert hatten, ausgeschlossen zu werden. Ein fataler Irrglaube, den damals viele teilten – mit furchtbaren Folgen.

Spätestens am 9. November 1938, als Synagogen in ganz Deutschland brannten, als die Schergen der SA Geschäfte deutscher Juden plünderten und Menschen auf offener Straße angegriffen, gedemütigt, ermordet wurden, spätestens da war der Weg in den Abgrund, auf den sich unser Land begeben hatte, für alle sichtbar. Eine Zäsur. Man musste schon sehr bewusst wegsehen, um die Ausgrenzung der Juden in Deutschland nicht zu sehen.

Auch dafür steht der 9. November: Der Firmis der Zivilisation ist dünn. Dass heute wieder ein lebendiges Judentum in der Mitte unserer Gesellschaft Realität geworden ist, bedeutet deshalb ein Geschenk, das uns ganz besonders verpflichtet. Umso deutlicher, weil aktuelle Übergriffe auf Juden und jüdische Einrichtungen zeigen, wie nötig ihr Schutz auch im 21. Jahrhundert noch immer ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Albert Einstein gehörte zu den deutschen Juden, die frühzeitig die Gefahr erkannten, unmittelbar mit Scheitern der Weimarer Republik. Er hatte ihre Anfänge mit Hoffnungen begleitet. Auf Unterlagen zu seiner Vorlesung über die Relativitätstheorie notierte er zum 9. November 1918: „Fiel aus wegen Revolution.“ – kompakter kann man Weltgeschichte kaum beschreiben.

Die Revolution nahm ihren Ausgang an der Küste, wo Matrosen dagegen meuterten, sich weiter in einem sinnlosen Krieg verheizen zu lassen. Ihnen schlossen sich an vielen Orten im Reich Arbeiter und Soldaten an – bis die Revolution am 9. November dann in der Hauptstadt ankam. Ein Generalstreik legte das öffentliche Leben lahm. Seit dem Morgen

strömten die Menschen in die Innenstadt, auch zum Reichstag.

Hier im Reichstag hatten bereits kurz zuvor die Parlamentarier per Gesetz den kaiserlichen Obrigkeitsstaat zur parlamentarischen Monarchie reformiert. Doch auch Reformen dieser Tragweite konnten die Revolution nicht mehr aufhalten. Die Sehnsucht nach Frieden trieb sie an – und den gab es nur ohne den Kaiser. Gedrängt von den sich überschlagenden Nachrichten trat der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann ans Fenster und verkündete der ungeduldigen Menge das Ende der Monarchie. Er schloss mit dem Ausruf: „Es lebe die deutsche Republik!“

Es gibt von dieser spontan gehaltenen Ansprache verschiedene Fassungen, auch eine erst Jahre später von Scheidemann selbst eingesprochene Tonaufnahme. Der Schauspieler Ulrich Matthes, den ich herzlich begrüße, wird gleich den Wortlaut vortragen, der bereits 1919 im Revolutions-Almanach veröffentlicht worden war. Im Urteil der Historiker kommt er den tatsächlich gesprochenen Worten Scheidemanns am nächsten.

Damals, als die Throne in ganz Europa stürzten, erschien kurzzeitig möglich, was Robert Blum vor der Paulskirche bereits als Ziel formuliert hatte, 1848: Die – so wörtlich – „Verbrüderung des freigeordneten oder freiwerdenden Westens“. Um die Freiheit und den Frieden in Europa zu sichern.

Es kam anders, und es brauchte Jahrzehnte, um dieses Ziel tatsächlich zu erreichen. Erst 1989 war das nicht mehr nur Verheißung, sondern wurde Realität in wirklich ganz Europa.

Gefährden wir Frieden und Freiheit nicht, niemals wieder – das ist die beständige Mahnung des 9. November, dieses Schicksalstages aller Deutschen.

Gefährden wir Frieden und Freiheit nicht, niemals wieder.



Philipp Scheidemann (SPD) an seinem Schreibtisch, aufgenommen im Jahr 1925.
© picture-alliance/akg-images

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

Dr. Frank-Walter Steinmeier, SPD, Bundespräsident:

Weimarer Republik war keine Demokratie ohne Demokraten



Frank-Walter Steinmeier (*1956)
Bundespräsident

Es lebe die deutsche Republik! Was war das für ein gewaltiger Umbruch, den Philipp Scheidemann am 9. November 1918 den Menschen auf den Straßen Berlins verkündete, hier an diesem Ort, von einem Fenster des Reichstags aus: der Zusammenbruch des Kaiserreichs, das Ende einer jahrhundertalten monarchischen Ordnung, der Beginn einer demokratischen Zukunft für Deutschland.

Was für ein Ausruf in den letzten Tagen des Weltkriegs. Welche Botschaft für müde, ausgemergelte Männer und Frauen, für ein vom Krieg gezeichnetes Land, für die Städte, Kasernen, Betriebe, in denen Meutereien und Massenstreiks wie ein Lauffeuer um sich griffen, in dieser explosiven Stimmung aus Protest, Hunger, Ungewissheit.

Endlich Frieden, endlich politische Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit – das war die Verheißung jener Worte. Ein Lichtblick an einem trüben Novembertag!

Die Revolution, so ungeplant und improvisiert sie auch war, steht für eine tiefgreifende Zäsur in der deutschen Geschichte, für einen Aufbruch in die Moderne.

Viele ihrer Errungenschaften prägen heute unser Land, auch wenn uns das nicht jeden Tag bewusst ist. Die Revolution brachte allen deutschen Parlamenten das allgemeine und gleiche Wahlrecht – endlich, zum ersten Mal auch für die Frauen! Sie bahnte den Weg zur Weimarer Nationalversammlung, zu einer republikanischen Verfassung, zur parlamentarischen Demokratie, der ersten in der Geschichte unseres Landes. Auch Grundsteine des modernen Sozialstaats legte diese Revolution: Achtstundentag, Tarifpartnerschaft, Mitbestimmung durch Betriebsräte – all das steht für den sozialen Fortschritt, der damals inmitten der Nachkriegswirren be-

gann.

Aber trotz alledem hat die Revolution bis heute kaum Spuren im Gedächtnis unserer Nation hinterlassen. Der 9. November 1918 ist auf der Landkarte der deutschen Erinnerungsorte zwar verzeichnet, aber er hat nie den Platz gefunden, der ihm eigentlich zusteht. Er ist ein Stiefkind unserer Demokratiegeschichte – eben auch, weil der 9. November tatsächlich ein ambivalenter Tag ist, weil er für Licht und für Schatten steht, weil wir jene Demokratie, die damals begann, fast nie von ihrem Ende her denken.

Manchmal scheint mir, als sei jene Zeitenwende auf ewig überschattet vom Scheitern der Republik, als sei der 9. November 1918 diskreditiert und entwürdigt durch den 30. Januar 1933. Ja, das Ende der Weimarer Republik führte hinab ins furchtbarste Kapitel der deutschen Geschichte. Aber: Historisch gescheitert ist nicht die Demokratie – historisch gescheitert sind die Feinde der Demokratie. Der übersteigerte Nationalismus, die Diktatur, die menschenverachtende Ideologie der Nationalsozialisten haben Europa mit Krieg und abscheulichen Verbrechen überzogen, sie haben dieses Land politisch und moralisch ruiniert. Zu unser aller Glück erhielten wir eine neue Chance auf Selbstbestimmung in Einheit und Freiheit – und diese Chance ist Wirklichkeit geworden: Sie, die Republik, hat sich historisch behauptet! Das dürfen wir hundert Jahre später für uns festhalten und ich füge hinzu: auch feiern.

Dabei bleibt natürlich richtig: Jene Revolution war vom ersten Tag an auch eine paradoxe, eine widersprüchliche Revolution. Ihre Geschichte lässt sich nicht geradlinig erzählen. Doch welche deutsche Geschichte lässt sich das schon?

Die Widersprüchlichkeit der Revolution zeigte sich bereits am selben 9. November, als Karl Liebknecht, der Führer des Spartakusbundes, ein zweites Mal die Republik ausrief – nur zwei Stunden nach Philipp Scheidemann. Friedrich Ebert wollte zuvörderst Chaos, Bürgerkrieg und ein militärisches Eingreifen der Siegermächte verhindern; er war getrieben von

dem Wunsch, den Menschen Arbeit und Brot zu geben. Der Rat der Volksbeauftragten sah seine Handlungsspielräume eng begrenzt in diesen ungewissen Monaten, im Strudel radikalerer Kräfte von rechts wie von links.

Und doch hätten die Volksbeauftragten wohl mehr Veränderung wagen müssen, als sie aus ihrer damaligen Sicht für verantwortlich hielten. Zu viele geschworene Gegner der jungen Republik behielten ihre Ämter in Militär, Justiz und Verwaltung. Sicher: Gegen den Versuch der radikalen Linken, die Wahlen zur Nationalversammlung mit Gewalt zu verhindern, mussten die Volksbeauftragten um Friedrich Ebert sich zur Wehr setzen. Aber es gab keinerlei Rechtfertigung dafür, der Brutalität nationalistischer Freikorps faktisch freie Hand zu lassen. Viele wurden damals ermordet, unter ihnen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Auch der vielen Opfer jener Tage wollen wir heute gedenken.

Ja, diese Revolution war auch eine Revolution mit Irrwegen und enttäuschten Hoffnungen. Aber es bleibt das große Verdienst der gemäßigten Arbeiterbewegung, dass sie – in einem Klima der Gewalt, inmitten von Not und Hunger – den Kompromiss mit den gemäßigten Kräften des Bürgertums suchte, dass sie der parlamentarischen Demokratie den Vorrang gab.

Der 9. November 1918 ist ein Meilenstein der deutschen Demokratiegeschichte: Er steht für die Geburt der Republik in Deutschland. Er steht für den Durchbruch der parlamentarischen Demokratie. Und deshalb verdient er einen herausragenden Platz in der Erinnerungskultur unseres Landes. Denn: Wer heute glaubt, unsere Demokratie sei doch mittlerweile eine Selbstverständlichkeit, und dieses Parlament ein Alltagsgegenstand, ganz wie ein altes Möbelstück – der schau auf jene Tage! Nein, dieses Parlament ist keine Selbstverständlichkeit und erst recht keine Nebensache. Es ist eine historische Errungenschaft, für dieses Erbe müssen wir streiten – überall, aber zuallererst in diesem Haus!

In der Weimarer Republik hat

der 9. November nie die symbolische Kraft eines Gründungsmythos gewinnen können. Selbst entschiedene Republikaner mochten sich nicht aus vollem Herzen zu einer Revolution bekennen, deren Sonne so „getrübt“ aufgegangen war, wie Theodor Wolff an ihrem ersten Jahrestag im Berliner Tageblatt schrieb. Statt Einheit zu stiften, verschärfte die Erinnerung an den 9. November sogar die ideologische Spaltung der Gesellschaft: Für Teile der radikalen Linken stand das Datum für den vermeintlichen Verrat an der Arbeiterklasse, für die Republikfeinde von rechts für ihre Lüge vom „Dolchstoß“, den angeblichen Verrat an den Frontkämpfern. Es war kein Zufall, dass Adolf Hitler ausgerechnet am 9. November 1923 in München den ersten Anlauf zum Sturz der Republik unternahm, jenes „undeutschen Systems“, dessen Repräsentanten die völkische Rechte mit mörderischem Hass überzog.

Insbesondere war es die Flagge der Republik, auf die es ihre Feinde abgesehen hatten und die sie immer wieder in den Schmutz zogen: Schwarz-Rot-Gold, die Farben der deutschen Freiheitsbewegung seit dem Hambacher Fest von 1832. Das allein ist Grund genug, den 9. November 1918 aus dem geschichtspolitischen Abseits zu holen. Wer heute Menschenrechte und Demokratie verächtlich macht, wer alten nationalistischen Hass wieder anfacht, der hat gewiss kein historisches Recht auf Schwarz-Rot-Gold!

Die Revolution von 1918/19 war ein Aufbruch in die Demokratie, in ein politisches Experiment mit offenem Ausgang. Heute wissen wir, welch schwere Lasten die Zeitgenossen zu schultern hatten, die damals in Reich und Ländern die Demokratie erprobten.

Der verlorene Krieg und sein blutiges Erbe der Gewalt, die Folgen des Versailler Vertrages, die Wirbelstürme von Wirtschaftskrise und Inflation, von Hunger und Massenelend – all das belastete die Weimarer Republik und überforderte sie bisweilen auch.

Und es war vor allem die lange Tradition antiliberalen Denkens, die die politische Kultur der Republik vergiftete: Intellektuelle wie Carl Schmitt zogen gegen den Interessenpluralismus der „modernen Massengesellschaft“ zu Felde und schmähten die „taktischen Kompromisse und Koalitionen“ einer so genannten politischen „Klasse“. Vertreter der radikalen Linken geißelten Parlamente und Regierungen als Herrschaftsinstru-

mente der „bürgerlichen Klasse“.

Wenn wir uns diese Anfechtungen heute vor Augen führen, dann wird uns bewusst, wie beeindruckend die Leistung derjenigen war, die damals politische Verantwortung schulterten: die eine demokratische Verfassung auf den Weg brachten, das Justiz- und Bildungssystem modernisierten, für Wohnungsbau und Arbeitslosenversicherung sorgten, die Kunst und Wissenschaft erblühen ließen und – in all diesen Jahren – höchst zerbrechliche Koalitionen durch innen- wie außenpolitische Krisenstürme steuerten: Reichskanzler und -minister wie Hermann Müller, Gustav Stresemann oder Matthias Erzberger, Abgeordnete wie Marianne Weber und Helene Weber, Ernst Heilmann, Marie Elisabeth Lüders oder Marie Juchacz. Zu viele von ihnen sind heute vergessen. Auch in Justiz und Verwaltung stützten überzeugte Demokraten den Verfassungsstaat. Staatsrechtslehrer wie Hugo Preuß, der Vater der Weimarer Reichsverfassung, Gerhard Anschütz, Richard Thoma, Hermann Heller oder Hans Kelsen entwickelten Ideen, die noch heute inspirieren. Wissenschaftler wie der Nationalökonom Moritz Julius

Die Revolution 1918/19 war ein Aufbruch in ein politisches Experiment mit offenem Ausgang.

Bonn oder der Theologe Ernst Troeltsch brachten liberales Denken voran. Viele, die sich für die Republik engagierten, wurden von den Feinden der Demokratie verhöhnt, verfemt und angegriffen. Führende Politiker wie Erzberger und Walter Rathenau fielen rechtsextremen, meist antisemitisch motivierten Morden zum Opfer.

Lassen Sie uns nicht länger behaupten, dass die Weimarer Republik eine Demokratie ohne Demokraten war! Diese mutigen Frauen und Männer standen viel zu lange im Schatten der Geschichte vom Scheitern der Weimarer Demokratie. Ich finde: Wir schulden ihnen Respekt, Hochachtung und Dankbarkeit.

Das Denken und Handeln der Weimarer Demokraten wirkte über die erste Republik hinaus. Die Mütter und Väter der Bundesrepublik, von denen viele in der Weimarer Zeit geprägt worden waren, konnten nach 1945 auf deren Kenntnissen aufbauen und auch aus ihren Irrtümern lernen. In den Worten von Heinrich August Winkler: „Dass Bonn nicht Weimar wurde, verdankt es auch der Tatsache, dass es Weimar gegeben hat.“

Ich will seinen Gedanken auch für unser heutiges Berlin in Anspruch nehmen. Ja, wir leben in Zeiten, in denen die liberale De-

mokratie wieder unter Druck gerät, in denen ihre Gegner lauter und selbstbewusster werden. Aber wenn bisweilen, in raunenden Tönen, vor „Weimarer Verhältnissen“ gewarnt wird, dann weise ich das entschieden zurück. So machen wir unsere Demokratie kleiner und ihre Gegner größer, als sie sind! Und für beides besteht kein Grund.

Gerade wenn wir uns an die mutigen Frauen und Männer von damals erinnern, wenn wir ihre Erfahrungen als unseren Fundus begreifen, dann habe ich die Hoffnung: Nicht nur unsere Institutionen sind fester und wehrhafter errichtet, sondern vor allem wir als Demokraten können lernen von denen, die vor uns kamen. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind unser Erbe von diesen Müttern und Vätern – lassen Sie es uns selbstbewusst beanspruchen, und lassen Sie es uns klug und wachsam pflegen!

Am 9. November erinnern wir Deutsche an beides: an Licht und an Schatten unserer Geschichte. Dieser Tag ist ein Tag der Widersprüche, ein heller und ein dunkler Tag, ein Tag, der uns das abverlangt, was für

immer zum Blick auf die deutsche Vergangenheit gehören wird: die Ambivalenz der Erinnerung.

Vor genau 80 Jahren, in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, brannten in Deutschland die Synagogen. Jüdische Geschäfte wurden geplündert und zerstört. Hunderte Frauen und Männer wurden von Nationalsozialisten getötet, begingen Selbstmord oder starben, nachdem sie in Konzentrationslagern misshandelt worden waren. Diese Pogrome – damals für alle sichtbar – waren ein Vorbote der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden. Sie stehen für den unvergleichlichen Bruch der Zivilisation, für den Absturz Deutschlands in die Barbarei. Wir gedenken heute der Opfer des Nationalsozialismus, und wir wissen um unsere Verantwortung – eine Verantwortung, die keinen Schlusstrich kennt.

Dieser 9. November stellt uns, verdichtet in einem einzigen Datum, vor die wohl schwierigste und schmerzhafteste Frage der deutschen Geschichte: Wie konnte es sein, dass dasselbe Volk, das am 9. November 1918 den Aufbruch in demokratische Selbstbestimmung wagte; das in den Folgejahren auf so vielen Gebieten menschlichen Strebens Fortschritte feierte; das in seinen Konzertsälen Symphonien lauschte und in seinen Nachtclubs Swing tanzte;

dessen Wissenschaftler Nobelpreise gewannen; dessen Arbeiter genossenschaftliche Siedlungen bauten; dessen Künstler Traditionen über den Haufen warfen; dessen Kinofilme die Welt begeisterten – wie konnte es sein, dass dieses selbe Volk innerhalb weniger Jahre in demokratischen Wahlen den Demokratiefreunden zur Mehrheit verhalf; seine europäischen Nachbarn mit Krieg und Vernichtung überzog; wegschaute, wenn nicht gar gaffte und jubelte, wenn daheim in der eigenen Straße jüdische Nachbarn, Homosexuelle, seelisch Kranke aus ihren Häusern gezerrt wurden; abgeführt von den Schergen eines verbrecherischen Regimes – eines Regimes, das jüdische Familien in Viehwagen pferchte und Eltern mit ihren Kindern in Gaskammern schickte?

Dies bleibt die schwierigste und schmerzhafteste Frage der deutschen Geschichte.

Die Antwort kann kein Historiker-Kongress uns abnehmen. Keine historische Einordnung kann unser Herz beruhigen und erleichtern. Die Antwort ist überhaupt nicht allein mit Worten zu geben. Sondern wir können sie nur durch unser Handeln geben!

Erinnerung, die nur pflichtbewusst an Gedenktagen unsere Lippen bewegt, die aber nicht mehr unser Handeln prägt – eine solche Erinnerung erstarrt zum Ritual. Schlimmstenfalls führt sie sogar zu Ressentiments, zu Entfremdung zwischen offiziellem Gedenken und dem Lebensalltag, dem Empfinden der Bürgerinnen und Bürger, gerade der jungen Menschen, die sagen: „Was hat das denn mit mir tun?“

Verehrte Abgeordnete, liebe Gäste: In unserem Handeln müssen wir beweisen, dass wir, die Deutschen, wirklich gelernt haben, dass wir wirklich wachsam geworden sind im Angesicht unserer Geschichte! Wir müssen handeln, wo auch immer die Würde eines Anderen verletzt wird! Wir müssen gegensteuern, wenn eine Sprache des Hasses um sich greift! Wir dürfen nicht zulassen, dass einige wieder von sich behaupten, allein für das „wahre Volk“ zu sprechen, und andere ausgrenzen! Wir müssen widersprechen, wenn Gruppen zu Sündenböcken erklärt werden, wenn Menschen einer bestimmten Religion oder Hautfarbe unter Generalverdacht gestellt werden, und wir lassen nicht nach in unserem Kampf gegen den Antisemitismus! Wir müssen verhindern, dass sich die Gruppen immer mehr voreinander verschanzen. Wir müssen uns aufrufen und aufeinander zugehen! Wir

müssen dafür sorgen, dass diese Gesellschaft mit sich selbst im Gespräch bleibt.

Und – auch das: Wir müssen wieder kämpfen für den Zusammenhalt in Europa, und wir müssen streiten für eine internationale Ordnung, die angefochten wird – selbst von unseren Partnern. Denn dieser europäischen Einigung und dieser internationalen Ordnung haben wir es zu verdanken, dass wir Deutschen heute wieder ein Volk sind, das wirtschaftlich und politisch zu Kräften gekommen ist; das in seiner großen Mehrheit weltoffen und europäisch leben will; das von vielen in der Welt geachtet, ja sogar geschätzt wird; das immer noch in seinen Konzertsälen Symphonien lauscht und in seinen Nachtclubs heute vielleicht nicht mehr zu Swing, sondern zu Electro-Beats tanzt; dessen Wissenschaftler auch wieder Nobelpreise gewinnen; dessen Athleten Rekorde brechen; dessen Unternehmen und Universitäten junge Menschen aus der ganzen Welt anziehen – ja, sogar, und darüber freue ich mich ganz besonders, viele aus Israel.

Dass wir diesem großen Glück durch unser Handeln gerecht werden – das ist der wahre Auftrag dieses Tages. Er richtet sich an jeden Deutschen, weit über Gedenkstunden hinaus. Nehmen wir diese Verpflichtung an!

Berlin ist nicht Weimar und wird es nicht werden. Die Gefahren von gestern sind nicht die Gefahren von heute. Wer immer nur vor der Wiederkehr des Gleichen warnt, droht neue Herausforderungen aus den Augen zu verlieren. Aber: Erinnerung kann den Blick schärfen für neue Anfechtungen. Und die gibt es gewiss.

So wenig der Demokratie am 9. November 1918 ihr Scheitern schon vorherbestimmt war, so wenig ist heute, einhundert Jahre

später, ihr Gelingen garantiert. Wir beobachten ein wachsendes Unbehagen an der Parteiendemokratie, bis hinein in die Mitte unserer Gesellschaft. Wir erleben, wie manche die Parlamente gar nicht mehr als Orte für politische Lösungen ansehen wollen. Nicht alle diese Menschen sind Gegner der Demokratie – aber sie fehlen der Demokratie. Gerade die Geschichte der Weimarer Republik zeigt doch, wie sehr wir Bürgerinnen und Bürger brauchen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, die sich den Mühen demokratischer Politik aussetzen – weil sie an ihren Wert glauben.

Ich wünsche mir, dass heute, an ihrem 100. Geburtstag, möglichst viele Menschen in unserem Land dem Wert der parlamentarischen Demokratie nicht nur nachspüren – sondern dass sie daraus die Kraft schöpfen, den Mut fassen, sich in und für diese Demokratie zu engagieren. Denn: Mut, den braucht es dafür auch heute. Aber: Ihn zu haben, ist heute zum Glück doch so viel leichter als in der ersten deutschen Demokratie nach 1918!

Aber der Mut des Einzelnen wird nicht genügen. Wir brauchen den verbindenden Moment. Denn wir spüren doch, dass große Fliehkräfte an unserer Gesellschaft zerren, dass die Gräben tiefer werden, nicht nur die ökonomischen, sondern auch kulturelle.

Wir alle haben ein tiefes Bedürfnis nach Heimat, Zusammenhalt, Orientierung. Und dafür spielt der Blick auf die eigene Geschichte eine entscheidende Rolle. Jedes Volk sucht Sinn und Verbundenheit in seiner Geschichte – warum sollte das für uns Deutsche nicht gelten?

Wir brauchen die Erinnerung. Auch deshalb ist heute ein wichtiger Tag. Der 9. November kann Orientierung geben, ja! – aber keine Eindeutigkeit.

Man kann diese Bundesrepublik nicht begründen ohne die Katastrophe zweier Weltkriege, ohne das Menschheitsverbrechen der Shoah. Sie sind unverrückbarer Teil unserer Identität.

Aber: Die Bundesrepublik erklärt sich auch nicht allein ex negativo, nicht allein aus dem „Nie wieder!“. Man kann unser Land nicht begründen ohne die weit verzweigten Wurzeln von Demokratie- und Freiheitsbestrebungen, die es über Jahrhunderte hinweg gegeben hat und aus denen die Bundesrepublik nach 1945 auch wachsen konnte.

Ich weiß: Es ist schwer, beides im Herzen zu tragen. Aber wir dürfen es versuchen! Wir können stolz sein auf die Traditionen von Freiheit und Demokratie, ohne den Blick auf den Abgrund der Shoah zu verdrängen. Und: Wir können uns der historischen Verantwortung für den Zivilisationsbruch bewusst sein, ohne uns die Freude über das zu verweigern, was geglückt ist in unserem Land.

Ja: Wir dürfen uns diesem Land anvertrauen – auch wenn, oder gerade weil beides in ihm steckt. Denn wir nehmen uns beides zu Herzen. Das ist der Kern eines aufgeklärten Patriotismus. Es geht ihm weder um Lorbeerkränze noch um Dornenkronen. Er ist niemals laut und auftrumpfend – er ist ein Patriotismus mit leisen Tönen und gemischten Gefühlen.

Fortsetzung auf nächster Seite

Wir beobachten ein wachsendes Unbehagen an der Parteiendemokratie.

Wir müssen handeln, wo auch immer die Würde eines Anderen verletzt wird.



Revolution 1918/1919: Revolutionäre Matrosen und Zivilisten demonstrieren am 9. November 1918 am Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor in Berlin.

© picture-alliance/Berliner Verlag/Archiv

Manche mögen das als eine Schwäche ansehen – ganz besonders die, die einen neuen, aggressiven Nationalismus schüren. Ich empfinde das genaue Gegenteil. Der Nationalismus vergoldet die eigene Vergangenheit, er suhlt sich im Triumph über andere. Der Nationalismus, auch der neue, beschwört die heile alte Welt, die es niemals gegeben hat.

Ein demokratischer Patriotismus aber ist kein wohliges Ruhekitzen, sondern ein beständiger Ansporn. Ein Ansporn für alle, die nicht sagen: ‚Die beste Zeit liegt hinter uns‘, sondern die sagen: ‚Wir wollen und wir können die Zukunft besser machen‘. Das ist die Zuversicht von Demokraten – und das sollte unsere Haltung sein!

Zuversicht haben die Frauen und Männer bewiesen, die uns auf

dem langen Weg zu Einigkeit und Recht und Freiheit in unserem Land vorangegangen sind. Die Vorkämpfer zur Zeit der Französischen Revolution, in der sehr kurzlebigen Mainzer Republik etwa, und im liberalen Vormärz, während der Revolution von 1848 und in der Frankfurter Paulskirche, deren Geist nicht nur die Weimarer Verfassung durchzieht, sondern auch unser heutiges Grundgesetz.

Und wenn wir genau hinschauen, dann entdecken wir noch frühere Anfänge von Selbstbestimmung und Gewaltenteilung, Anfänge, die bis ins Mittelalter zurückreichen, zum Stolz der Freien Reichs- oder Hansestädte etwa, zu

den Freiheitsforderungen der deutschen Bauern, oder zur alten Reichsverfassung, von der sich sogar – das wird Sie überraschen – amerikanische Verfassungsväter inspirieren ließen.

Wir erinnern auch an diejenigen, die im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, im Exil und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus für Freiheit und Demokratie kämpften und von denen nicht wenige ihr Leben ließen.

Und vor allem denken wir heute an die Frauen und Männer, die im Herbst 1989 auf die Straßen strömten – in Leipzig, Dresden, Plauen und Chemnitz, in Berlin, Potsdam, Halle und Magdeburg,

in Arnstadt, Rostock und Schwerin. Sie haben den Weg zur Wiedervereinigung unseres Landes bereitet. Ohne ihre Friedliche Revolution, ohne ihren Mut und Freiheitswillen hätte es ihn nicht gegeben: den Fall der Mauer, jenen glücklichsten 9. November in unserer Geschichte. Auch daran erinnern wir heute in Dankbarkeit.

All diese Frauen und Männer haben nach und nach errungen, wovon die Deutschen lange Zeit nur träumen konnten: ein freies, vereintes, demokratisches Deutschland. Zu viele von ihnen sind heute vergessen. Ich wünsche mir, dass wir mehr Aufmerksamkeit, mehr Herzblut und, ja, gern auch mehr finanzielle Mittel den Orten und den Protagonisten unserer Demokratiegeschichte widmen. Für das Selbstverständnis unserer Republik sollten wir mehr

investieren als nur in die Grablege von Königen oder die Schlösser von Fürsten!

Wir alle, die wir uns zur Demokratie bekennen, die Millionen, die sich Tag um Tag für dieses Land engagieren, sie alle stehen in dieser Tradition. Sie zeigen durch tägliches Beispiel: Ein demokratischer Patriotismus ist keine Abstraktion und keine Kopfgeburt. Das Engagement dieser Bürgerinnen und Bürger entspringt doch nicht allein aus kühlem Verstand oder Berechnung, sondern bei den allermeisten aus tiefstem Herzen. Also: Trauen wir uns doch! Trauen wir uns, die Hoffnung, die republikanische Leidenschaft jener Novembertage auch in unserer Zeit zu zeigen. Trauen wir uns, den Anspruch zu erneuern: Es lebe die deutsche Republik! Es lebe unsere Demokratie!-

Demokratischer Patriotismus ist keine Abstraktion und keine Kopfgeburt.

Debatte zum Gesetzentwurf zur gesetzlichen Rentenversicherung / 61. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 8. November 2018

Andrea Nahles, SPD:

Richtungswechsel durch die Rentenreform



Andrea Nahles (*1970)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Auch in dieser Woche verabschieden SPD und CDU/CSU konkrete Gesetze, die für mehr Gerechtigkeit und für mehr Zusammenhalt in Deutschland sorgen werden. Wir erhöhen das Kindergeld um 10 Euro. Wir verabschieden eine Pflegereform, auf deren Grundlage deutlich mehr Pflegekräfte eingestellt werden und die Pflegekräfte insgesamt besser bezahlt werden. Wir schaffen Arbeitsplätze für Mitbürgerinnen und Mitbürger, die schon sehr lange arbeitslos sind. Und wir sichern die Rente auf dem jetzigen Niveau. Diese Regierung liefert.

Mit der heutigen Rentenreform vollziehen wir einen grundsätzlichen Richtungswechsel. Die alte Rentenformel sah vor, dass die

Rente geringer steigt als die Löhne. Die neue Rentenformel stellt sicher: Die Renten steigen wie die Löhne. Wir sichern damit ein Rentenniveau auf dem heutigen Level. Das ist wirklich eine sehr entscheidende Weichenstellung. Zusätzliche Vorsorge über Betriebsrenten oder privat ist eine gute Sache – wenn sie eben ergänzend gedacht ist, nicht ersetzend. Das ist der entscheidende Punkt für uns. Denn die gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt die zentrale Säule im deutschen Rentensystem.

Die Rentenreform folgt einem einfachen Prinzip: Wer ein Leben lang arbeitet, der verdient auch einen anständigen Lebensabend, der verdient eine Rente, von der er auch leben kann. Ich betone: Ich benutze den Begriff „verdient“ bewusst. Denn die Rente ist kein Almosen, und sie ist auch kein Luxus. Die Rente ist der gesellschaftliche Lohn für ein Leben voller Arbeit. Für die Mehrheit der Bevölkerung ist übrigens die gesetzliche Rente ihr größtes Vermögen. Sie bleibt die sicherste Form der Altersversorgung.

Uns ist die Stärkung der umlagefinanzierten Rente ja auch des-

wegen so wichtig, weil die Systeme, die vor allem auf private Absicherung ausgerichtet waren, letztendlich alle in der Finanzkrise deutlich gestrauchelt sind. Das ist ganz eindeutig der Fall gewesen.

Im Gegensatz zu den privaten steht die gesetzliche Rente blendend da. Würde man aus Beiträgen und Rentenansprüchen in der gesetzlichen Rente die Rendite berechnen, ergäbe sich ein stabiler Ertrag von 2 bis 3 Prozent pro Jahr, verlässlich und frei von Schwankungen. Das ist auf dem Kapitalmarkt momentan nicht zu kriegen, um es sehr deutlich zu sagen. Die umlagefinanzierte Rente ist deswegen der kapitalgedeckten überlegen.

Ich spreche jetzt in diesem Hohen Haus auch etwas aus, was vielleicht nicht alle gerne hören: Entweder wir sichern heute das Rentenniveau auf dem jetzigen Stand bis zum Jahr 2025 und nach dem Willen der SPD auch weiter darüber hinaus, oder wir lassen zu, dass die Renten immer weiter sinken und entwertet werden.

Wenn wir das aber zulassen, muss die junge Generation einem solchen System irgendwann das

Vertrauen entziehen. Denn warum sollte ausgerechnet die junge Generation jahrzehntelang Beiträge zahlen, wenn sie am Ende keine Sicherheit darüber hat, was sie rausbekommt? Das ist doch Unsinn. Deswegen ist aus meiner Sicht die Sicherung des Rentenniveaus in diesem System auch wichtig im Sinne der Generationengerechtigkeit. Ein garantiertes Rentenniveau schafft für die junge Generation nämlich die Sicherheit, dass sie sich eben am Ende auch auf dieses System der gesetzlichen Rentenversicherung verlassen kann.

Jetzt sagen manche, das sei nicht finanzierbar. Das ist ein ziemlich scheinheiliges Argument. Denn niemand wird ja wohl bestreiten, dass das Geld für eine auskömmliche Rente im Jahre, sagen wir, 2040 auch immer irgendwo herkommen muss. Die einzige Frage ist doch: Was ist der beste und der gerechteste Weg, dies dann zu finanzieren? Soll die heutige Arbeitnehmergeneration sowohl die Renten von heute finanzieren und gleichzeitig privat noch die eigene Rente aufstocken? Damit würden viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer komplett überfordert. Oder soll auch die heutige Arbeitnehmergeneration sich darauf verlassen können, dass auch sie im Alter eine von ihren Kindern und dann auch durch zusätzliche Steuermittel finanzierte Rente bekommt? Die Frage ist doch nicht, ob, sondern die Frage

ist, wie wir die Renten und die Garantie eines Rentenniveaus in Zukunft finanzieren. Darüber lohnt sich jeder Streit; gar keine Frage.

Das, was wir heute beschließen, ist finanziert. Bis 2025 ist das Rentenniveau klar gesichert. Wir steigen darüber hinaus in die Bildung einer Demografierücklage ein. Damit schaffen wir die Voraussetzung, um den Steueranteil zur Finanzierung der Rentenversicherung systematisch auf- und ausbauen zu können. Das wird wahrscheinlich auch der Weg der Zukunft sein. Darüber wird aber in der Rentenkommision noch weiter diskutiert werden.

Wenn es aber etwas gibt, was wir klären müssen, dann ist das doch die Frage: Wollen wir in Zukunft wirklich auf die gesetzliche Rentenversicherung als wesentliche Säule unseres Rentensystems setzen, ja oder nein? Einen Weg zur Finanzierung werden wir in einem reichen Land wie Deutschland sicherlich finden, und zwar einen gerechten, wenn es nach der SPD geht.

Letzter Satz: Wenn es also einen Gradmesser für die soziale Sicherheit in Deutschland gibt, dann ist das aus meiner Sicht eine gute Alterssicherung. Für eine gute Altersversorgung sorgen wir mit diesem Rentenpaket heute und jetzt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Entweder wir sichern das Rentenniveau oder wir lassen zu, dass die Renten sinken.

Die Rente ist der gesellschaftliche Lohn für ein Leben voller Arbeit.

Ulrike Schielke-Ziesing, AfD:

Zukunft der gesetzlichen Rente ist ungewiss



Ulrike Schielke-Ziesing (*1969)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Ab heute Mittag werden wir im Haushaltsausschuss in einer Bereinigungssitzung den Haushaltsplan für das Jahr 2019 abschließend beraten, der dann erwartungsgemäß in den frühen Morgenstunden mit den Stimmen der kleinen Koalition beschlossen werden wird. Ich besitze zwar keine funktionstüchtige Glaskugel, bin mir aber sicher, dass wir auch in diesem Jahr wie-

der eine schwarze Null erreichen werden.

Diese schwarze Null ist auch ein Verdienst des Ministers Heil, der das Kunststück vollbrachte, zwar einiges zu beschließen, aber keinen Cent dafür aus seinem eigenen Haushalt dazuzugeben. Mütterrente II, Aufwertung der Beiträge von Geringverdienern und Erhöhung der Zurechnungszeiten bei Erwerbsminderungsrenten machen im Jahr 2019 rund 4,2 Milliarden Euro aus. Dies alles sind versicherungsfremde Leistungen und sollten daher aus Steuermitteln gezahlt werden – werden sie aber nicht. Die Kosten dafür müssen die gesetzlich Versicherten und Rentner alleine übernehmen.

Am Montag hatten wir im Ausschuss für Arbeit und Soziales eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf. Die geladenen Experten waren einhellig der Meinung, dass es falsch sei, die entstehenden Mehrausgaben der neu geplanten Maßnahmen aus Beitrags- und nicht

aus Steuermitteln zu finanzieren. Es handelt sich hier um gesellschaftspolitische Aufgaben, für die keine Beiträge gezahlt worden sind und die auch Personen begünstigen, die nicht zum Kreis der Beitragszahler gehören. Daher muss die Finanzierung dieser Maßnahmen aus Steuermitteln erfolgen. Da nützt es dem BMAS auch recht wenig, eine rund 1 Million Euro teure PR-Kampagne durchzuführen, die den Rentenpakt in ein besseres Licht stellen soll. Schlecht durchdachte Maßnahmen kann man zwar schön verpacken, es bleiben jedoch schlecht durchdachte Maßnahmen.

Bei den 4,2 Milliarden Euro reden wir nur über die neu hinzugekommenen versicherungsfremden Leistungen. Von den anderen Leistungen reden wir hier noch gar nicht. Bereits bei der ersten Lesung bemängelte ich den Aufwuchs an versicherungsfremden Leistungen, die die gesetzliche Rentenversiche-

rung enorm belasten. Im Haushaltsausschuss sagten Sie mir sinngemäß, Herr Minister Heil, es sei schwierig, versicherungsfremde Leistungen zu bestimmen, und diese würden sich im Laufe der Zeit ändern. Warum machen Sie denn nicht den ersten Schritt und erstellen in Zusammenarbeit mit der gesetzlichen Rentenversicherung einen Katalog, in dem die versicherungsfremden Leistungen definiert werden? Selbstverständlich könnte ein solcher Katalog in bestimmten Abständen aktualisiert werden. Aber dann hätten Sie endlich mal eine Übersicht darüber, welche belastende Wirkung Ihre politischen Geschenke auf die Rentner und auf die Beitragszahler haben.

Ich komme aus Mecklenburg-Vorpommern, und ich kann Ihnen sagen, dass die Menschen dort den Glauben an die Politik der SPD aus gutem Grund verlieren. Die Rentenhöhe sinkt, und die Preise für Miete sowie Lebensunterhalt steigen, und die Zukunft der gesetzlichen Rente ist unter den derzeitigen Bedingungen ungewiss. Gerade jetzt, in dieser wirtschaft-

lich starken Phase, wäre eine Korrektur der jahrzehntelangen Eingriffe in die gesetzliche Rentenversicherung möglich. Daher fordere ich Sie, Herr Minister Heil, auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und die versicherungsfremden Leistungen aus Steuermitteln zu finanzieren, damit die gesetzliche Rentenversicherung zukunftssicher bleibt.

Die Erziehung von Kindern ist Grundvoraussetzung für den Generationenvertrag. Die Zeiten der Kindererziehung sollten daher unsere besondere Anerkennung erhalten, und durch

einen Freistellungsbetrag bei der Anrechnung auf die Grundsicherung im Alter sollte gezielt die Altersarmut in dieser Personengruppe bekämpft werden. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, möglichst zeitnah einen Gesetzentwurf für die Änderung des SGB XII vorzulegen, der eine angemessene Anrechnungsfreistellung für die Mütterrente vorsieht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Schlecht durchdachte Maßnahmen bleiben schlecht durchdachte Maßnahmen.

Hermann Gröhe, CDU/CSU:

Gesetzliche Rentenversicherung ist ein starkes Stück Sozialstaat



Hermann Gröhe (*1961)
Wahlkreis Neuss I

Heute ist ein starker Tag für die gesetzliche Rentenversicherung, weil wir sie zielgerichtet und mit Augenmaß klug weiterentwickeln und damit Solidarität und Gerechtigkeit in diesem Land stärken. Wir tun dies auf einer guten Grundlage, denn die deutsche Rentenversicherung steht gut da: Wir erwarten im nächsten Jahr deutliche Rentenerhöhungen. Wir haben prall gefüllte Rentenkassen. Wir werden am Ende des Jahres voraussichtlich mit einer Steigerung der Beitrags-

einnahmen von 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr rechnen können. Wir konnten in den letzten Jahren übrigens auch einen leichten Anstieg des Rentenniveaus beobachten. Die gesetzliche Rentenversicherung ist ein starkes Stück Sozialstaat.

Ich erlaube mir angesichts so mancher Bemerkung den Hinweis: Diese gesetzliche Rentenversicherung verdankt ihre wesentliche Gestalt der Rentenreform Konrad Adenauers. Ein starkes Stück deutscher Sozialstaat made by CDU! Meine Damen, meine Herren, so einfach ist das, und darauf sind wir stolz.

Nun geht es um eine kluge Weiterentwicklung. Da warne ich vor Alarmismus in zwei Richtungen, einmal vor der Behauptung, das alles sei unfinanzierbar. Wenn die Wirkung eines Gesetzes, das bis 2025 ausgerichtet ist, in manchen Medien bis 2060 dargestellt wird und damit der Eindruck erweckt wird, die so addierten Belastungen müsse man einem heutigen Haushaltsvolumen gegenüberstellen, dann ist dies alles andere als seri-

ös. Und übrigens, solche Unkenrufe gab es schon 1957. Es wurde behauptet, dass eine baldige Unfinanzierbarkeit das ganze Werk Adenauers gefährden werde. Unsinn!

Ich warne aber auch – das sage ich deutlich – vor einer anderen Richtung des Alarmismus, nämlich vor der Behauptung, als ob es unter der Wirkung der gesetzlichen Rentenversicherung gleichsam so etwas wie eine nahezu flächendeckende Altersarmut gäbe. Wenn ungefähr 3 Prozent der Menschen über 65 eine ergänzende Grundsicherung oder Grundsicherung brauchen, dann zeigt das, dass das Rentensystem funktioniert.

Das zeigt uns aber auch, dass wir uns gezielt um diese Menschen kümmern müssen. Das tun wir beispielsweise, wenn wir uns heute Nachmittag mit Langzeitarbeitslosigkeit als einer der wesent-

lichen Ursachen für Altersarmut beschäftigen werden; das tun wir, wenn wir uns im Rahmen des nächsten Rentenpakts mit der Situation kleiner Selbstständiger beschäftigen werden.

Wir dürfen also nicht das Rentensystem insgesamt schlechtreden aus fragwürdigem Alarmismus von der einen oder anderen Seite, sondern müssen gezielt dort ansetzen, wo wir Verbesserungen brauchen. Und das tun wir. Ich nenne hier als Erstes die Erwerbsminderungsrente. Wenn wir aufgrund der Altersentwicklung der Gesellschaft in den nächsten Jahren bis 2031 das Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre erhöhen – das ist richtig; wir bejahen

das –, dann wird es trotz aller Anstrengungen im Bereich Reha, wo wir besser werden müssen, und im Bereich betrieblicher Gesundheitsförderung, wo wir besser werden müssen, sicherlich auch Menschen geben, die aus gesund-

heitlichen Gründen nicht so lange arbeiten können. Wenn sich dann die Berechnung für die Erwerbsminderungsrente am steigenden Renteneintrittsalter ausrichtet, dann stärken wir die Solidarität in der Rentenversicherung und unterstützen Menschen, die nicht län-

ger arbeiten können. Ein gutes Stück mehr Solidarität!

Wir freuen uns des Weiteren zusammen mit 10 Millionen Müttern und Vätern über die Verbesserung bei der Mütterrente, meine Damen, meine Herren. Für uns besteht der Generationenvertrag nicht aus dem Hin- und Herschieben von Finanzleistungen, sondern aus dem Füreinandereinstehen der Generationen. Ein Generationenvertrag lebt nur, weil Millionen Mütter und Väter die Mühen des Aufziehens und der Ausbildung von Kindern auf sich nehmen. Dies verdient mehr Anerkennung, auch in der Rente. Das setzen wir heute durch, meine Damen, meine Herren.

Weil eben wieder die alten Schlachten rund um das Thema „versicherungsfremde Leistungen“ geschlagen wurden, möchte ich hier sagen: Klar ist doch, dass der Steuerzuschuss längst auch die Funktion der Beitragsstabilisierung hat, längst auch sozialen Ausgleich befördert und heute schon über den sogenannten versicherungsfremden Leistungen liegt. Insofern werden da immer wieder Schlachten der Vergangenheit geschlagen.

Wir entlasten Menschen mit einem Einkommen von unter 1 300 Euro im Monat, ohne ihre Renten-

Fortsetzung auf nächster Seite

Der Generationenvertrag besteht aus dem Füreinandereinstehen der Generationen.

anwartschaft zu kürzen. Also: Jene Bezieher geringer Einkommen, die von Steuerentlastungen nichts haben, werden bei den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet.

Natürlich sind auch die beiden Haltelinien ein Ausdruck dafür, dass wir bis 2025 – ich sage auch gleich was zurzeit danach – die faire Balance zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern, also zwischen Generationen, sichern. Auch da gibt es einen falschen Alarmismus. Die Zahlen von heute zeigen, dass es eines erhöhten Bundeszuschusses voraussichtlich erstmalig überhaupt im Jahr 2025 bedürfen wird und dieser dann unter der bis dahin angesparten Demografiereserve liegen wird. Wer das für unseriös finan-

ziert hält, der sollte einfach mal in die Zahlen schauen.

Zur Situation nach 2025 sage ich: Das Grundprinzip, das uns bis dahin leitet, muss uns natürlich auch danach leiten. Es geht um Generationengerechtigkeit. Es geht darum, auskömmliche Sicherheit im Alter mit dem Schutz der jungen Generation und der Wirtschaftskraft unseres Landes vor Überforderung zu verbinden. Das wird keine leichte Aufgabe für die Zukunft; ansonsten hätte es keine Rentenkommission gegeben.

Ich bin Minister Heil sehr dank-

bar, dass er beim Zusammentreten dieser Kommission ausdrücklich vor Denkverboten gewarnt hat.

Eine Fixierung allein auf das gesetzliche Rentenniveau ist irreführend.

Das Ziel einer fairen Balance zwischen den Generationen ist ja, wie ich denke, zwischen uns unstrittig. Von daher geht es um die Frage, welcher kluge Maßnahmenmix dies am besten gewährleistet. Dabei bleibt die gesetzliche Rentenversicherung ein zentraler Bestandteil. Genauso ist aber Tatsache, dass heute schon fast 60 Prozent der Rentnerinnen und Rentner eine betriebliche Altersversicherung haben, dass wir

in der privaten Alterssicherung zwar nicht da sind, wo wir sein wollten, aber viel besser sind, als oft gesagt wird. Deswegen wird für uns im Hinblick auf das Alterssicherungsniveau der Blick auf alle drei Säulen und auch eine bessere Information über die Versorgung in den drei Säulen zentral sein müssen; denn es geht ja darum, dass die Menschen ihre gesamte Alterssicherung im Blick haben.

Ich will mir doch die Bemerkung erlauben: Eine Fixierung allein auf das gesetzliche Rentenniveau ist deswegen schon irreführend – das wissen alle Experten –, weil die Bezugnahme auf das Durchschnittsgehalt etwa mit sich gebracht hat, dass während der Finanzmarktkrise 2009/2010, als die

Löhne nach unten gingen, das Rentenniveau durch die 50-Prozent-Decke schoss, ohne dass irgendeine Rentnerin oder ein Rentner einen Cent mehr hatte. Insofern muss da schon etwas genauer hingeschaut werden. Ich glaube, wir haben dazu in der Rentenkommission eine gute Gelegenheit.

Heute jedenfalls gehen wir einen ganz wichtigen Schritt hin zur Zukunftsfestigkeit unserer gesetzlichen Rente.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Johannes Vogel, FDP:

Wir brauchen Reserven aus dem Topf der Beitragszahler auf



Johannes Vogel (*1982)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wir beraten heute in abschließender Lesung ein Rentenpaket der Großen Koalition, dessen Gesamtcharakter klar ist. Da will ich zitieren: „sehr bedenklich ... teuer, ungerecht und kurzfristig ... keine nennenswerten Auswirkungen auf das Risiko steigender Altersarmut, für das es weit zielgenauere Lö-

sungen gibt“. – „Es wird ein zentraler Mechanismus der Rentenreform von 2004 außer Kraft gesetzt, nämlich der Nachhaltigkeitsfaktor ...“ – Die „Tragfähigkeit der Rentenversicherung“ wird „aufs Spiel gesetzt.“ – Das sind Zitate aus der Expertenanhörung von Montag. Nicht von irgendwem, sondern von Mitgliedern Ihrer eigenen Rentenkommission, und unter anderem von dem Wissenschaftler, der für das Bundesfinanzministerium die Tragfähigkeitsberechnung für die gesetzliche Rentenversicherung macht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist unverantwortlich. Deshalb ist dieses Rentenpaket falsch.

Halten wir noch mal fest, was Sie hier machen. Erstens. Rund 90 Prozent der Ausgaben dieses Rentenpakets helfen eben nicht zielgerichtet gegen Altersarmut.

Zweitens. Sie manipulieren die Rentenformel und kündigen da-

mit den Konsens auf, dass die Lasten des demografischen Wandels fair über die Generationen verteilt werden sollen.

Drittens. Sie können nicht erklären, wie das langfristig finanziert werden soll.

Es ist ja grotesk, liebe Kollegin Nahles, zur Finanzierung zu sagen, das sei alles gesichert. Kurzfristig greifen Sie einfach in den Topf der Beitragszahler und brauchen die Reserve auf, die dort vorhanden ist. Langfristig, gerade weil Sie mit der Gießkanne das Geld ausschütten, werden die Kosten explodieren. Halten wir doch mal fest: 2030 sind wir schon bei Gesamtkosten von einer Viertelbillion Euro durch dieses Paket. Das sagen nicht wir, sondern das sagt die Deutsche Rentenversicherung höchst selbst. Alleine 2035 wären das 80 Milliarden Euro zusätzlich im Jahr.

Soll der Beitragssatz für die Jüngeren explodieren? Setzen Sie auf wundersame Brotvermehrung? Sollen alle Bürger bis 70 arbeiten? Wollen Sie die Steuern erhöhen? Das wären 2035 schon zusätzlich 6 Prozentpunkte Mehrwertsteuer. Liebe Kolleginnen und Kollegen, exakt diese Fragen haben wir Ihnen von Anfang an gestellt. Heute beraten wir das Rentenpaket in dritter Lösung – in dritter Lesung, und Sie bleiben immer noch jede Antwort schuldig. Das ist unverantwortlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die sich auf die langfristige Stabilität der Rente verlassen können müssen.

2030 sind wir bei Gesamtkosten von einer Viertelbillion Euro durch dieses Paket.

Bei einer dynamischen, umlagefinanzierten Rente kann man entweder dafür sorgen, dass die Renten in dem Maße wie die Löhne steigen – eins zu eins –, oder man kümmert sich darum, dass man die Folgen der Alterung der Gesellschaft in den Griff bekommt. Beides gleichzeitig geht nicht. Dasselbe Geld kann man nicht zweimal ausgeben.

Von der Bundesregierung – anders als von der Linkspartei – würde ich mehr erwarten als eine Milchmädchenrechnung, wenn es in der Politik um die langfristige Finanzierung von Renten geht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der Linkspartei können wir das ja noch durchgehen lassen, aber die Große Koalition müsste schon den Anspruch haben, eine Politik zu machen, die in Jahrzehnten denkt, nicht in Legislaturperioden. Leider tun Sie das Gegenteil.

Dabei hätten wir doch solche Chancen. Wir könnten gemeinsam auf die Rentenpolitik die 2000er-Jahre aufbauen, anstatt diese rückabzuwickeln. Lassen Sie uns doch dafür sorgen, dass wir gezielt gegen Altersarmut vorgehen, sodass jemand, der lange gearbeitet hat, sicher nicht aufs Sozialamt muss. Davon steht im Rentenpaket aber nichts drin. Lassen Sie uns die kapitalgedeckte Vorsorge endlich besser machen, wie uns die Schweiz, die Niederlande und Schweden das erfolgreich vormachen. Lassen Sie uns endlich einen flexiblen Renteneintritt einführen, wie die Skandinavier uns das erfolgreich vormachen. Das wäre moderne Rentenpolitik.

Lassen Sie uns endlich einen flexiblen Renteneintritt einführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen Koalition, Sie haben sich offenbar für einen entgegengesetzten Weg entschieden, und das erfüllt uns ernsthaft mit großer Sorge. Aber man muss zur Kenntnis nehmen, was offenbar die Motivation dahinter ist, nämlich eine parteipolitische. Leider ist es aber auch eine kurzsichtige.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie haben sich offenbar entschieden, die Linkspartei – Klaus Ernst und Kollegen – einholen zu wollen. Ich verrät Ihnen was: Diesen Überbietungswettbewerb werden Sie ohnehin niemals gewinnen können, wenn Sie verantwortungsvolle Politik machen wollen. Kehren Sie lieber um!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, alle drei Kandidaten für den Parteivorsitz der CDU haben sich kritisch zu Ihrer Rentenpolitik eingelassen. Friedrich Merz sagt, dass die Politik nicht länger zulasten der jungen Generation gehen darf. Jens Spahn fragt, wann wir uns endlich ehrlich machen in der Rentenpolitik. Annegret Kramp-Karrenbauer lässt sich kritisch ein zum Rentenvorstoß von Olaf Scholz, dessen Grundlagen Sie aber heute ins Gesetz schreiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, lieber Paul Ziemiak und die Jüngeren, lieber Ralph Brinkhaus, lieber Carsten Linneemann und diejenigen, die für wirtschaftliche Vernunft stehen wollen, lieber Jens Spahn ganz persönlich:

Heute ist die Chance, dass Sie sich ehrlich machen. Das hieße aber, dieses Rentenpaket abzulehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)



Das Rentenpaket helfe nicht zielgerichtet gegen Altersarmut, sagte Johannes Vogel (FDP).
© picture-alliance/dpa Themendienst/Mascha Brichta

Matthias W. Birkwald, Die Linke:

Wirtschaftswachstum und Produktivität fair verteilen



Matthias W. Birkwald (*1961)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Herr Vogel, mit der Rede haben Sie gezeigt, dass die FDP im Interesse der Beschäftigten, der Jungen, der Mittelalten und der Rentnerinnen und Rentner wirklich niemals Verantwortung für die Alterssicherung in diesem Lande haben sollte.

Die „FAZ“ meldete gestern – Zitat –: „Koalition lässt Beitragssenkung ausfallen. Der Rentenbeitrag könnte auf 18,2 Prozent sinken – doch das Rentenpaket verhindert diese Entlastung“.

In der „Bild“-Zeitung hieß es: „Experte warnt vor Renten-Sauerei. Mit den GroKo-Plänen müssen wir bis 72 arbeiten!“

Dieser angebliche Experte – das war Ihr Experte – heißt Professor Börsch-Supan. Er steht der Versicherungswirtschaft und den Arbeitgebern sehr nahe, und er betreibt Angstmache, die mit dem Rentenpaket, über das wir hier heute diskutieren, in Wirklichkeit nichts zu tun hat. In eine Glaskugel zu schauen, um zu erfahren, was bis 2060 sein wird, und dann Milliardenhorrorzahlen zu verbreiten, ist unseriös. Darauf sollten wir alle nicht hereinfallen. Es reicht, wenn Herr Vogel, die FDP und Teile der Union das tun.

Meine Damen und Herren, andersherum wird ein Schuh daraus. Bei der Rente geht es um die Wertschätzung von Lebensleistung. Das heißt unter anderem: Bei der Rente geht es erstens darum, dass Menschen nach einem langen Arbeitsleben ein Leben in Würde führen können und nicht in Armut leben müssen.

Wir haben einen demografischen Wandel – den leugnet auch Die Linke nicht –; aber der demografische Wandel ist kein Grund dafür, den Menschen die Renten zu kürzen, sofern man es richtig macht. Als Bismarck im Jahre 1889/90 die Rentenversicherung eingeführt hat, waren 10,2 Menschen im Alter von 20 bis 65 Jahren für die Finanzierung eines

Rentners oder einer Rentnerin zuständig. Im Jahr 1916 wurde die Regelaltersgrenze bei 65 Jahren eingeführt. Da waren immer noch 10 für einen Rentner zuständig. Bei der von Herrn Gröhe eben angeführten Einführung der dynamischen Rentenversicherung durch Konrad Adenauer waren es 5,2. Das heißt, wir haben von 1889/90 bis 1957 einen riesigen demografischen Wandel gehabt. Trotzdem lag die Regelaltersgrenze bei 65 Jahren. Heute sind wir bei 2,9 und im Jahr 2060 werden wir bei 1,7 sein. Sie müssen aber festhalten, dass wir in den 70er- und 80er-Jahren keine Arbeitszeitverlängerungen hatten, sondern Arbeitszeitverkürzungen, trotz demografischen Wandels, und wir hatten damals sogar Lohnsteigerungen. Die Älteren erinnern sich noch an Herrn Heinz von der Gewerkschaft ÖTV; der war doppelt so dick wie ich. Er hat Lohnerhöhungen von 13 Prozent gefordert. 10 Prozent hat er bekommen mit der entsprechenden Rentenerhöhung.

Das heißt, wenn wir die Produktivität und das Wirtschaftswachstum fair verteilen und die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber endlich wieder ihren fairen Anteil an der Altersversicherung bezahlen, dann können wir das finanzieren.

Ich sage Ihnen: Professor Börsch-Supan rechnet mit einem Altenquotienten von 20 bis 65. Leider haben aber alle in diesem Haus, außer der Linken, die unsägliche Rente erst ab 67 beschlossen. Dann muss man die zwei Jahre Beschäftigungszeit mehr aber auch den Erwerbstätigen zurechnen. Das tut er aber nicht. Deswegen ist das unseriös. Und mit einem Wanderungssaldo von 200 000 zu rechnen – nach den vergangenen drei Jahren auf die nächsten 40 Jahre – ist auch unseriös.

Damit ich hier nicht übertreibe, Herr Präsident, sage ich ganz zum Schluss: Sie können ja alle einmal den Test machen. Rechnen Sie sich einmal geistig ins Jahr 1976 zurück, und überlegen Sie, was man damals für heute voraussagen konnte und was nicht. Genau so wäre es, wenn man heute ins Jahr 2060 guckt. Ich sage Ihnen: Eine gute Rente ist finanzierbar, wenn wir es richtig anfassen. Bei der Rente geht es zweitens darum, dass Menschen im Alter ihren im Berufsleben erarbeiteten Lebensstandard in etwa halten können.

Bei der Rente geht es drittens darum, dass Frauen und Männer,

die Kinder erziehen, für diese Leistung in den ersten drei Lebensjahren des Kindes so viel Rente erhalten müssen, als wenn sie in dieser Zeit durchschnittlich verdient hätten – in gleicher Höhe in Ost und West und egal, wann die Kinder geboren wurden. Ich sage: Die Erziehungsleistung der vielen Frauen und der wenigen Männer muss uns das wert sein.

Bei der Rente geht es viertens darum, dass Menschen, die zu krank zum Arbeiten sind, in der Rente so gestellt werden, als wenn sie bis zu ihrem 65. Geburtstag gesund durchgearbeitet hätten. Kranke dürfen nicht mit Abschlägen, also mit Rentenkürzungen für ihren unfreiwilligen Renteneintritt bestraft werden. Fünftens benötigen Menschen, die in unserem Land gezwungen waren, zu geringen oder zu niedrigen Löhnen zu arbeiten, einen guten Ausgleich in der Rente.

Ja, das alles kostet Geld, Geld der Arbeitnehmenden, Geld der Arbeitgebenden und Geld der Steuerzahlenden. Wenn alle bereit sind, ihren fairen Anteil zu zahlen, ist das finanzierbar. Ich habe es Ihnen ja gerade zum Teil vorgerechnet. Alle fünf Punkte sind derzeit nur Forderungen der Linken, der Sozialverbände und der Gewerkschaften. Aber, sehr geehrter Herr Bundesminister Hubertus Heil, ich erkenne ausdrücklich an, dass Sie sich auf den Weg gemacht haben. Sie haben bei vier von fünf Punkten mit diesem Gesetzent-

wurf immerhin die halbe Wegstrecke geschafft. Gut so. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von Union und SPD, Sie stoppen mit dem Rentenpaket nur den Sinkflug des Rentenniveaus, und das auch nur bis 2025. Das ist zu wenig. Um den Lebensstandard im Alter zu sichern, brauchen wir wieder ein höheres Rentenniveau. Gewerkschaften und Sozialverbände sehen das auch so. Der Sozialverband Deutschland und wir Linken fordern 53 Prozent Rentenniveau. Eine Standardrentnerin hätte dann 122 Euro mehr. Das ist finanzierbar, auch im Jahr 2030.

Zur sogenannten Mütterrente. Die Leistung, ein vor 1992 geborenes Kind zu erziehen, ist genauso viel wert wie die Leistung, ein nach 1992 geborenes Kind zu erziehen. Dazu bräuchte es aber drei Entgeltpunkte und nicht zweieinhalb, also 96 Euro Rente für jedes Kind und nicht nur 80 Euro für die älteren. Und die Mütterrente muss komplett aus Steuermitteln finanziert werden. Kindererziehung geht uns alle an. Das fordern der Bundesrat und wirklich alle Fachleute. Also machen Sie es bitte!

Und sorgen Sie unbedingt dafür, dass Adoptiv- und Pflegeeltern auch wirklich Mütterrente erhalten. Das tun Sie mit diesem Gesetz nämlich nur sehr bedingt. Zur Not sollen die leibliche Mutter und die Adoptivmutter eben beide die Mütterrente erhalten. Das ist nicht linksradikal, nein, das hat der Bundesrat gefordert. Also tun Sie es bitte!

Zur Erwerbsminderungsrente. Sie heben nun die Zurechnungszeit in einem Schritt bis zur Regelaltersgrenze an. Im vergangenen Jahr hatten Sie das noch über sieben Jahre gestreckt. Ich hatte das scharf kritisiert, weil Erwerbsmin-

derungsrentner mit monatlich nur knapp 5 Euro mehr im ersten Jahr abgespeist wurden. Darum hat Die Linke sofort nach der Bundestagswahl einen Antrag eingebracht, um die Zurechnungszeit in einem Rutsch bis 65 anzuheben. Das tun Sie nun. Gut. Wenn die Menschen in Zukunft 70 Euro netto mehr im Monat haben, sage ich: Links wirkt, gut gemacht. Aber auch nach der neuen Regelung lassen Sie nur den zukünftig Kranken eine Verbesserung bei der Rente zukommen. Sie lassen die 1,8 Millionen heutigen Erwerbsminderungsrentner nun zum dritten Mal hintereinander leer ausgehen. Das darf auf gar keinen Fall so bleiben, auf gar keinen Fall!

Liebe Koalition, Ihre Ignoranz in diesem Punkt ist wirklich unglaublich. In der Sachverständigenanhörung im Ausschuss haben Ihnen nicht nur der Deutsche Gewerkschaftsbund, der VdK, der SoVD und fünf Professoren gesagt, dass Sie dringend etwas für die Bestandsrentner tun müssen. Auch der Bundesrat hat Sie zum Handeln aufgefordert. Recht hat er. Viele Erwerbsminderungsrenten liegen unter dem Sozialhilfesatz. Hier geht es oft um Schicksalschläge. Viele haben auf dem Arbeitsmarkt keine Chance mehr. Das geht so nicht. Da müssen wir unbedingt ran.

Ich sage Ihnen: Wir Linken sind offen für eine Debatte darüber, ob die Abschaffung der Abschläge für alle die zielführende Lösung ist. Der Weg ist mir egal; aber das Ziel muss sein, dass alle Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner, die heutigen und die künftigen, ein Leben führen können, das sie nicht in Armut hält. Würde ist wichtig. Darum geht es.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bei der Rente geht es um die Wertschätzung von Lebensleistung.



Die Mütterrente müsse komplett aus Steuermitteln finanziert werden, plädiert Matthias W. Birkwald (Die Linke).

© picture-alliance/blickwinkel/McPHOTO

Markus Kurth, Bündnis 90/Die Grünen:

Rente muss mehr sein als eine bessere Sozialhilfe



© Stefan Kaminski

Markus Kurth (*1966)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Rentenfinanzen sind gut. Das freut uns auch als Opposition, weil es die Leistungsfähigkeit des umlagefinanzierten Systems der Alterssicherung unterstreicht und deutlich macht.

Es ist durchaus vernünftig, 15 Jahre nach der Rürup-Kommission eine Neubewertung und eine Akzentverschiebung vorzunehmen, die auch das Rentenniveau und seine längerfristige Sicherung in den Mittelpunkt stellt; denn die gesetzliche Rente ist mehr und muss mehr sein als eine bessere Sozialhilfe. Sie ist eine Einkommensversicherung – Andrea Nahles hat das hier im Grundsatz übrigens ganz richtig ausgeführt –, die als solche auch für die Mittelschicht attraktiv sein muss. Für

Menschen, die ein halbwegs geschlossenes Erwerbsleben haben, muss sie deutlich mehr darstellen als nur etwas über Grundsicherung.

Es ist auch keinesfalls so, lieber Johannes Vogel, dass die Rentenfinanzierung in den letzten Jahren völlig aus dem Ruder gelaufen sei. Es gibt eine Größe, die man im Zusammenhang mit den Ausgaben für die gesetzliche Rentenversicherung berücksichtigen muss, nämlich die Wirtschaftsleistung dieses Landes, erbracht durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Jetzt will ich hier nicht zu viele Zahlen nennen, aber ganz ohne komme ich auch nicht aus. Der Anteil der Rentenausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag die ganzen letzten Jahre bei 9,1 Prozent der Wirtschaftsleistung. Im Jahr 2003 lag der Anteil der Rentenausgaben bei 10,5 Prozent der Wirtschaftsleistung. Der Anteil ist also zurückgegangen und dann stabil geblieben, und das, obwohl die Zahl der Rentnerinnen und Rentner größer geworden ist. Das heißt also, Rentnerinnen und Rentner haben sehr wohl ihren Beitrag zur Konsolidierung geleistet und sind auch dabei.

Ähnliches gilt auch für den Bundeszuschuss. Heißt das jetzt aber, dass man sozusagen das Geld mit

vollen Händen zum Fenster rauswerfen kann oder dass man nicht so genau hingucken muss, wenn man eine langfristige Niveaustabilisierung betreibt? Nein, mitnichten. Da muss ich wirklich an die Adresse der SPD, aber auch an die Adresse der Union sagen: Auf Nachhaltigkeit und eine längerfristige Finanzierung scheinen Sie keinen besonderen Wert zu legen, nicht bis 2025 und erst recht nicht für den Zeitraum danach.

Wenn ich hier höre, dass Sie eine Demografiereserve anlegen wollen, damit das Niveauversprechen für das Jahr 2025 gehalten werden kann, wenn dann leider die Nachhaltigkeitsrücklage leergelaufen ist, dann verweise ich mal auf das, was die Vorsitzende der Deutschen Rentenversicherung an diesem Montag in unserer Anhörung gesagt hat. Sie hat nämlich gesagt, sie weiß gar nichts von einer Demografiereserve. Sie liegt jedenfalls nicht bei ihr. Diese Reserve ist eine Absichtserklärung, die Sie auf ein Papier geschrieben haben und die jeder nächste Finanzminister auch wieder ändern kann. Frau Roßbach von der Deutschen Rentenversicherung hat ge-

sagt, sie kann zur Demografiereserve gar nichts sagen; denn ihr ist dazu nichts bekannt. – Das ist doch mal eine Aussage.

Für das Jahr 2040, für das Herr Scholz das Rentenniveau ebenfalls stabilisieren will, haben Sie kein vernünftiges Angebot. Ich finde es fast schon dramatisch, wenn der Finanzminister und Vizekanzler solche Niveausicherungsversprechungen macht, es aber noch nicht einmal schafft, im jetzigen Haushalt wenigstens bis 2025 ausreichend Vorsorge für das Rentepaket zu treffen, das Sie jetzt hier verabschieden. Das merken die Leute.

Dann möchte ich noch etwas zu einigen Bestandteilen dieses Rentepakets sagen. Also, es kommen ja sowieso schon genug Herausforderungen auf die gesetzliche Rentenversicherung durch andere Gesetze zu, die Sie jetzt im Umfeld dieses Gesetzes verabschieden. Die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung ist prima, das ist ja gut; sie wird aber dazu führen,

dass das Rentenniveau rein rechnerisch sinkt, weil eben das Einkommen der Arbeitnehmer steigt. Die Einführung der Parität in der Krankenversicherung unterstützen wir sehr; sie wird aber dazu führen, dass die Rentenversicherung schon im nächsten Jahr 1,4 Milliarden Euro Mehrausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung hat. In ähnlicher Weise wirkt natürlich die Erhöhung des Beitrags zur Pflegeversicherung, die heute

Abend beschlossen werden wird. So, das ist schon mal eine ganze Menge.

Dann sind wir uns alle einig, dass die 1,5 Milliarden Euro kostenschwere Verbesserung bei der Erwerbsminderungsrente sinnvoll ist und kommen soll. Da haben wir schon einiges zusammen.

Da frage ich mich: Muss man an dieser Stelle jetzt wirklich noch die sogenannte Mütterrente systemwidrig draufpacken und damit eine sehr langfristige Kostenbelastung verursachen? Wo bleibt denn da der vielgerühmte Wirtschaftsflügel, der Berufsjugendliche und selbsternannte Anwalt der jungen Generation, Jens Spahn, wenn es darum geht, wenigstens eine vernünftige Finanzierung der Mütterrente, wenn man sie schon macht, sicherzustellen? Nichts ist von denen zu hören.

Der Wirtschaftsflügel der Union hat sich vor vier Jahren wahnsinnig über die Rente mit 63 aufgeregt, weil es ja schlecht sei, wenn die Arbeitnehmer früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Die Mütterrente II, die jetzt kommen soll, wird viel teurer als die Rente mit 63 vor vier Jahren. Wo hört man denn da was vom Wirtschaftsflügel der Union? Gar nichts! Nichts hört man! Dazu können Sie überhaupt nichts sagen. Ich bin jetzt leider mit meiner Redezeit auf der Zielgeraden. Setzen Sie auf Bündnis 90/Die Grünen, Bürgerversicherung, Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit bei der Rentenfinanzierung. Dann wird das auch klappen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Mütterrente II, die jetzt kommen soll, wird teurer als die Rente mit 63 vor vier Jahren.

Hubertus Heil, SPD, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Wir erneuern die Kernversprechen des Sozialstaates



© Susie Knoll

Hubertus Heil (*1972)
Bundesminister für Arbeit und Soziales

Heute ist ein wichtiger Tag für soziale Sicherheit und für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland, weil wir ein Kernversprechen des Sozialstaates erneuern, nämlich dafür zu

sorgen, dass sich die Menschen nach einem Leben voller Arbeit wieder auf eine auskömmliche Alterssicherung verlassen können. Das ist der wesentliche Fortschritt dieses Gesetzes.

Wir haben hier eine lebhafte Debatte; dazu will ich gleich etwas sagen. Aber erst einmal komme ich zum Inhalt des Gesetzes, über den hier von der Opposition nur begrenzt gesprochen wurde.

Worum geht es denn? Erstens. Es geht darum, dass wir das Rentenniveau in den nächsten Jahren tatsächlich sichern, damit die Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und von Rentnerinnen und Rentnern nicht entkoppelt werden. Das ist kein Geschenk, meine Damen und Herren. Das ist eine Anerkennung

der Lebensleistung von Menschen, die hart gearbeitet haben. Hören Sie von der Opposition auf, von „Geschenken“ zu reden!

Zweitens. Wir verbessern mit der Mütterrente die Anrechnung der Kindererziehungszeiten, die stärker berücksichtigt werden. Auch das ist kein Almosen, sondern eine Anerkennung der Leistung von Menschen, die Kinder erzogen haben. Was denn sonst, meine Damen und Herren?

Wir sichern zukünftig mit einer Verbesserung der Anrechnungszeiten bei der Erwerbsminderungsrente diejenigen ab, die einfach nicht mehr können. Herr Kollege Birkwald, wenn es nach mir ginge, dann würden wir auch über den Bestand reden. Ich muss nur sagen, dass es jetzt schon einmal ein

Fortschritt ist, dass Sie diese Verbesserung anerkannt haben. Dafür danke ich Ihnen ganz herzlich. Das ist faire Opposition.

Drittens. Wir entlasten Geringverdiener, die es tatsächlich nicht leicht haben, von Beiträgen, ohne dass sich ihre sozialen Anwartschaften für die Rente verschlechtern. Das ist der Rentenpakt für Deutschland, meine Damen und Herren. Das sichert sozialen Zusammenhalt.

Ich will der Opposition einiges sagen. Herr Vogel, mal ganz grundsätzlich: Wer sich hier wie die FDP aus der Regierungsverantwortung stiehlt und so redet, der disqualifiziert sich selbst für diese Debatte. Wer all das kritisiert und dabei verschweigt, welche Alternativen er im Köcher hat, der muss sich auch fragen lassen, was das ist, was er macht. Sie haben viel über Kosten geredet. Keine Frage, auch wir reden über die Finanzierung; dazu will ich gleich einen Satz sagen. Aber wer von allem den Preis kennt und von nichts mehr den Wert, der weiß nicht, was der Wert der gesetzlichen Ren-

tenversicherung ist. Das ist ein gutes System. Es muss die tragende Säule sein.

Der entscheidende Unterschied zwischen Ihnen und dieser Koalition ist: Wir wollen, dass die gesetzliche Rente neben der privaten und der betrieblichen Rente, die ergänzend kommen sollen, die tragende Säule der Alterssicherung bleiben soll. Sie wollen die Rente schwächen, wir wollen sie stärken. Das ist der Unterschied. Menschen für Menschen, Generation für Generation, im Interesse übrigens von Eltern, aber auch von Großeltern und Kindern, darum geht es. Sie spielen die Generationen gegeneinander aus. Ich will Ihnen das einmal sehr deutlich sagen, Herr Vogel: Ihre Art und Weise ist, den Menschen zu verschweigen, was Sie wollen. Sie wollen eine stärkere Privatisierung der Rente. Dann sagen Sie das hier doch ganz offen. Wir gehen einen anderen Weg, und das ist gut für Deutschland.

Die Sicherung der Altersvorsorge hat nicht nur mit der Frage zu tun, was wir im Rentensystem

selbst machen. Es ist notwendig, die Stellschrauben richtig zu stellen; das machen wir heute. Aber es geht um die Frage, wie sich der Arbeitsmarkt entwickelt. Sie wissen ganz genau, dass die Prognosen aus den Jahren 2003 und 2004, die die Entwicklung des Arbeitsmarktes betrafen – der Rentenpolitik damals unterlegt –, viel pessimistischer waren, als sich dann – Gott sei Dank – der Arbeitsmarkt in Deutschland tatsächlich entwickelt hat. Deshalb sage ich Ihnen: Ja, wir haben eine demografische Herausforderung in den nächsten Jahren. Aber diese können wir meistern, wenn wir in der Rente das Richtige tun, wenn

wir die Finanzierung sichern und wenn wir gleichzeitig dafür arbeiten, dass Wachstum, Produktivität und Erwerbsbeteiligung möglichst aller in diesem Land möglich sind. Wenn das möglich ist, dann müssen wir die Generationen nicht wie Sie gegeneinander auspielen. Sie verhetzen das an dieser Stelle, indem Sie die gesetzliche Rente madig machen. Das kann ich Ihnen nicht durchgehen lassen, Herr Vogel; das müssen Sie sich auch mal sagen lassen.

Sie sind verbunden mit der privaten Versicherungswirtschaft; sagen Sie das doch mal ganz offen. Die mit Ihnen verbündeten Initiativen, die heute als bezahlte Lob-

byisten hier in Berlin gegen die Rentenpolitik Stimmung machen, sind keine Menschen, die das Gemeinwohl im Blick haben. Das sind Interessenvertreter, und mit denen sind Sie im Bunde, Herr Vogel. Das kann man Ihnen nicht ersparen.

Nein, das muss jetzt mal deutlich ausgesprochen werden. Wer ständig die gesetzliche Rentenversicherung krankenhaushausreif redet, wie Sie das tun, und sich dann als Notarzt anbietet, disqualifiziert sich für eine

vernünftige Rentenpolitik. Das kann ich Ihnen nicht durchgehen lassen.

Heute ist ein guter Tag für die soziale Sicherheit und den Zusammenhalt unseres Volkes.

Zum Schluss. Dieses Rentenpaket ist ein erster und großer Schritt. Wir werden im nächsten Jahr die Grundrente einführen und die Selbstständigen in das System der Alterssicherung einbeziehen.

Wir werden auch die Weichen über 2025 hinaus stellen. Ja, die Rentenpolitik, die wir machen, kostet Geld, gar keine Frage. Aber die entscheidende Frage lautet: Ist es der Gesellschaft etwas wert, die

Alterssicherung in diesem Land für alle Generationen verlässlich zu gestalten? Herr Vogel, es gibt Nationen in Europa, die für die Alterssicherung anteilig mehr ausgeben. Wir sind ein starkes Land. Den sozialen Zusammenhalt zu sichern durch eine verlässliche Altersvorsorge, ist eine gute Investition in die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Deshalb ist heute ein guter Tag für die soziale Sicherheit und den Zusammenhalt unseres Volkes.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jürgen Pohl, AfD:

Sie haben eine Politik der Altersarmut betrieben



Jürgen Pohl (*1964)
Landesliste Thüringen

mit 67 eingeführt.

Drittens. Sie haben – noch viel schlimmer; davon sprechen heute nur wenige – die Agenda 2010 durchgesetzt. Das heißt, Sie haben die Menschen in Leiharbeit getrieben und so einen riesigen Niedriglohnsektor geschaffen, mit der Folge, dass mit diesen miserablen Löhnen die Menschen unmöglich ausreichende Rentenanwartschaften erarbeiten können. Das haben Sie gemacht. Kurzum: Sie haben Politik der Altersarmut betrieben. Das ist Ihr Werk.

Und jetzt wollen Sie ein bisschen an der sozialpolitischen Stellschraube drehen, aber bloß deshalb, weil Ihnen massenhaft die Wähler weglaufen, weil Ihnen längst jegliche Glaubwürdigkeit in sozialen Fragen fehlt.

Fangen wir mit der Glaubwürdigkeit an. Zur Glaubwürdigkeit gehört, den Wählern die Wahrheit zu sagen. Seit fast 30 Jahren wird den Ostrentnern die Angleichung ihrer Renten an die Westrenten versprochen. Dann sagen Sie Ihren Wählern doch bitte, dass die jetzt geplante Angleichung bis 2025 eine Rentenkürzung sein wird, weil gleichzeitig der Hochwertungsfaktor wegfällt und die Brüder und Schwestern im Osten wieder einmal den Kürzeren ziehen werden.

Wir Ostdeutsche fordern die sofortige Angleichung der Renten bei Beibehaltung des Hochwertungsfaktors für die Zeit, für die er noch gebraucht wird.

Liebe Genossinnen und Genossen von der SPD, die Brückenfrauen aus Artern haben mich um Rat gefragt: „Warum tut die SPD so etwas?“ Die Brückenfrauen sind eine streitbereite Gruppe von Frauen, die sich für das Gemeinwohl

einsetzt. Sie fragen, warum sie als Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, schlechter behandelt werden. Wollen Sie diesen Müttern sagen, dass wir kein Geld für sie haben? Wir von der AfD fordern die volle Mütterrente für alle Kinder und vor allem die Freistellung der Mütterrente von der Inanspruchnahme bei der Grund-

sicherung.

Meine Damen und Herren von der SPD, Ihre Wähler sind auch die in der DDR geschiedenen Frauen. Obwohl diese kämpfend bis vor die UNO gezogen sind, verweigern Sie als SPD diesen Frauen die Gerechtigkeit. Wir als AfD fordern einen Härtefallfonds für den fehlenden Versorgungsausgleich der DDR-Geschiedenen. Sie machen gar nichts. Was ist mit der Zusatzversorgung der DDR-Reichsbahner? Das sind 100 000 ehemalige Beschäftigte, die Sie im Regen stehen lassen. Bei der Wiedervereinigung wurden sie vergessen, genauso wie andere: Bergleute, Postler, Krankenschwestern und Künst-

ler. Für die machen Sie nichts.

Liebe Genossinnen und Genossen von der SPD, warum Sie keiner mehr wählt, ist jetzt kein Geheimnis mehr. Ich stehe hier vor Ihnen als Vertreter einer neuen Volkspartei, der Partei der Arbeiter und Angestellten. Ich sage Ihnen: Wir machen es besser. Sie können noch 20 solcher vollkommen untauglichen Rentenkonzerte auf den Weg bringen; aber Ihr Abstieg zur Splitterpartei wird dadurch nicht aufgehalten.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Max Straubinger, CDU/CSU:

Wir legen die Grundlage für Sicherung des Rentenniveaus



Max Straubinger (*1954)
Wahlkreis Rottal-Inn

Wir bringen heute ein Gesetzgebungsverfahren zum Abschluss, das der sozialen Sicherung der Menschen in unserem Lande dient sowie der Altersversorgung bzw. der Anerkennung von Lebensleistungen in besonderem Maße gerecht wird. Gleichzeitig wird eine bessere Absicherung der Menschen erfolgen, die aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen am Arbeits-

prozess und am Erwerbsleben nicht mehr teilnehmen können.

Ich glaube, wir alle dürfen stolz sein – das gesamte Haus darf stolz sein –, dass es uns in diesem wirtschaftlichen Umfeld ermöglicht ist, weitere große soziale Leistungen in puncto Alterssicherung und -vorsorge der Menschen auf den Weg zu bringen.

Besonders als CSU-Politiker bin ich stolz, dass wir hiermit die Mütterrente weiter ausbauen, dass damit ein halber Rentenpunkt für vor 1992 geborene Kinder zur Anrechnung kommt und dass es gleichzeitig zu einer Verbesserung bei der Erwerbsminderungsrente kommt.

Wenn der Kollege Birkwald und andere Kollegen, auch solche von der SPD, hier immer wieder fragen: „Was ist dann mit den Be-

standrentnern bei der Erwerbsminderungsrente?“, so muss man schon anerkennen, dass es in der Vergangenheit grundsätzlich andere Voraussetzungen gab, um eine Erwerbsminderungsrente zu bekommen. Bis 2002 gab es keine Abstriche, und deshalb galt die Zurechnungszeit nur bis zum 55. Lebensjahr – zu Recht. Gleichzeitig haben wir in der Vergangenheit die Zurechnungszeit ständig angepasst. Auch deshalb ist die Kürzung um 10,8 Prozent unter den versicherungsmathematischen Gesichtspunkten richtig, die wir hier mit berücksichtigen wollen. Wir legen damit einmal mehr die Grundlage dafür, das Rentenniveau zu sichern..

Fortsetzung auf nächster Seite

Lieber Kollege Vogel, Sie haben von Manipulation geredet. Das möchte ich zurückweisen. Es muss erlaubt sein, in einem Rentenversicherungssystem immer wieder Anpassungen vorzunehmen. In der SPD hat man zunächst einem kleinen Irrglauben angehangen. 1998 wurde unter Rot-Grün der sogenannte demografische Faktor, der unter Bundesminister Blüm eingeführt worden ist, ausgesetzt. Dann ist 2004 ein Nachhaltigkeitsfaktor eingebaut worden.

Knapp 15 Jahre später ist es dennoch richtig – darin gebe ich dem Kollegen Markus Kurth recht –, darüber nachzudenken, ob hier nicht auch ein Veränderungsbedarf besteht. Dazu sage ich Ja, werte Kolleginnen und Kollegen. Denn es ist auch richtig, etwas immer wieder anzupassen. Das hat die CDU/CSU-FDP-Regierung getan; da haben Sie nicht von Manipulation gesprochen. Jetzt begegnen Sie uns mit dem scharfen Vorwurf der Manipulation. Das ist unmöglich. Dies sage ich ganz offen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, es ist heute sehr deutlich geworden, dass der zweiten und der dritten Säule ein großes Misstrau-

en entgegengebracht worden ist: einmal von der Kollegin Nahles, jetzt auch von Bundesminister Heil. Dafür habe ich kein Verständnis.

Wenn der Kollege Birkwald immer darauf setzt, Lebensstandardsicherung einzufordern, so waren wir uns doch immer einig, dass die Lebensstandardsicherung im Alter drei Säulen hat: einmal die gesetzliche Rente, dann die betriebliche Altersvorsorge und die private Vorsorge. Ich kann nicht verstehen, dass

heute in diesem Haus die betriebliche Altersvorsorge und die private Vorsorge in ein schiefes Licht gesetzt werden, weil sie auf Kapital setzen.

Frau Kollegin Nahles, die Anlagen für eine Zusatzvorsorge für im öffentlichen Dienst Beschäftigte, die Anlagen hinsichtlich der betrieblichen Altersvorsorge und auch die Anlagen hinsichtlich der privaten Vorsorge fußen auf der Kapitalanlage. Wenn Sie heute darzulegen versuchen, das System der gesetzlichen Rentenversicherung sei besser und wettbewerbsfähiger als die Kapitalanlagen, so muss ich das zurückweisen. Denn die Kapitalanlagen verzinsen sich derzeit mit rund 2,5 Prozent, ob-

Es muss erlaubt sein, in einem Rentenversicherungssystem Anpassungen vorzunehmen.



Die Säulen der Altersvorsorge sollen zusammen ein stabiles Fundament ergeben. © picture-alliance/Ulrich Baumgarten

wohl wir insgesamt eine niedrige Verzinsungsrate zu verzeichnen haben. Sie sind stabil; sie stellen einen stabilen Pfeiler dar.

Herr Bundesminister, ich habe kein Verständnis für Ihre Aussagen, die Sie gegenüber dem Kollegen Vogel getroffen haben, dass er hier sozusagen ein Vertreter der Kapitalanlagegesellschaften sei und so spreche. Nein, Sie müssen als Bundesminister durchaus res-

pektieren, was die Kapitalanlagegesellschaften auch für die Alterssicherung der Menschen bei uns bedeuten und dass es sich dabei nicht um eine mafiaähnliche Organisation handelt. Das muss ich Ihnen hier schon mit auf den Weg geben.

Ich glaube, wir haben hier einen sehr guten Kompromiss zwischen der Union, CDU und CSU, und der SPD gefunden. Ich bitte alle,

hier dementsprechend die Zustimmung zu erteilen.

In diesem Sinne herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. – Herr Präsident, die Redezeit habe ich nicht ausgeschöpft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gyde Jensen, FDP:

Geld wird für Investitionen in die Zukunft fehlen



Gyde Jensen (*1989)
Landesliste Schleswig-Holstein

Ich stehe hier heute stellvertretend für die junge Generation, die sich wünschen würde, dass wir das hier heute nicht verabschieden.

Das Rentenpaket mit den Versprechungen des Finanzministers kostet, geschätzt bis 2030 – das haben wir schon gehört –, eine viertel Billion Euro – wahnsinnig viel Geld, das für Investitionen in die Zukunft fehlt. Statt mehr in

die Zukunft zu investieren, macht die Große Koalition unverantwortliche milliardenschwere Wahlgeschenke.

Die Frage der Finanzierung lagern Sie lieber in eine Kommission aus. Ich verstehe nicht, warum Sie diese Kommission überhaupt einsetzen, wenn Sie die Ergebnisse dieser Kommission gar nicht abwarten – alles getreu Ihrem Motto „Nach uns die Sintflut“.

Der Zuschuss des Bundes zur Rentenversicherung ist der mit Abstand größte Posten im Bundeshaushalt. Es ist aber heute schon klar, dass Sie Erwartungen wecken, die unfinanzierbar sind. Selbst bei gleichbleibend guter Konjunktur wie der derzeitigen – wir haben gestern erst gehört, dass die Wirtschaftsweisen ihre Prognose gesenkt haben – ist dieses Vorgehen

nicht nur naiv, sondern auch grob ungerecht gegenüber der jungen Generation, die es am Ende bezahlen muss.

Meine Damen und Herren, an dieser Prioritätensetzung können wir ablesen, wie unwichtig das Thema Generationengerechtigkeit dieser Großen Koalition und der Bundesregierung ist.

Der Zuschuss des Bundes zur Rentenversicherung ist der größte Posten im Haushalt.

Nachhaltigkeit der Rente schneidet Deutschland übrigens international mittlerweile genauso schlecht ab wie bei den Bildungsausgaben. Beides belastet vor allem die Jungen.

Zudem ist Bildung die soziale Frage des 21. Jahrhunderts, eine Frage, die darüber entscheidet, wie durchlässig eine Gesellschaft ist und wie Aufstiegschancen genutzt werden können. Mit immer höheren Belastungen, die Sie hier heute wahrscheinlich beschließen werden, und viel zu geringen Investitionen verspielen Sie genau diese Aufstiegschancen kommender Generationen.

Meine Damen und Herren, ich möchte gern, dass Sie auch eines verstehen: Mit Ihren Vorschlägen zur Rente begeben Sie sich in einen Wettlauf mit Populisten – einen Wettlauf, den Sie nicht gewinnen können. Populisten werden immer mehr fordern und weiter falsche Versprechungen machen, für die sie am Ende selbst gar nicht einstehen müssen. Das sehen wir in Italien, das sehen wir in Polen. Das will ich für dieses Land nicht. Sie machen Versprechungen, die niemals jemand wird halten können. Sie schaden so dem Vertrauen in die Politik und in die Demokratie insgesamt.

Wir müssen die Rente enkelfit machen. Wir müssen Zickzacklebensläufe mit bedenken und einbeziehen, die starre Altersgrenze endlich aufheben und ein Rentensystem aufbauen, in dem ich nach dem Baukastenprinzip entschei-

den kann, wie ich Vorsorgeelemente – gesetzlich, privat und betrieblich – individuell kombiniere. Das Wichtigste: Ich möchte gerne wissen – heute schon, online –, wie meine Rente in ein paar Jahren aussehen könnte. Ich will nicht in 20 Jahren von der Rentenversicherung einen Brief kriegen, wo drinsteht, was ich erwarten kann. Ich will das jetzt wissen.

Ihr Konzept geht an dieser Sache vollkommen vorbei und wird den Herausforderungen in einer ständig sich verändernden Welt nicht im Ansatz gerecht. Es wird wirklich Zeit, dass hier Generationengerechtigkeit auf die Tagesordnung kommt und zum Leitbild Ihrer Politik wird. Das passiert leider nicht. Ich appelliere an die jungen Politikerinnen und Politiker in der Großen Koalition: Überlegen Sie sich das noch mal mit dieser Verabschiedung.

Danke.

(Beifall bei der FDP)

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Ralf Kapschak (SPD) und Peter Weiß (CDU/CSU).

Debatte zum Globalen Migrationspakt / 61. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 8. November 2018

Dr. Alexander Gauland, AfD:

Ein Angriff auf die nationale Souveränität



Alexander Gauland (*1941)
Landesliste Brandenburg

stand und nachhaltiger Entwicklung dargestellt. Kein Wort davon, dass Migration Länder auch destabilisieren kann. Der Unterschied zwischen der Suche nach Asyl und der Suche nach einem besseren Leben wird verwischt. Der gesamte Text beschreibt Migrationspolitik ausschließlich aus der Sicht von Migranten. Zitat: Alle unsere Länder – das ist dort zu lesen – werden zu Herkunfts-, Transit- und Zielländern. – Was für ein Märchen. Die meisten der Unterzeichnerländer werden niemals Zielländer von Migranten.

Die Interessen der Aufnahmegesellschaften bleiben dagegen völlig unerwähnt. Dieses Dokument ist der erste Schritt, Migration zu einem Menschenrecht zu machen, das Staatenrecht übersteigt und zu Völkergewohnheitsrecht wird. Zitat: Wir verpflichten uns, die im Globalen Pakt niedergelegten Ziele und Verpflichtungen im Einklang mit unserer Vision und unseren Leitprinzipien zu erfüllen ...

Allein die Formulierung „Wir verpflichten uns“ kommt in dem Papier Dutzende Male vor. Etwa:

Wir verpflichten uns, sicherzustellen, dass alle Migranten ungeachtet ihres Migrationsstatus ihre Menschenrechte durch einen sicheren Zugang zu Grundleistungen wahrnehmen können.

Weniger empfindsame Gemüter nennen das Einwanderung in die Sozialsysteme. Dazu will sich die Bundesregierung also verpflichten, allerdings „unverbindlich“. „Unverbindliche Verpflichtungen“, meine Damen und Herren, das ist ein hölzernes Eisen. Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank: Für wie dumm halten Sie uns alle und Ihre Wähler draußen eigentlich?

Schon heißt es: Mit der Unterzeichnung des Global Compact allein ist es noch nicht getan. Die Bundesregierung muss sofort mit der Umsetzung beginnen, und das hat sie im Auswärtigen Ausschuss ja bereits angekündigt – ganz unverbindlich natürlich.

Nicht rechtlich bindend, nur politisch erwünscht – wir kennen diese Art schleichender Rechtsumwandlung auf politischem Wege inzwischen zur Genüge.

Die Öffnung der Grenze im September 2015 war auch nicht rechtlich bindend, im Gegenteil: Das war ein Rechtsbruch, aber ein politisch erwünschter. Und schon gibt es erste Juristen, die ihn als rechtens darstellen. Die Übernahme von Schulden anderer EU-Länder war ein klarer Bruch des Maasticht-Vertrages, aber eben politisch erwünscht. Politische Setzungen verwandeln sich gleichsam unter der Hand in geltendes

Recht.

Österreichs Kanzler Kurz – wohl kein Populist – sieht die Gefahr, dass die Ziele des Paktes in künftige Gerichtsurteile einfließen und somit unsere souveräne Migrationspolitik eingeschränkt wird.

Warum sieht die deutsche Kanzlerin diese Gefahr nicht?

Weil genau das ihr Ziel ist? Ist das auch Ihr Ziel, liebe Kollegen von der CDU/CSU? Der Meilenstein, von welchem dieser Pakt spricht, steht auf dem Wege zur Preisgabe der Souveränität unseres Landes. Millionen von Menschen aus Krisenregionen werden angestiftet,

sich auf den Weg zu machen. Linke Träumer und globalistische Eliten wollen unser Land klammheimlich aus einem Nationalstaat in ein Siedlungsgebiet verwandeln.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, diesem Vertrag nicht beizutreten und dem entsprechenden Dokument nicht zuzustimmen. Er dient nicht deutschem Interesse, und das haben wir hier zu wahren. Ich bedanke mich.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

Die Öffnung der Grenze 2015 war ein Rechtsbruch, aber ein politisch gewollter.

Dr. Stephan Harbarth, CDU/CSU:

Die Standards in der Welt sind zu unterschiedlich



Stephan Harbarth (*1971)
Wahlkreis Rhein-Neckar

Deutschland hat sich nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs entschlossen, die großen Herausforderungen der Zeit international anzugehen, und wir sind damit sehr gut gefahren. Wir organisieren unseren militärischen Schutz im Bündnis mit vielen Nationen; wir organisieren unsere Wirtschaft international; wir organisieren den Umweltschutz international, und wir werden die Herausforderungen der Migration nur mit einem internationalen Ansatz bewältigen können.

Vor welchen Herausforderungen stehen wir bei der Migration im Kern? Warum ist der Migrationsdruck nach Europa und nach Deutschland so hoch? Ist er so hoch, weil die Standards in der Welt zu verschieden sind oder weil die Standards in der Welt zu einheitlich sind?

Die Standards in der Welt sind zu unterschiedlich. Muss es also

unser Ziel sein, diese Standards anzunähern, oder muss es unser Ziel sein, diese Unterschiede zu vergrößern? Unser Ziel muss es sein, die Standards anzunähern.

Deshalb ist es erforderlich, dass man sich die Frage, wie wir mit Migranten in dieser Welt umgehen, weltweit stellt. Deshalb ist es erforderlich, dass man miteinander ins Gespräch kommt, dass man über die Ziele nachdenkt, dass man diese Ziele zu Papier bringt, auch dann, wenn sie rechtlich nicht verbindlich sind und die nationale Souveränität nicht einschränken. Denn wer die Diskussion über die gemeinsamen Ziele niemals beginnt, wird niemals zu gemeinsamen Standards gelangen.

Es gibt eine Fraktion, die der Überzeugung ist: Wenn sich am Ende 180 Staaten dieser Welt dem Dokument anschließen werden, dann müsse das nach dem Prinzip gehen, dass jeder einzelne Satz von Deutschland vorgegeben und von den anderen 179 Staaten abgenickt wird.

Meine Damen und Herren, entweder ist das totale Unverständnis internationaler Zusammenhänge – im Übrigen im großen Unterschied zu Otto von Bismarck – oder es ist das blanke Unvermögen.

Es ist einfach unbeschreiblich.

Wenn Sie glauben, wir könnten in einem solchen Compact den anderen 179 Ländern jedes Komma und jedes Wort vorschreiben, dann ist das Ausdruck von nationalem Größenwahn.

Wir müssen die Standards weltweit angleichen. Es ist die Rede davon, dass Zugang zu Grundleistungen und zur Gesundheitsversorgung geschaffen wird. Ich sage Ihnen: Das sind Mindeststandards, die in Deutschland längst umgesetzt sind. Wir müssen aber sicherstellen, dass sie auch in anderen Teilen der Welt umgesetzt werden.

Ich könnte die Liste der wichtigen Punkte – Gesundheitsversorgung, Grundleistungen – lange fortsetzen. Fluchtursachenbekämpfung, Bekämpfung der Schleuserkriminalität, Grenzsicherung, Identitätsfeststellung und Rückführung – das alles wird in diesem Pakt adressiert.

Ich will fragen: Gibt es jemanden klaren Verstandes, der ernsthaft glaubt, dass weniger Migranten nach

Deutschland kommen, wenn sie in anderen Ländern keinen Zugang zu Grundleistungen haben?

Gibt es jemanden klaren Verstandes, der ernsthaft glaubt, dass weniger Migranten nach Deutsch-

Die Mindeststandards sind in Deutschland längst umgesetzt.

Fortsetzung auf nächster Seite

land kommen, wenn sie anderenorts keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben? Mitnichten. Wer für den Globalen Migrationspakt ist, der schafft die Voraussetzungen dafür, dass die Anreize, nach Deutschland zu kommen, zurückgehen; denn die Menschen werden sich dann entschließen, in den anderen Ländern zu bleiben,

wo die Standards angehoben werden.

Wer sich entschließt, den Globalen Migrationspakt zu bekämpfen, der schafft die Voraussetzungen dafür, dass Menschen andere Länder verlassen werden, um nach Europa, um nach Deutschland zu kommen. Dann kann man sich fragen, warum. Entweder be-

kämpft er den Pakt, weil er die internationalen Zusammenhänge nicht versteht oder weil er sagt: Parteipolitisch fahre ich eigentlich mit dieser Angstmache vor Migration gar nicht so schlecht.

Die AfD hat außer der Angstmache vor Migration in keinem einzigen Politikbereich irgendeine auch nur ansatzweise brauchbare

Lösung präsentiert. Der politische und der geistige Horizont dieses Hauses darf niemals an den deutschen Außengrenzen enden. Das werden wir als Unionsfraktion niemals zulassen.

Deshalb werden wir für diesen Pakt stimmen – im Interesse Deutschlands. Und wer gegen diesen Pakt stimmt, handelt gegen

das nationale Interesse Deutschlands. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dr. Joachim Stamp, FDP, Minister für Integration in Nordrhein-Westfalen:

Pakt ist Absichtserklärung zur besseren Regelung von Migration



Joachim Stamp (*1970)
Landesminister

Der vorliegende Antrag der AfD-Fraktion enthält zwar lauter falsche Behauptungen, aber dennoch ist es gut, dass er vorliegt. Denn er zeigt uns jetzt quasi einmal öffentlich, amtlich, was in diesem Land von Verschwörungstheoretikern und rechten Trollen derzeit durch die sozialen Medien geblasen wird. Bei Facebook und bei Twitter kann man das sehen.

Aber, meine Damen und Herren, was beispielsweise bei WhatsApp passiert, sehen wir nicht. Wir haben in Brasilien gesehen, wohin das führt. Sie, Herr Gauland, gehen mit Ihren Gesinnungsgenos-

sen hin und verunsichern mit falschen Informationen die Bevölkerung. Das ist schäbig.

Aber, meine Damen und Herren, ich sage auch: Es wäre längst Aufgabe der Bundesregierung gewesen, sachlich und öffentlich über den UN-Migrationspakt aufzuklären. Sie haben zu lange geschwiegen und damit überhaupt erst die Möglichkeit für die Verschwörungstheoretiker geschaffen, ihren Propagandafeldzug in den sozialen Medien zu starten.

Nutzen wir doch jetzt hier die Gelegenheit, um einmal die Fakten klarzustellen.

Erstens. Die AfD-Fraktion behauptet, der globale Pakt für Migration sei ein Angriff auf die nationale Souveränität. Völlig falsch! Im Gegenteil wird im Text bereits zu Beginn festgeschrieben, dass alle Länder in ihrer Migrationspolitik völlig souverän bleiben, meine Damen und Herren. Zweitens. Die AfD behauptet, der Text sehe ein Menschenrecht auf Migration vor. Wiederum völlig falsch! Der Pakt bekennt sich zu den allgemeinen Menschenrechten. Das auch zu tun, sollte, glaube ich, für jeden anständigen Demokraten in diesem Haus eine Selbstverständlich-

keit sein.

Ein Menschenrecht auf Migration gibt es nicht und wird auch in diesem Text nicht gefordert. – Da können Sie sich noch so aufregen. Ich sage Ihnen übrigens: Schönen Gruß aus Düsseldorf, ich habe dort auch mit Ihren Kollegen zu tun. Die befinden sich dort auf einem ähnlichen Niveau. Wir halten das aus, meine Damen und Herren.

Wenn den Menschenrechten weltweit Geltung verschafft würde, dann könnten wir viel einfacher abschieben. Aber so weit reicht wahrscheinlich Ihr Horizont nicht, meine Damen und Herren.

Drittens. Die AfD-Fraktionsvorsitzende behauptet, der Pakt öffne der millionenfachen Einwanderung aus Afrika Tür und Tor. Auch das ist natürlich völlig falsch. Das Gegenteil ist richtig. Sie haben es vielleicht noch nicht begriffen, an wen sich dieser Pakt in erster Linie richtet.

Es geht um 190 Länder. Schauen Sie sich einmal die Situation an. Fahren Sie einmal in die betreffenden Länder. Ich habe das getan. Wenn Sie sich einmal die Situation der Binnenmigranten dort ansehen, dann stellen Sie

fest: Das ist eine ganz andere Situation. Wir erfüllen hier in Deutschland längst alle Standards, die in diesem Text stehen. Andere Länder sind weit davon entfernt. Wenn sich diese Länder auch nur ein Stück weit in unsere Richtung entwickeln, dann sinkt damit natürlich der Migrationsdruck auf Deutschland; das ist völlig logisch.

Sie behaupten, meine Damen und Herren, viertens, das Ganze sei ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Auch das ist völlig falsch. Das kann schon allein deshalb nicht sein, weil gleich zu Beginn des Textes klargestellt wird, dass der Pakt eben nicht rechtsverbindlich ist, sondern eine Absichtserklärung zur besseren Regelung weltweiter Migration darstellt. Ich habe gerade ausgeführt, wie wichtig es ist, dass wir gerade mit Blick auf die Standards etwas für die vielen tun, die als Binnenflüchtlinge oder als Flüchtlinge in den Nachbarländern leben, damit sie sich in ihrer Not nicht auf den Weg nach Europa machen. Ich dachte eigentlich immer, das wäre Ihr Anliegen. Sie entlarven sich hier als reine Verschwörungstheoretiker und sind gar nicht an der Sache interessiert.

Fünftens. Die AfD behauptet, der Pakt fördere die illegale Migration. Völlig falsch! Im Gegenteil: Wenn Sie sich einmal die Mühe machen würden, den Text zu lesen, dann würden Sie feststellen, dass es genau darum geht, die illegale Migration zu bekämpfen.

Ich will Ihnen etwas sagen: Ich stehe als Flüchtlingsminister in Nordrhein-Westfalen jeden Tag in der Verantwortung, auch was das Thema Abschiebungen angeht, auch was das Thema „Abschiebung von Gefährdungen und Kriminellen“ angeht. Wir leisten etwas, während Sie nur dumm daherreden, meine Damen und Herren.

Als jemand, der in der Praxis Tag für Tag damit zu tun hat, möchte ich Ihnen sagen, dass das, was in dem Pakt zum Datenaustausch oder zur Identitätsklärung drinsteht, natürlich einen Riesenvorteil für die Praxis bedeutet. Dann würde es uns auch viel einfacher fallen, Gefährdungen und Kri-

minelle viel schneller loszuwerden. Sie sind diejenigen, die das verhindern wollen.

Meine Damen und Herren, die Behauptungen der AfD sind falsch, und das müssen wir gemeinsam vertreten und erklären. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung. Ich warne allerdings auch davor, den UN-Migrationspakt zu überschätzen. Er ist eben nicht verbindlich, sondern eine Absichtserklärung –; deshalb sollten wir ihn nicht überschätzen. Insofern stehen wir auch weiterhin in der Pflicht, tatsächlich etwas dafür zu tun, dass wir eine geordnete Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik hier in Deutschland

**Der Pakt
bekennt sich
zu den
allgemeinen
Menschen-
rechten.**

hineinbekommen. Vor diesem Hintergrund bin ich der FDP-Bundestagsfraktion ausgesprochen dankbar, dass sie jetzt noch einmal darauf hingewiesen hat, wie wichtig es ist, dass wir ein Einwanderungsgesetz bekom-

men, das unterscheidet zwischen individuell Verfolgten, zwischen Kriegsflüchtlingen und denjenigen, die dauerhaft kommen wollen, die wir uns aber wie jedes andere Einwanderungsland auch selber aussuchen wollen, meine Damen und Herren.

Wir brauchen in vielen Punkten schnelle Lösungen. Deswegen wiederhole ich unsere Forderung nach einem nationalen Migrationsgipfel von Bund, Ländern und Kommunen. Die Bundesregierung hat zu lange ihre Zeit verplempert mit unnötigen Auseinandersetzungen über 30, 40 Leute, die an der Grenze zurückgeführt werden, oder über die Karriere von Herrn Maaßen. Konzentrieren wir uns auf das Wesentliche! Setzen wir uns mit den Kommunen, mit den Ländern, mit dem Bund an einen Tisch! Bringen wir die notwendigen Dinge auf den Weg! Ich sage das von Ländersseite, ich sage es für Nordrhein-Westfalen: Wenn die Bundesregierung hier nicht aus den Puschen kommt, dann werden wir in den Ländern das selbst in die Hand nehmen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der FDP: Sehr gut!)



Blumenniederlegung an der Gedenktafel für Menschen, die auf der Flucht nach Europa ertrunken sind, an der Gedenkstätte Arsten-Habenhausen in Bremen.

© picture-alliance/Carmen Jaspersen/dpa

Christoph Matschie, SPD:

Wir können die Probleme nur international gemeinsam lösen



Christoph Matschie (*1961)
Landesliste Thüringen

Der Umgang mit einer weltweit wachsenden Zahl von Flüchtlingen, von Migranten gehört sicherlich zu den größten Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaften stehen. Unser Land hat das in den letzten Jahren auch in besonderer Weise erlebt. Wir haben dazu eine sehr intensive, auch emotionale Debatte gehabt. In dieser Debatte sind mindestens zwei Dinge klar geworden:

Erstens. Wir brauchen einen offenen und ehrlichen Umgang mit diesem Thema.

Zweitens. Wir können die Probleme, die sich mit weltweiter Migration verbinden, nur international gemeinsam lösen. Nationale Regelungen allein helfen hier nicht weiter. Zuerst zur offenen und ehrlichen Debatte. Die AfD hat nicht nur heute im Parlament beantragt, diesen internationalen Vertrag abzulehnen, sondern sie hat eine Kampagne im Internet und in den sozialen Medien gestartet.

Sie behauptet darin, dass der Pakt zu einer massenhaften Zuwanderung nach Deutschland führt. Sie behauptet, mit dem Pakt werde die nationale Souveränität unseres Landes und unser Selbstbestimmungsrecht ausgehebelt.

Schaut man in den Text dieser Vereinbarung, so wird eines ganz schnell klar: Ihre Behauptungen sind frei erfunden. Oder auf Deutsch: Die AfD verbreitet Lügen. Und warum verbreitet die AfD Lügen? Weil sie glaubt, je größer die Angst vor Migranten in diesem Land ist, desto größer der politische Vorteil für die AfD. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist schäbig, und das ist verantwortungslos. Worum geht es in dem Pakt wirklich? Warum liegt der Pakt in unserem deutschen Interesse? Die Zahl der Menschen, die ihr Land verlassen, wächst. Nach Angaben der Vereinten Nationen leben mittlerweile etwa

260 Millionen Menschen außerhalb der Grenzen ihrer Heimatländer. Und deshalb haben sich die Staaten in den Vereinten Nationen vor zwei Jahren gemeinsam auf den Weg gemacht, einen solchen internationalen Pakt zu erarbeiten. Die Ziele, die Grundsätze dieses Paktes finden sich jetzt genau in dem Text wieder. Es geht also nicht darum, Tor und Tür zu öffnen, sondern es geht darum, Migration besser zu regulieren. Das ist der Kern dieser Vereinbarung. – Schauen Sie in die Ziele hinein, Nummer 2, lesen bildet.

Dazu gehört auch ausdrücklich, „nachteilige Triebkräfte“ für Migration – so steht es im Pakt – zu verringern. Mit anderen Worten: Der Druck, die eigene Heimat zu verlassen, soll abgebaut werden. Das führt nicht zu mehr Migration, das soll zu weniger Migration führen. Zu den Zielen gehört auch der verstärkte Kampf gegen Schleuser – Ziel Nummer 9 –, gegen Menschenschmuggel – Ziel Nummer 10. Dazu gehört ein sicheres und koordiniertes Grenzmanagement – Ziel Nummer 11. Im Gegensatz zu den Behauptungen der AfD geht es also darum, illegale Migration einzudämmen. Der Pakt fordert eine bessere internationale Zusammenarbeit für eine geordnete und reguläre Migration.

Im Gegensatz zu den Behauptungen der AfD legt der Pakt ausdrücklich fest, dass jedes Land weiterhin souverän bleibt. Zu den leitenden Prinzipien gehört – ich darf zitieren –: Der Globale Pakt bekräftigt das souveräne Recht der Staaten, ihre nationale Migrationspolitik selbst zu bestimmen... Die AfD versucht jetzt, die Vereinbarung gegen den ausdrücklichen Vereinbarungstext auszulegen. Sie liest das Gegenteil heraus, und das ist so grotesk wie unsinnig. Was Sie machen, ist Verschwörungstheorie pur, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

Der Vertrag redet auch über die positiven Seiten von Migration; denn es gibt neben der ungewollten, neben der erzwungenen Migration auch gewollte Migration. Es gibt wirtschaftlich starke Regionen, die Fachkräfte brauchen. Es gibt Menschen, die neue Herausforderungen suchen. Es gibt Menschen, die ihre Lebensbedingungen selbst verbessern wollen. Das ist nichts Neues. Das zieht sich auch durch unsere deutsche Geschichte immer wieder. Dazu gehört auch unser wirtschaftlicher Erfolg. Das kann man auch in an-

deren Regionen der Welt beobachten. Schauen Sie einmal ins Silicon Valley! Dort sind 50 Prozent aller Gründer von Start-ups nicht in den USA geboren, sondern eingewandert.

Zuwanderung, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Innovation gehören eben auch zusammen, werte Kolleginnen und Kollegen. Das alles macht klar: Der Pakt für eine geordnete und sichere Migration liegt in unserem deutschen Interesse. Deshalb hat die Bundesregierung intensiv an diesem Pakt mitgearbeitet. Deshalb wird

Sevim Dağdelen, Die Linke:

Deutschland ist ein Einwanderungsland



Sevim Dağdelen (*1975)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Linksfraktion im Bundestag hat die Verhandlungen zum UN-Migrationspakt von Anfang an begrüßt. Migration ist ein globales Thema, und es ist höchste Zeit, dass wir auch eine internationale Verständigung zu einem solch globalen Thema haben.

Jetzt aber führt Rechtsaußen eine regelrechte Angstkampagne gegen diese UN-Erklärung. Sie führen hier Argumente an, wie etwa: Infolge dieses Paktes würden Millionen Menschen nach Deutschland zuwandern. – Das hält der Realität schlicht nicht stand.

Und es verwundert umso mehr, als die AfD die Möglichkeit einer Beteiligung an den Debatten der UNO in New York nicht wahrgenommen hat, als dieser Pakt verhandelt wurde. Ja wo waren Sie denn mit Ihrer Kritik?

Den Boden für diese schäbige Angstkampagne der AfD hat allerdings diese Bundesregierung mit ihrer Informationspolitik bereitet.

Deutschland auch im Dezember diesem Pakt zustimmen. Da können Sie hier noch so laut schreien, wie Sie wollen. Der AfD geht es nicht um unser Land. Mit Ihrer verleumderischen Kampagne wollen Sie nur eines: Angst und Hass schüren in diesem Land. Dagegen setzen wir uns zur Wehr.

Gestatten Sie mir einen letzten Gedanken. Morgen werden wir hier im Bundestag an den 9. November erinnern und damit auch an die Reichspogromnacht 1938.

Es begann damit, dass Bürger, dass jüdische Bürger als andersartig, als fremd diffamiert wurden.

Es begann damit, dass Menschen ausgegrenzt wurden. Es begann damit, dass Menschen für alle Probleme im Land verantwortlich gemacht wurden. Und dann brannten jüdische Geschäfte, brannten jüdische Häuser, brannten Synagogen. Und am Ende

stand millionenfacher Mord.

Das ist die Geschichte, an die wir morgen erinnern. Und heute leben in diesem Land 20 Millionen Menschen, die eine Zuwanderungsgeschichte haben, 20 Millionen Menschen, die unsere Nachbarn sind, manche seit Generationen, manche erst neu. Was die AfD mit ihrer Hetzkampagne tut, ist im wahrsten Sinne des Wortes Feuer legen. Sie hetzen Menschen gegeneinander auf.

Die Lehre aus dem 9. November und der daraus folgenden schrecklichen Geschichte steht in Artikel 1 unseres Grundgesetzes:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das muss unser Grundsatz bleiben, bei allem, was wir tun.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich war im zurückliegenden Jahr dreimal als einzige Abgeordnete des Deutschen Bundestages bei den Debatten und Verhandlungen des Migrationspaktes in New York. Immer wieder wurde seitens der Bundesregierung gesagt, dass das auch im Bundestag und in Deutschland öffentlich debattiert werden würde. Nichts davon ist passiert. Das finde ich wirklich unverantwortlich.

Keiner der Punkte übrigens, die wir als Linke angemahnt haben, wurde aufgenommen. Es geht beim Migrationspakt eben nicht um die Bekämpfung der Ursachen von Flucht und Migration. Weder ein Stopp der Rüstungsexporte noch ein Stopp der zerstörerischen Freihandelsabkommen mit den Ländern des Südens haben in den Pakt Eingang gefunden. Menschen verlassen ihre Heimat aber nicht freiwillig. Sie haben auch ein Recht darauf, nicht zu migrieren.

Ich sage Ihnen von der AfD: Sie geben vor, die Ursachen von Migration und Flucht zu bekämpfen. Aber wer von Freihandelsabkommen und Rüstungsexporten nicht sprechen möchte, der sollte dann auch zur Bekämpfung von Fluchtursachen schweigen.

Die Stimmen der afrikanischen und lateinamerikanischen Länder mit ihrer Forderung nach Ursachenbekämpfung und Finanzie-

rung wirtschaftlicher Entwicklung in den Herkunftsländern wurden in New York nicht gehört. Diese Länder haben zu Recht die Fixierung auf die – Zitat – Nutzbarmachung von „Humankapital“ für den reichen Norden kritisiert. Sie riefen nach globaler Gerechtigkeit, aber was sie jetzt bekommen, ist ein Braindrain, eine Abwanderung ihrer Fachkräfte. Dieser Braindrain zugunsten der Profiteure großer Konzerne dient letztendlich der Enteignung der Länder des Südens.

Ich finde, dieses neoliberale Nützlichkeitsdenken auch zynisch. Ein letztes Wort an die AfD: Gerade in puncto Braindrain ist Ihre Kritik am Migrationspakt unredlich und heuchlerisch. Denn Sie fordern ja Einwanderung nach Nützlichkeitskriterien des großen Kapitals nach dem Vorbild Kanadas. Das ist Ihr Denken: Nützlichkeitsrassismus. Das hat Die Linke schon früher abgelehnt, und wir werden es wieder ablehnen.

Sehen Sie der Wahrheit ins Auge: Deutschland ist seit der Gründung des Kaiserreichs 1871 ein Einwanderungsland. Hören Sie auf, im Namen einer völkischen Ideologie den Migrantinnen und Migranten gleiche Rechte zu verweigern! Hören Sie auf mit Fake News!

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Aydan Özoğuz [SPD])

Rechtsaußen führt eine regelrechte Angstkampagne gegen die UN-Erklärung.

Filiz Polat, Bündnis 90/Die Grünen:

Zügige Umsetzung des Migrationspaktes in Deutschland



Filiz Polat (*1978)
Landesliste Niedersachsen

© Deutscher Bundestag/Julia Nowak

Fraktion durchgesetzt. Vielen Dank dafür. Auch wenn ich sonst kein Interesse daran habe, bitte ich um die Aufmerksamkeit Ihrer Fraktion, Herr Gauland.

Warum die Stimme der Vernunft? Die rechte Allianz, angeführt in Deutschland von der AfD, fährt eine der populärsten Verschwörungstheorien auf und bewegt sich hierbei im Kontext der Neuen Rechten, aber auch der Identitären Bewegung, im Netzwerk der Rassisten in Europa und im Übrigen auch der rechtsextremen Alt-Right-Bewegung in den

USA. Das wurde in Ihren Reden deutlich. Aber interessanter sind die Redebeiträge außerhalb des Parlamentes auf Ihren jeweiligen Webseiten, auf den Wahlkampfveranstaltungen in Bayern und wahrscheinlich jetzt auch in Sachsen. Ich bitte das Bundesinnenministerium und seine nachgelagerten Behörden, hier genauer hinzuschauen.

Sie suggerieren, dass eine Elite, angeführt von den USA und dem Staat Israel, Migrantinnen und Migranten ansiedeln will mit dem erklärten Ziel, die weiße Rasse

auszulöschen. Diese krude und verfassungsfeindliche Bewegung ist beschämend und in ihrem Kern tief antisemitisch und schlicht menschenfeindlich. Wir sagen ganz klar in alle Richtungen innerhalb und außerhalb des Parlamentes: Wer dazu schweigt, wer da nicht widerspricht, stimmt zu, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich eine konkrete Zahl nennen: Erstmals seit der Verabschiedung der Genfer Flüchtlingskonvention haben sich 192 Staaten auf gemeinsame internationale Standards für globale Migrationsbewegungen und die Stärkung der Rechte von Migrantinnen und Migranten verständigt. Bündnis 90/Die Grünen – Herr Stamp, Sie müssen sich nicht auf den AfD-Antrag beziehen, Sie können sich auf unseren Antrag beziehen – begrüßt den UN-Migrationspakt. Er ist ein Meilenstein und ein Erfolg – Herr Minister Maas, Sie haben es selbst gesagt – für den Multilateralismus.

Der Migrationspakt setzt klare und faire Leitlinien für internationale Migrationsbewegungen. Der Migrationspakt stärkt und schützt

die Rechte von Migrantinnen und Migranten, insbesondere die von Frauen und Kindern; denn nach wie vor gelten die universellen Menschenrechte, Herr Gauland, für viele oftmals leider nur auf dem Papier. Menschenhandel und Zwangsarbeit sind weltweit Realität. 46 Millionen Menschen sind in ausbeuterischer Zwangsarbeit gefangen, beispielsweise als Hausangestellte, auf dem Bau oder in der Landwirtschaft. Ich komme aus Niedersachsen, ich weiß, wovon ich spreche.

Ein wichtiges Ziel des Migrationspaktes – das ist das Ziel Nummer 17 – ist die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung. Für uns ist es absolut unverständlich, dass dieses Ziel infrage gestellt wird. Das sollten wir doch alle verfolgen, oder etwa nicht, Herr Gauland? Es ist umso unverständlicher, dass Österreich – Sie haben Österreich genannt – die Bekämpfung der Diskriminierung als Begründung für seinen Ausstieg aus dem Pakt geliefert hat. Das ist befremdlich. Was ist das für eine Botschaft? Wie kann man dagegen sein?

Wir wollen die CDU, vor allem die Kollegen, die Mitglieder der WerteUnion sind, aber auch Herrn Wendt, inständig davor warnen, sich der rechten Allianz gegen den Migrationspakt anzuschließen und damit den Schulterchluss mit den Rechtspopulisten Kurz, Orbán und Trump zu suchen. Der Pakt wahrt nationale Souveränität. Er setzt globale Standards, vor allem für Arbeitsmigrantinnen und -migranten weltweit. Das ist sinnvoll, und deshalb wollen wir uns

in der Bundesrepublik die Leitlinien nicht nur zu eigen machen, sondern wir wollen sie auch konsequent umsetzen. Deshalb – noch einmal –: Lassen Sie sich nicht von den Rechten treiben oder, wie Herr Gauland einst sagte, „jagen“. Schließen Sie sich nicht der Koalition der Unwilligen an. Vielleicht noch einen Satz dazu: Herr Dobrindt hat nach dem Wahldebakel der CSU anscheinend dazugelernt und unterstützt den Migrationspakt.

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen der sächsischen CDU, jetzt sind Sie gefragt. Machen Sie sich nicht zu Erfüllungsgehilfen der AfD, sonst erwecken Sie den Eindruck, dass Sie doch eine Koalition mit dieser Partei anstreben. Frau Bellmann aus Mittelsachsen, das ist auch an Sie persönlich gerichtet.

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen erwartet von der Bundesregierung die zügige Umsetzung des Migrationspaktes in Deutschland. Dafür haben wir konkrete Forderungen im Antrag formuliert. Ob es Ihnen tatsächlich ernst ist mit diesem Pakt, sehr geehrte Damen und Herren von der Bundesregierung, und er nicht nur zu einer leeren Worthülse verkommt, wird sich spätestens bei Vorlage des Einwanderungsgesetzes zeigen. Wir werden genau darauf achten, ob die Ziele und die Standards des Migrationspaktes darin berücksichtigt werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

UN-Migrationspakt ist ein Meilenstein und ein Erfolg für den Multilateralismus.

Frank Steffel, CDU/CSU:

Ziel ist es, dass die Menschen in ihrer Heimat bleiben können



Frank Steffel (*1966)
Wahlkreis Berlin-Reinickendorf

© Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel

der Beschlussfassung in Marrakesch Ende November dieses Jahres noch einmal sehr ausführlich mit einem Antrag der Koalitionsfraktionen zu diesem Thema beschäftigen wird. Denn die Menschen haben zu Recht die Erwartung, dass wir uns mit einem so bedeutenden Thema auch hier im Bundestag beschäftigen, obwohl wir formal nicht zustimmungspflichtig sind.

Meine Damen und Herren, nicht jede Abkürzung stimmt, und das stört mich auch bei dem, was wir hier heute diskutieren. Dort steht: „GCM – Global Compact for Migration“. Die eigentliche Formulierung lautet: „Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration“. Vielleicht sollten wir bei den Begriffen anfangen.

Denn das heißt übersetzt: Globaler Pakt bzw. globale Vereinbarung für sichere, geregelte und regelrechte, regelkonforme Migration. Das ist ein großer, großer Unterschied.

Insofern hat Ihr Vorbild Lenin völlig recht: Sprache fördert Bewusstsein. Lassen Sie uns klar darüber reden, worüber wir reden; dann verstehen es die Menschen auch einfacher. Wir reden heute über sichere, geregelte und regelkonforme Migration und eben nicht über unregelmäßige, unsichere und nicht regelkonforme Migration, die ja in den vergangenen Jahren eines der großen Probleme auf dieser Welt und auch in Deutschland war.

Das Ziel dieses globalen Paktes für geregelte, für regelkonforme

Migration ist es, dass die Menschen in allen Ländern dieser Welt in ihrer Heimat bleiben können, weil es Lebensperspektiven gibt, weil es wirtschaftliche Perspektiven gibt, weil Fluchtursachen bekämpft werden, weil Krieg und Terror bekämpft werden.

Und wenn sie denn ihre Heimat verlassen müssen, dann sollen sie in möglichst vielen Ländern gleiche Rahmenbedingungen, bessere Rahmenbedingungen vorfinden; mein Kollege Harbarth hat in einer sehr gelungenen Rede darauf hingewiesen. Es geht um den Zugang zu Gesundheitssystemen, und zwar nicht nur in Europa. Wo sollen denn kranke Migranten hin, wenn in vielen Ländern der Welt der Zugang zum Gesundheitssystem für Migranten eben nicht sichergestellt ist?

Wo sollen denn Familien mit Kindern hin, wenn Kinder von

Migrantinnen in vielen Ländern dieser Welt keinen Zugang zu Bildung haben, wenn es keine Grundsicherung gibt? Also muss doch unser Interesse sein, mit einer internationalen Vereinbarung in möglichst vielen Ländern dieser Welt sicherzustellen, dass die Rahmenbedingungen, wenn denn Migration unvermeidbar ist, besser werden und nicht alle Menschen, nicht viele Menschen nach Europa und insbesondere nach Deutschland kommen.

Ich will Ihnen sagen, was die Grundlage unserer Politik ist. Die Grundlage unserer Politik ist es, die großen Herausforderungen dieses Planeten nicht alleine zu lösen, sondern gemeinsam mit 200 Ländern auf dieser Welt. Das ist die erste Grundlage.

Die zweite Grundlage ist, dass wir neben diesem Compact für gesteuerte, geregelte Migration dringend einen Compact with Africa –

Grundlage unserer Politik ist es, die großen Herausforderungen gemeinsam zu lösen.

Ich finde die Debatte heute wichtig und richtig. Ich finde sie übrigens auch gut und hoffe, dass viele Menschen zuschauen. Ich finde es auch richtig, dass sich der Deutsche Bundestag vor



Kindergartenkinder in der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende in Doberlug-Kirchhain in Brandenburg üben gemeinsam Weihnachtslieder.

© picture-alliance/Bernd Settnik/dpa

mit Afrika – brauchen. Dafür arbeitet unser Entwicklungshilfemi-

nister. Die Bundeskanzlerin war gerade mit elf afrikanischen Län-

dern dabei, dafür zu sorgen, dass Krieg, Terror und Fluchtursachen

bekämpft und Perspektiven geschaffen werden.

Private Investitionen in Afrika sollen dazu führen, dass Millionen und Hunderte Millionen von Menschen eine Perspektive in ihrer Heimat haben. Übrigens: Auch dagegen ist die AfD.

Die AfD ist auch dagegen, dass wir den Entwicklungshilfetat ein weiteres Mal erhöhen, um Perspektiven zu verbessern und Investitionen in diesen Ländern zu stärken. Die AfD ist auch gegen humanitäre Hilfe. Wenn Menschen richtig im Dreck sind, dann gehen Sie zu Herrn Assad und kriechen ihm in den Hintern, statt sich für humanitäre Hilfe für diese Menschen einzusetzen.

Ich nenne Ihnen den nächsten Punkt. Wir sind – nach einer ganz schwierigen Abwägung; das gilt für jeden einzelnen Abgeordneten – eben auch für Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Sie ablehnen; denn wir wollen Krieg und Terror in diesen Regionen bekämpfen und dafür sorgen, dass die Menschen in ihrer Heimat sicher wohnen können.

Meine Damen und Herren, ja, wir sind für bilaterale Abkommen. Wir glauben, dass Staaten versuchen sollten, möglichst viel miteinander zu vereinbaren. Und wir sind für multilaterale Abkommen auch im Rahmen der UN, weil natürlich Staaten miteinander versuchen sollten, weltweite Standards bei Klima, bei Handel, aber auch bei Menschenrechten und Migration zu schaffen.

Und gegen all das sind Sie. Und wissen Sie, was mein Verdacht ist?

Sie sind dagegen, weil es Ihnen parteipolitisch nutzt. Denn am Ende, wenn Sie das alles ablehnen, machen sich mehr Menschen auf den Weg nach Europa, auf den Weg nach Deutschland. Das führt dann dazu, dass Sie Ihre dumpfen Vorurteile weiter bedienen können und parteipolitisch davon profitieren. Das ist die eigentlich niederträchtige Schweinerei Ihrer Politik.

Ich glaube, dass die Mehrheit der Menschen – insofern ist es gut, dass wir heute darüber reden – diese Politik nicht will. Wir müssen daher alle offensiver darüber reden und hier im Deutschen Bundestag mit Ihnen darüber streiten. Sie sollen Ihre Zwischenfragen ruhig stellen; denn auch Ihre Frage war entlarvend.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin davon überzeugt – und auch das Thema überlasse ich nicht Ihnen –, dass diese Vereinbarung mit 180 Nationen dieser Welt im deutschen Interesse liegt und Deutschland nutzt. Wer zustimmt, dient Deutschland, und wer es plump ablehnt, schadet Deutschland und widerspricht deutschen Interessen, und das ist in diesem Hause zuallererst die AfD.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Martin Hebner, AfD:

Wir brauchen ein valides Einwanderungsgesetz



Martin Hebner (*1959)
Landesliste Bayern

Die heutige Debatte kommt auf Antrag der AfD zustande; denn die Bundesregierung wollte diese Debatte über den globalen Pakt für Migration schlichtweg ver-

meiden. Vom Auswärtigen Amt wird mitgeteilt: Herkunfts-, Transit- und Zielländer vereinbaren – angeblich völlig unverbindlich – nur die Steuerung von Migration. – Das ist falsch. Sie wissen alle, dass die seinerzeit unverbindliche UN-Menschenrechtserklärung heute zwingendes Recht ist. Und der globale Pakt definiert Migrantenmenschenrechte, einschließlich des Rechts auf Migration in das Land der Wahl des jeweiligen Migranten.

Meine Damen und Herren, er zielt direkt darauf ab, bindendes Recht, Völkerrecht zu werden, Ius cogens zu sein. Eine Ratifizierung braucht es nicht. Österreich hat das erkannt und verweigert die Annahme. Klug und besonnen erklärt Österreich zusätzlich

den Pakt für sich als rechtlich nicht verbindlich. „Persistent Objector“ heißt das im Völkerrecht. Man muss klare Einwanderungsregeln zwischen Staaten gestalten und darf nicht individuelle Migranten-Menschenrechte erfinden und damit den Rahmen des Völkerrechts erweitern.

Meine Damen und Herren, im Verhältnis der Staaten geht es immer um Interessen. 55 afrikanischen Staaten beispielsweise sind eine Macht. Das jährliche Bevölkerungswachstum Afrikas von über 30 Millionen Menschen entspricht der Bevölkerung aller Benelux-Länder zusammen, und das Jahr für Jahr. Glauben Sie, dass der globale Pakt hier ein einziges Problem Afrikas oder gar Deutschlands löst? Meinen

Sie, dass die im Globalen Pakt vereinbarte Meinungszensur, dass Migration nur positiv dargestellt werden darf, ein einziges Problem Afrikas oder Deutschlands löst?

Meinen Sie, dass es für Deutschland hilfreich ist, die derzeit mindestens 19 Petitionen zum Globalen Pakt im Petitionsausschuss weiterhin gezielt politisch zu unterdrücken?

Meinen Sie, dass es Afrika hilft, wenn illegale Migration durch schlichte Registrierung der Migranten über die IOM und die UN zur legalen, also gesteuerten Migration umdefiniert wird?

Meinen Sie, dass es keine Kriminalität mehr gibt, wenn Täter nicht mehr nach äußeren Merkmalen erfasst und geordnet strafrechtlich verfolgt werden dürfen?

Wir Bürger und Deutsche wollen selbst und souverän über die

Zulassung von Migration nach Deutschland entscheiden. Deutschland ist eine Nation, kein bloßes Siedlungsgebiet.

Wir sind ein Rechtsstaat, halten Menschenrechte ein und fordern deren Einhaltung. Spezielle

Migrantenmenschenrechte, wie sie der Globale Pakt erfindet, gibt es nicht. Die direkte Verwerfung, die mit seiner geplanten Umsetzung verbunden sein wird, wird unser schon jetzt arg geschundenes Land

bis zur Unkenntlichkeit verändern. Wir brauchen ein valides Einwanderungsgesetz, aber keinen Migrationspakt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Wir Deutsche wollen über Zulassung von Migration nach Deutschland entscheiden.

Prof. Dr. Lars Castellucci, SPD:

Lösungen gibt es nur mit internationaler Verständigung



Lars Castellucci (*1974)
Landesliste Baden-Württemberg

Warum bekämpft die AfD mit dieser Kraft die Vereinbarung, die uns vorliegt? Ich erinnere an ein Zitat von Herrn Gauland aus dem Jahr 2015. Ich zitiere Sie wirklich nicht gerne, aber Sie haben damals gesagt.

Natürlich verdanken wir unseren Wiederaufstieg in erster Linie der Flüchtlingskrise. Man kann diese Krise ein Glück für uns nennen. Sie war sehr hilfreich.

Sie sperren sich gegen diesen Pakt und gegen diese Vereinbarung, weil Sie die Probleme, die wir haben, gar nicht beseitigen wollen. Sie leben vielmehr von den Problemen. Wo Sie keine Probleme sehen, malen Sie sie extra an die Wand. Sie verhalten sich wie ein Arzt, der seinen Pa-

tienten Gift verabreicht, in der Hoffnung, dass sie kränker werden und das Wartezimmer voll machen. Ihre Politik macht dieses Land krank!

In diesem Global Compact geht es um ganz wichtige Aufgaben, denen wir uns gemeinsam stellen. Es geht darum, die Staaten zu unterstützen, damit niemand aus Not fliehen muss. Das ist doch unsere vordringliche Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Es geht darum, die Menschenrechte weltweit durchzusetzen, dass wir keine Menschen erster und zweiter Klasse haben, dass Migrantinnen und Migranten keine Menschen zweiter Klasse sind, sondern dass wir auch für sie die Menschenrechte überall durchsetzen.

Sie wissen doch, wie es in den Lagern bestellt ist, dass die Menschen in die Prostitution getrieben werden, dass sie versklavt werden. Solange wir solche Zustände auf der Welt dulden, werden wir der Migration nicht Herr. Deswegen müssen wir Lösungen finden..

Dieser Pakt soll die Steuerung und Ordnung im Bereich der Migration verbessern. Es ist das erste

Mal, dass sich die Weltgesellschaft in dem Durcheinander, in dem sie sich befindet, aufmacht, gemeinsam auf der Ebene der Vereinten Nationen die Fragen der Migration zu lösen. Das ist ein großartiger Schritt. Wir freuen uns, wenn dieser Pakt im Dezember verabschiedet werden kann.

Man kann in diesem Land gerne und jederzeit eine andere Meinung haben, aber man sollte bei der Wahrheit bleiben. Sie tun so, als ob das alles geheim gewesen wäre.

Das Gegenteil ist der Fall: Alle Dokumente dieser Verhandlungen sind öffentlich. Wir Abgeordnete waren sogar eingeladen, nach New York, nach Genf, ins Auswärtige Amt zu kommen und mitzudiskutieren.

Dieser Pakt soll die Steuerung und Ordnung im Bereich Migration verbessern.

Von Ihren Kollegen habe ich da niemanden gesehen. Wir Abgeordnete waren sogar eingeladen, nach New York, nach Genf, ins Auswärtige Amt zu kommen und mitzudiskutieren.

Von Ihren Kollegen habe ich da niemanden gesehen.

Und warum habe ich da niemanden von Ihnen gesehen? Weil Sie gemerkt hätten, dass Sie mit Ihrer Hetze völlig isoliert sind,

weil die Weltgesellschaft sich aufmachen will, Probleme zu lösen, und nicht, Probleme zu schüren.

Sie behaupten, wir würden zur Migration anstiften. Das Gegenteil ist der Fall: Wir wollen mit diesem Pakt Migration steuern und ordnen. Das ist unsere Aufgabe, und das steht in diesem Pakt.

Sie behaupten, dass wir unsere Souveränität aufgeben würden. Jetzt verraten Sie den Leuten doch mal, wie man mit einem unverbindlichen Pakt, der nicht mal unterschrieben wird, staatliche Souveränität aufgibt. Ihr Redner hat gerade nicht mal einen völkerrechtlichen Vertrag von einer einfachen Vereinbarung unterscheiden können. Gehen Sie erst mal in irgendein juristisches Seminar zur Nachhilfe! Es ist doch peinlich, was Sie hier abliefern.

Es gibt ein Recht auf eigene Meinung, aber es gibt kein Recht auf eigene Fakten. Ich will, dass Sie bei der Wahrheit bleiben. Bleiben Sie bei der Wahrheit! Das ist Ihre Verantwortung als Abgeordnete.

Sie spielen mit der Angst der Menschen. Sie schüren die Ängste der Menschen.

Jetzt passiert aber etwas ganz Erstaunliches, nämlich, dass Sie selbst Angst verspüren. Ihr Kollege Herr Höcke spricht sogar von „politischer Bettnässerei“; denn bei Ihnen geht die Angst um, dass Sie vom Verfassungsschutz beobachtet werden könnten, weil man

gar nicht so genau weiß, wo denn die Verfassungsfeinde unter Ihnen sind, die Leute, die schon in den Ländern beobachtet worden sind. Jetzt geben Sie plötzlich Gutachten in Auftrag und schauen, wie Sie aus der Nummer wieder herauskommen.

Man kann eine andere Meinung haben, aber man sollte bei der Wahrheit bleiben.

Ich will Ihnen mal eines sagen: Wie soll man es denn nennen, wenn vom Mahnmal der Schande die Rede ist? Wie soll man es denn nennen, wenn von Umsiedlung die

Rede ist, von Umvolkung, wenn man von Siedlungsgebiet spricht? Wie soll man es denn nennen, wenn permanent Nazijargon in diesem Hohen Haus gepflegt wird? Das nenne ich verfassungsfeindlich. Sie missbrauchen dieses Haus. Sie missbrauchen das Thema. Und das Schäbigste ist: Sie missbrauchen am Ende die Menschen für Ihre verfassungsfeindliche Agenda.

Alle großen Fragen unserer Zeit, in erster Linie die Sicherung des Friedens, dann der Klimawandel und auch die Migration, werden wir nur in internationaler Zusammenarbeit, mit internationaler Verständigung beantworten können. Der Globale Pakt ist ein großer Schritt in diese Richtung. Er findet unsere volle Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gökay Akbulut, Die Linke:

Migrationspakt ist ein Schritt in die richtige Richtung



Gökay Akbulut (*1982)
Landesliste Baden-Württemberg

Die Funktion dieser Debatte für die AfD ist doch ganz klar: Sie merken, dass Ihr einziges Thema „Merkel

muss weg“ von den Menschen im Land nicht mehr als zentral anesehen wird, und schon wollen Sie die nächste Sau durchs Dorf treiben. Eine Angst- und Fake-News-Kampagne soll Ihr Thema wieder in die Schlagzeilen bringen, weil Sie zu Renten, Mieten, Einkommen und guter Arbeit einfach nichts zu sagen haben. Ohne das Thema Migration wären Sie doch völlig aufgeschmissen. Ihre Rassenfantasien und Ihre Umsiedlungsszenarien können Sie einfach in die Tonne kloppen!

Wer sich Ihre Seiten im Netz anguckt, der sieht, dass Sie eine Kampagne mit Ihren Freunden von „PI-News“, „Compact“ und „Ein Prozent“ hochziehen wollen.

„Umvolkung“ dürfen Sie zwar nach Ihrem Gutachten zum Verfassungsschutz nicht mehr sagen, aber genau diesen Quatsch wollen Sie den Leuten mit Ihrer Angstkampagne einreden. Damit werden Sie aber nicht durchkommen.

Dieser Antrag gibt mir Gelegenheit, darauf einzugehen, dass die AfD mit der Kampagne, die sie hier gestartet hat, nicht erfolgreich sein wird; denn Deutschland wird den UN-Migrationspakt unterstützen, und das ist auch gut so. Ihre

Die Hetzkampagne der AfD ist zum Scheitern verurteilt.

rechte Hetzkampagne wird nicht erfolgreich sein; sie ist zum Scheitern verurteilt. Stattdessen wird Deutschland im Dezember in Marrakesch für die Annahme des Paktes stimmen, und das an der Seite von mehr als 190 Nationen.

Der geplante Pakt ist ein Eingeständnis, dass globale Migration und ihre Herausforderung nur in internationaler Kooperation gestaltet werden können. Er setzt sich für die Unteilbarkeit der Menschenrechte für alle Menschen ein, und das in Zeiten, in denen der politische Diskurs um Migration weit rechts geführt wird. Ein sehr gutes und wichtiges Zeichen! Der Migrationspakt ist ein

Schritt in die richtige Richtung und ein positives Beispiel dafür, wie man Migration international gestalten könnte, und da müssen wir hin.

Dass der Pakt rechtlich nicht bindend ist, sehe ich sogar eher kritisch. Gerade in den Punkten, in denen er sich für gleiche Rechte für alle Menschen einsetzt, würde ich mir eine stärkere Bindungswirkung wünschen. Die Linke tritt daher für verbindliche internationale Abkommen zum Schutze von Migrantinnen und Migranten ein, verbunden mit einer echten Fluchtursachenbekämpfung. Deshalb sind wir ganz klar dafür, dass sich Deutschland für die Annahme des Global Compact for Migration einsetzt.

Vielen Dank.

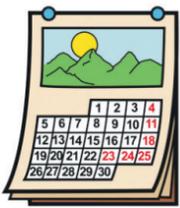
(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Thorsten Frei (CDU/CSU), Dr. Frauke Petry (fraktionslos) sowie Michael Kuffer (CDU/CSU).

leicht
erklärt!

Der 9. November

Ein wichtiges Datum



Letzte Woche war der 9. November.

Das ist ein wichtiges Datum für Deutschland.

Denn: An diesem Datum sind in der Vergangenheit immer wieder wichtige Dinge geschehen.

Dinge, die eine große Bedeutung für die deutsche Geschichte haben.

Im folgenden Text geht es um Dinge, die an diesem Datum geschehen sind.



Das war ein großer Krieg. Er fand von 1914 bis 1918 statt.

Länder auf der ganzen Welt waren daran beteiligt. Viele Millionen Menschen starben.

Im Jahr 1918 hatten Deutschland und seine Partner den Krieg fast verloren.

Da trafen die Chefs von der deutschen Kriegs-Flotte eine wichtige Entscheidung. Die Kriegs-Flotte sind die Schiffe, die in einem Krieg kämpfen.

Die Chefs sagten: Die deutsche Kriegs-Flotte soll noch mal kämpfen.

Und zwar gegen die Kriegs-Flotte von Groß-Britannien.

Der 9. November 1918 - Das Ende vom Deutschen Kaiser-Reich

In Deutschland herrschten viele Jahrhunderte lang Könige und Kaiser.

Ein Land, in dem Könige und Kaiser herrschen, nennt man: Monarchie.

In den Jahren von 1871 bis 1918 nannte man die deutsche Monarchie: das Deutsche Kaiser-Reich.

Das Deutsche Kaiser-Reich kämpfte im Ersten Welt-Krieg.



Aber: Die See-Männer auf den Schiffen weigerten sich. Sie befolgten die Befehle nicht.

Sie wollten nicht in einem Krieg kämpfen, der sowieso schon verloren war. Sie wollten lieber schnell Frieden haben.



Zuerst weigerten sich nur die Leute auf den Kriegs-Schiffen.

Bald machten aber immer mehr Menschen in ganz Deutschland mit.

Schon vor dem Krieg wollten viele die Monarchie abschaffen.

Durch den Krieg wurden es immer mehr.

Sie hatten kein Vertrauen mehr in die Herrscher.

Sie wollten Frieden.

Darum zogen sie durch die Straßen von vielen deutschen Städten.

Sie übernahmen die Kontrolle über wichtige Gebäude.

Sie nahmen den Herrschern die Macht.

Und sie sagten:

Man soll die Monarchie abschaffen.



Die Herrscher konnten sich schon bald nicht mehr dagegen wehren.

Im November 1918 zogen sie sich alle zurück.

Manche taten das freiwillig. Andere wurden vertrieben.

Besonders wichtig war der 9. November 1918.

An diesem Tag wurde der deutsche Kaiser aus seinem Amt entlassen.

Sein Name war Wilhelm der Zweite.

Man sagt darum:

Am 9. November 1918 endete die Monarchie in Deutschland.



Der 9. November 1923 - Hitler will an die Macht

Nach dem Ende von der Monarchie entstand in Deutschland eine Demokratie.

Das bedeutet: Die Leitung im Land übernahmen von den Bürgern gewählte Politiker.

Diese Demokratie hatte den Namen: Weimarer Republik.



Viele Menschen waren froh, dass es jetzt eine Demokratie gab.

Aber die Weimarer Republik hatte auch viele Feinde.

Zum Beispiel die National-Sozialisten.

Die Abkürzung für diese Gruppe ist: Nazis.

Die National-Sozialisten hatten ganz bestimmte Meinungen.

Sie dachten zum Beispiel:

- Die Deutschen sind besser als alle anderen Menschen auf der Welt. Andere Menschen sind weniger wert.
- In Deutschland soll es einen Mann geben, der das ganze Land anführt. Er soll alles bestimmen. Jeder muss auf ihn hören. Und keiner darf ihm widersprechen.

Die National-Sozialisten waren also gegen die Demokratie.



Die National-Sozialisten hatten eine eigene Partei.

Ihr Name war NSDAP.

Der Chef dieser Partei war Adolf Hitler.

Er und die Partei versuchten, die Ziele von den National-Sozialisten durchzusetzen.

Das versuchten sie zum Beispiel im Jahr 1923.

Am 8. und 9. November wollte Adolf Hitler der Regierung von der Weimarer Republik die Macht wegnehmen.

Er wollte selber die Kontrolle im Land übernehmen.

Das nennt man einen Putsch.

Zuerst wollte er das in Bayern machen. Von dort aus dann in ganz Deutschland.



Hitler und seine Leute versuchten, die Macht mit Gewalt zu übernehmen.

Die bayerische Landes-Polizei stellte sich ihnen entgegen.

Es kam zu einer Schießerei. Hitlers Putsch scheiterte.

Hitler wurde später zu einer Gefängnis-Strafe verurteilt.



Der 9. November 1938 - Gewalt gegen Juden

Nachdem Hitler aus dem Gefängnis gekommen war, setzte er seine Arbeit fort.

Schließlich gelang es ihm, zum deutschen Kanzler gewählt zu werden.

In den Jahren von 1933 bis 1945 regierten darum in Deutschland die National-Sozialisten.



Das war eine furchtbare Zeit für Deutschland.

Die Nazis dachten ja: Manche Menschen sind weniger wert als andere Menschen.

Sie haben deswegen in Deutschland Menschen verfolgt.

Oft haben sie gegen diese Menschen Gewalt angewendet.

Denn sie glaubten: Diese Menschen gehören nicht zu Deutschland.



Besonders litten unter den Nazis die Juden.

So war das auch in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938.

In ganz Deutschland schickten die Nazis Gruppen los, um jüdische Menschen anzugreifen.



Sie wurden aus ihren Wohnungen geholt und geschlagen.

Ihr Besitz wurde zerstört.

Sie wurden verhaftet und in Lager gesperrt.

Es wurden jüdische Geschäfte ausgeraubt und zerstört.

Synagogen wurden niedergebrannt. Das sind jüdische Gottes-Häuser.

Die Polizei machte nichts dagegen. Die Feuer-Wehr achtete nur darauf, dass Brände nicht auf andere Häuser übergriffen.

Die Nacht nennt man heute: Reichs-Pogrom-Nacht.

„Pogrom“ ist ein anderes Wort für Gewalt gegen eine bestimmte Gruppe von Menschen.

Diese Nacht war der Anfang von immer mehr Gewalt gegen Juden.

Die National-Sozialisten versuchten später, alle Juden in Europa zu töten.

Viele Millionen Juden wurden von ihnen getötet.



Der 9. November 1989 - Mauer-Fall

Nach dem Zweiten Welt-Krieg wurde Deutschland in 2 Länder aufgeteilt.

Das eine Land war die Bundes-Republik Deutschland.

Das andere Land hieß Deutsche Demokratische Republik. Oder kurz: DDR.

Die DDR war eine Diktatur.

Das bedeutet:

Die Menschen konnten dort nicht so frei leben wie beispielsweise in der Bundes-Republik.

Zum Beispiel:

- Sie durften das Land nicht einfach so verlassen.
- Und sie durften ihre Meinung nicht sagen.





Mit der Zeit wurden die Menschen mit den vielen Verboten immer unzufriedener.

Außerdem gab es in der DDR viele Probleme.

Besonders schlimm wurden sie ungefähr ab dem Jahr 1980.

Die DDR hatte damals zum Beispiel kein Geld mehr.

Sie musste sich Geld leihen.

Zum Beispiel aus dem Ausland.

Die Menschen konnten sich nicht so viel kaufen wie die Menschen in der Bundes-Republik.

Viele Menschen haben lange Zeit nicht gesagt, wie unzufrieden sie waren.

Denn sie hatten zum Beispiel Angst vor Strafen.

Das änderte sich jetzt.

Die Leute schlossen sich zu Gruppen zusammen.

Sie machten Demos.

Sie gingen also auf die Straße.

Und sagten laut, was sie störte.

Und was sie sich wünschten.

Das machten sie friedlich.



Irgendwann konnten die Politiker von der DDR die Leute nicht mehr überhören.

Sie mussten ihre Wünsche erfüllen. Zumindest teilweise.

Sie öffneten zum Beispiel die Grenze zur Bundes-Republik.

Das heißt, die Menschen durften jetzt wieder über die Grenze gehen.

Und sie brauchten dazu keine Erlaubnis mehr.

Und das geschah am 9. November 1989.



Viele Menschen sehen das als den Anfang vom Ende der DDR.

11 Monate später trat die DDR der Bundes-Republik bei.

Es gab nun keine DDR mehr.

Deutschland war also das Land, wie wir es auch heute kennen.



Ein wichtiges Datum

Am 9. November sind also viele wichtige Dinge für die deutsche Geschichte passiert.

Manche davon waren gut für Deutschland, andere waren furchtbar.

Am 9. November gibt es deswegen immer viele Gedenk-Veranstaltungen.

Und es wird viel über die deutsche Geschichte gesprochen.

Der Bundes-Tag hat letzte Woche eine Gedenk-Stunde abgehalten.

Der 9. November ist nämlich ein guter Tag, um über die Vergangenheit von Deutschland nachzudenken.



Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten
Werk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / Peter Kneffel. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpuk-ve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 46-47/2018
Die nächste Ausgabe erscheint am 26. November 2018.